

REZENSIONEN

Peter Oliver Loew, Danzig und seine Vergangenheit 1793–1997. Die Geschichtskultur einer Stadt zwischen Deutschland und Polen. Osnabrück: fibre Verlag 2003, 621 S., 12 Abbildungen (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau. 9).

Vorliegende Studie ist die überarbeitete Fassung einer 2001 vom Fachbereich Geschichtswissenschaften der FU in Berlin angenommenen Doktorarbeit. Ihr Verfasser, heute am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt tätig, hat für die Dissertation viele Monate in Danziger Archiven und Bibliotheken recherchiert, zeitgenössische Periodika ausgewertet sowie Werke der Belletristik und der bildenden Kunst als Quellen genutzt, um die Geschichtskultur Danzigs, eines zentralen Orts deutsch-polnischer Begegnung, über eine längere Zeitspanne hin zu beleuchten. Belohnt wurden diese Bemühungen mit dem Katarzyna Cieślak Preis, mit dem Loews Buch 2002 als beste Arbeit zur Kulturgeschichte Danzigs, Pommerns und Pommerellens ausgezeichnet wurde. Loew hat mit ihm den Versuch unternommen, den Umgang der Danziger mit ihrer Geschichte und ihr Verhältnis zu dieser Geschichte im Laufe von rund 200 Jahren, die von zahlreichen Änderungen und vielfältigen Zäsuren geprägt waren, nachzuzeichnen und festzuhalten, „wie sich die Rolle des Vergangenen in der lokalen Gegenwart wandelte“. (S. 9) Konkret geht es ihm um die Konstruktion von Geschichtsbildern in ihren vielen Dimensionen, um Wahrnehmung, Pflege und Verlust, Aufgabe und Neubildung von Traditionen, um Ideologisierung und Instrumentalisierung einer „großen“ Vergangenheit, wie sie unter den wechselnden Herrschaftsverhältnissen zur Legitimierung der jeweiligen Gegenwart bemüht und missbraucht wurde.

Es geht Loew also um die Geschichte der lokalen Geschichtskultur, einer neuen Forschungsperspektive, deren Epistemologie er in seinem einführenden Kapitel vorstellt und zwischen Begriffen wie Geschichtsbild, Geschichtsbewusstsein, historische Erinnerung, „Aktivität historischer Inhalte im Kollektivbewusstsein“ etc. Konturen gewinnen lässt. Nach einer kurzen Diskussion der einschlägigen Definitionen kommt er zu dem Schluss, „dass eine wesentliche Komponente von Geschichtsbewusstsein die subjektive (mentale) Transformation

eines historischen Inputs“ sei, der Output aber die Geschichtskultur (S. 16). Anders, d.h. mit den sieben „W“ der Geschichtskultur ausgedrückt: Wo war welche Geschichte wann, wie und warum präsent, von wem und mit welchem Ziel wurde sie thematisiert? Sie liefern Loews Untersuchung den heuristischen Ansatz, dem er fast bis zur letzten Seite folgt. Als grundlegende Quellen dienen ihm dabei die Historiografie als „Hauptausprägung [der; R. M.] kognitiven Dimension“ der Geschichtskultur und als Bezugsebene der Analyse, die auch die historische Publizistik, wie sie in Zeitungen und anderen Massenmedien zu finden ist, Lebenserinnerungen, Belletristik, wissenschaftliche Institutionen, Architektur, Gedenkort und Denkmäler u.a.m. mit einbezieht (S. 30).

Gegliedert ist die Studie in acht größere Kapitel. Nach einem knappen Überblick zur Geschichte Danzigs und der Entwicklung seiner Einwohnerschaft seit 1793 ist das zweite Kapitel der Zeit zwischen 1793 und 1814 gewidmet. Es war – wie der Autor schreibt – eine Zwischenzeit, Zeit des Umbruchs, die Zeit der Annexion durch Preußen und die kurze Periode als Freie Stadt von Napoleons Gnaden zwischen 1807 und 1814. In der Stadt standen sich alteingesessene Bewahrer und zugewanderte bzw. aufsteigende Reformer gegenüber, denen aber angesichts des atemlosen Zeitgeschehens offenkundig wenig Muße gegeben war, sich intensiver mit ihrer Geschichte zu beschäftigen, wie Loew konstatieren muss.

Dagegen lieferten Geschichte und Tradition zwischen 1814 und 1871 wichtige Identitätsangebote, die Loew wohl zu Recht auch als Kompensation für einen wachsenden Modernisierungsdruck hervorhebt. In dieser Zeit bis zur Reichsgründung begann sich die bis dato am 18. Jahrhundert orientierte lokale Historiografie zu wandeln. Die Hinwendung zum Historismus, wie sie mit den Arbeiten Theodor Hirschs erfolgte, bedeutete einen grundlegenden Paradigmenwechsel, der Beginn moderner Wissenschaftlichkeit und Methodik, aber auch der Instrumentalisierung und Politisierung der Geschichtsschreibung aus nationalem Erkenntnisinteresse, das sich rasch auch in populärwissenschaftlichen Abhandlungen äußerte. Die polnische Vergangenheit der Stadt wurde etwa von Hans Prutz als „verrätherische Verbindung Danzigs mit dem Polenkönig“ geschmäht bzw. Danzig als Vorposten deutscher Kultur in slawisch-polnischer Barbarei etc. gefeiert (S. 78).

Eine andere Facette der Geschichtskultur stellten Versuche dar, die städtische Vergangenheit aus ihrem ursprünglichen historischen Kontext zu lösen, etwa die Loyalität gegenüber den polnischen Königen

als Parabel für preußisch-untertänige Staatstreue umzudeuten. Wie Loew immer wieder verdeutlicht, konnten sich die ursprünglichen Konnotationen historischer Ereignisse nur solange einigermaßen erhalten, solange die Lebenspraxis noch sichtbar in der Geschichte wurzelte, während die Deformierungen zunahmen, je weiter zurück die Geschehnisse in der Vergangenheit lagen und je schwächer ihre Verknüpfungen mit der Gegenwart waren. Das war die Grundlage, auf der die Prussifizierung befördert werden konnte und die nicht mehr nachlassenden Beschwörungen ihren Ausgang nahmen, wenn Danzig auch nicht zum Deutschen Reich gehört habe, habe es doch von alters her einen Teil der deutschen Sprach- und Kulturnation gebildet. Ein Resultat dieser Entwicklung war auch, dass historische Denkmäler polnischer Könige dieser preußisch-deutschen Gegenwart im Weg standen und die städtischen Eliten gelegentlich nicht wenig in Verlegenheit bringen konnten.

Der hier zu Tage tretende Zwiespalt konnte in der Belletristik leichter überspielt bzw. durchaus auch zur kritischen Betrachtung der Gegenwart umgemünzt werden – so wenn in fiktionalen Werken vom „milde[n] Scepter“ der polnischen Könige oder auch von „republikanische[r] Heldentugend“ in der Vergangenheit die Rede war und damit die Unterschiede zur reaktionären preußischen Innenpolitik der aktuellen Gegenwart markiert wurden (S. 124).

Der Bezugsrahmen der lokalen Geschichte veränderte sich massiv nach 1871 und der Gründung des Deutschen Reiches. Die Beschäftigung mit der Historie der Stadt erfuhr eine enorme Belebung sowohl institutionell durch die Entstehung zahlreicher Vereine und Kommissionen, die sich speziell mit der lokalen und regionalen Vergangenheit sowie der Architektur- und Baugeschichte befassten, als auch durch die unübersehbare Tendenz, die Lokalgeschichte als eine nationale Aufgabe zu begreifen und zu betreiben. Was sich in ersten Ansätzen zu Beginn des Jahrhunderts schon angedeutet hatte, die Rolle und Bedeutung Danzigs als eines kulturellen Vorpostens des Deutschtums in der slawischen Barbarei zu behaupten und zu überzeichnen, wurde nun auf breiter Basis vorangetrieben. Politisiert und instrumentalisiert wie nie zuvor wurde die Geschichte der Stadt zudem durch die damals zunehmende Pluralisierung der Öffentlichkeit, die Herausbildung von Interessengruppen und Parteien, den Einfluss des Kulturkampfes und den sich damit verstärkenden konfessionellen Spannungen. Wie vielfältig die hier produzierten Narrative, Geschichtsbilder und Interpretationen waren, wie historische Ereignisse die bürgerliche Festkultur bestimmten, wie Traditionen verloren gingen, Geschichte

und ihre Artefakte rekonstruiert wurden oder welchen Anteil Denkmalschutz, Fremdenverkehr und moderne Stadtplanung dabei hatten, wird hier an zahlreichen Beispielen und Ereignissen dem Leser vor Augen geführt.

Wie sehr die lokale Geschichte zur Legitimierung der Ansprüche auf die Stadt genutzt wurde, zeigen auch die Untersuchungen für die Zeit zwischen 1918 und 1945. Hier geht Loew sehr ausführlich auf Akteure und Institutionen ein, welche die Historiografie als Legitimationswissenschaft sowie die Publizistik bewusst in den Dienst der Politik stellten. Zahlreiche Historiker, allen voran Erich Keyser, unternahmen nicht nur neuerliche Versuche, die sich nationaler Vereinnahmung vielfach sperrende Stadtgeschichte deutsch-national umzu-deuten, sondern sie auch schon Mitte der 20er Jahre einem völkisch-rassistischen und antisemitisch unterfütterten Geschichtsbild einzupassen. Dass diese in der Volkstums- und Kulturbodenforschung wurzelnden Wissenschaftler gleichzeitig methodisch innovativ waren und neuen Forschungsansätzen folgten, verschweigt der Verfasser dabei genau so wenig wie die Tatsache, dass sie der nationalsozialistischen Geschichtspolitik Wege geebnet haben. Gleichwohl hebt er auch hervor, dass mit 1933 insofern eine Zäsur stattfand, als jetzt die „Entpolung“ der Danziger Geschichte systematisch betrieben wurde, wobei die eigentliche lokale Geschichte für die traditionslose NS-Elite nur insoweit Relevanz besaß, als sie sich für ihre Politik instrumentalisieren ließ.

Mutatis mutandis gilt letzteres auch für die polnische Geschichtskultur Danzigs. Sie unterschied sich jedoch vor allem dadurch, dass die „Identifikation mit dem weitgehend von deutschen Bestimmungsfaktoren geprägten Wohn- und Aufenthaltsort (...) wenn überhaupt nur über den Umweg der Nationalgeschichte erfolgen“ konnte (S. 355). Zudem lebte die überwiegende Mehrheit der sich mit Danzig beschäftigenden Wissenschaftler und Publizisten außerhalb der Stadt. Daher sei auch deren innere Distanz stärker gewesen, mit Folgen auch für deren Wahrnehmung von Vergangenheit und Gegenwart, wie Loews Darstellung an vielen Beispielen deutlich werden lässt.

Mit „Geschichte zwischen Konstruktion und Ideologie“ wird die Entwicklung zwischen 1945 und 1989 in der Kapitelüberschrift auf den Punkt gebracht. Wesentliches Merkmal ist das Ende des „deutschen Danzigs“ und damit auch die Zerstörung der lokalen Erinnerungsgemeinschaft. Dadurch war nun für Polen die Voraussetzung geschaffen, ohne ortsbezogene Traditionen eine neue lokale Geschichtskultur zu konstruieren, die „den Mythos historischer Polonität mit

den Anforderungen der aktuellen Politik verband“. (S. 367) Wie dies wissenschaftlich-institutionell, personell und politisch-ideologisch vorstatten ging, wird hier so umfassend wie pointiert untersucht und dargestellt. Loew zeigt, wie direkt nach Kriegsende die Frage, ob und inwieweit die deutsche Vergangenheit der Stadt integriert oder negiert werden sollte, eigentlich gar keine Rolle spielen konnte. Die „wiedereroberten Gebiete“ mussten auf unzweifelhafte Weise in die wiedererstandene Republik integriert werden, und der Wiederaufbau Danzigs konnte wie die Feiern historischer Ereignisse – etwa „Feiern der Befreiung vom Kreuzritterjoch“ – genutzt werden, um die nur zwischenzeitlich kurz verloren gegangene Polonität der Stadt zu demonstrieren und neu zu bestärken. Eine intensive oder systematische Beschäftigung mit der lokalen Geschichte war dabei bis in die 1980er Jahre praktisch unmöglich; zum einen, weil die offizielle Ideologie dafür keinen Raum bot, zum anderen aber auch, weil die jüngeren Generationen in der Regel kein Deutsch mehr beherrschten und ihnen so der Zugang zu den Quellen verwehrt blieb. Ein Ergebnis war schließlich die Tatsache, dass die fehlende Erinnerung an die lokale Vergangenheit zur Konstruktion künstlich und willkürlich geschaffener Traditionen führte, die den meisten Danzigern keine wirkliche Identifikation ermöglichte.

Dass die von nationalen und ideologischen Elementen bestimmte offizielle Geschichtskultur in den 1980er Jahren zusehends mehr in Frage gestellt wurde und die deutsche Lokalgeschichte auf wachsendes Interesse stieß, war ein Ergebnis der zunehmenden Regimeopposition sowie der Neugier, mit der sich eine in Danzig herangewachsene neue Generation mit den noch erhaltenen Relikten der deutschen Vergangenheit zu beschäftigen begann. Auch die Rezeption der „Danziger Trilogie“ von Günter Grass gab entsprechende Impulse bzw. bot die Gelegenheit, ein magisch verfremdetes Danzig der Vorkriegszeit kennen zu lernen, dessen Bilder nicht ohne Einfluss auf Publizisten und Literaten blieb.

Im letzten Kapitel zur „Geschichte in der postsozialistischen Demokratie“ verweist Loew zunächst auf die Tatsache, dass sich 1989 zwar die allgemeine politische Situation in Polen verändert hatte, nicht jedoch die der Wissenschaft, die sich bereits aus der ideologischen Zwangsjacke hatte befreien können. Allerdings sei eine verstärkte Hinwendung zu neuen Forschungsfeldern, auch zur Lokalgeschichte Danzigs, zu beobachten gewesen, wobei nun polonitätsgeschichtliche Aspekte hinter die Untersuchung von politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Fragen zurückgetreten seien. Vor

allem das „deutsche Danzig“ des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Vorgeschichte des polnischen Gdańsk, haben seither erhöhte Aufmerksamkeit gefunden. Parallel dazu war eine bemerkenswerte literarische Auseinandersetzung zwischen prominenten Schriftstellern und Publizisten wie Pawel Huelle, Stefan Chwin, Jerzy Samp und Donald Tusk zur Stadtgeschichte und der sie prägenden Volksgruppen entstanden, wodurch die postulierte polnische Monokulturalität Danzigs wie zuvor die deutsche endlich und endgültig aufgebrochen worden seien, wie Loew einen der genannten Literaten zitierte.

Am Ende der umfangreichen Darstellung reduziert der Verfasser die Befunde seiner Untersuchungen auf zwei wesentliche Grundmuster, die den Wandel der Geschichtskultur im Verlauf von 200 Jahren bestimmt haben. Demnach werde sie

1. entscheidend von ihrem Bezugsrahmen geprägt. So habe sich Danzig nach 1793 von der Stadt, dem lokalen Gemeinwesen, als vorherrschender Referenzgröße lösen müssen und sich seither als Bestandteil eines viel größeren, modernen Verwaltungsstaates definieren und sich historisch entsprechend erklären und einordnen müssen: Dies war zunächst Preußen, dann das Deutsche Reich, das Dritte Reich, das stalinistische, das poststalinistische und endlich das demokratische Polen.

2. Lokale Geschichtskultur wird von relativ kleinen Trägerschichten gestaltet und von deren Interpretation, Erinnern- und Vergessenwollen geprägt. Die Trägerschichten wandeln sich, im Fall Danzigs von den eingesessenen Familien zum Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts über bürokratische und einer herrschenden Partei verbundene Geschichtsmittler und -instrumentalisatoren bis hin zu den liberalen, intellektuellen Milieus, die in Polen seit den 1980er Jahren neue Interpretationen anboten.

Darüber hinaus, so der Verfasser weiter, sind es auch geistesgeschichtliche und kulturgeschichtliche Entwicklungen sowie ökonomische Faktoren, welche die lokalen Grundmuster ergänzen und beeinflussen.

Die von Loew eruierten Grundmuster dürften unserem Kenntnisstand wenig Neues hinzufügen, eher Bekanntes bestätigen. Dagegen sind die vielen hundert Seiten seiner Monografie eine Bereicherung der Forschung – nicht nur als beeindruckendes Beispiel für Untersuchungen zur Geschichtskultur, sondern auch als Beitrag zu Geschichte und Kultur Danzigs überhaupt. Untersuchung und Darstellung basieren nicht nur auf der Analyse der jeweiligen Historiogra-

fie, der Entwicklung von Institutionen, der offiziellen Kultur- und Kultuspolitik, der Medien und der vielfältigen Dimensionen von Öffentlichkeit und Meinungsbildung, sondern auch auf der Auswertung von Belletristik und Studien zur Danziger Geschichte in der Malerei. Dazu wird die materielle wie immaterielle Gedenkkultur und deren Verortung, die Pflege von Denkmälern, die politische Auseinandersetzung um die Baupolitik sowie der Umgang mit historischen Artefakten und der geschichtlich gewachsenen Infrastruktur nachgezeichnet, teilweise auch durch Abbildungen illustriert. Auch der Umgang der aus Danzig vertriebenen Deutschen mit ihrer Geschichte, personelle, institutionelle sowie politisch-ideologische Kontinuitäten und Brüche bei der Aufarbeitung der Vergangenheit und nicht zuletzt Traditionspflege und Erinnerung an die alte Heimat finden in Loews Darstellung Berücksichtigung und Würdigung.

Der Verfasser hat eine wissenschaftlich überzeugende Studie vorgelegt, die sich dank ihrer klaren Sprache und ihres flüssigen, ansprechenden Stils auch für einen größeren Leserkreis eignet.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

Danzig und der Ostseeraum. Sprache, Literatur, Publizistik, hrsg. v. Holger Böning, Hans Wolf Jäger, Andrzej KaŃny u. Marian Szczodrowski. Bremen: edition lumière 2005, 351 S.

Der Sammelband „Danzig und der Ostseeraum. Sprache, Literatur, Publizistik“ ist das Ergebnis einer seit 1993 andauernden wissenschaftlichen Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den germanistischen Instituten der Universitäten Bremen und Danzig/Gdańsk. Er enthält 18 Vorträge eines Symposiums, das im Sommer 2004 zum Zwecke einer abschließenden Würdigung dieser Partnerschaft in Danzig stattfand. In der „Vorrede“ berichtet Hans Wolf Jäger (Bremen) rückblickend über die Geschichte und den Verlauf der über ein Jahrzehnt dauernden „Danzig-Bremischen Zusammenarbeit“ (S. 7). Dabei erklärt er, dass die auf Initiative des Deutschen Akademischen Austauschdienstes 1993 begonnene Kooperation nur ein „offizielles“ Ende nehme und die beiderseitigen Kontakte sowohl auf der institutionellen als auch privaten Ebene weiterhin gepflegt werden.

Die gesammelten 18 Beiträge dieses Bandes sind thematisch in vier

Teile gegliedert: „Ältere Literatur“, „Sprache und Unterricht“, „Presse und Publizistik“ und „Literatur des 20. Jahrhunderts“.

Der erste Teil des Bandes „Ältere Literatur“ umfasst zwei Aufsätze, von denen der erste von Monika Unzeitig (Bremen) als eine Einführung in die Thematik des Bandes angesehen werden kann. Der Beitrag trägt den Titel: „Danzig ein herlich kauffstatt in Preußen gelegen“. Die Stadtbeschreibung Danzigs und ihre kartographische Einordnung in der ‚Cosmographie Sebastian Münsters‘. Dieses zu den begehrtesten Büchern der Druckkunst des 16. Jahrhunderts gehörende Werk erschien in den Jahren 1544–1628 in 53 vollständigen Auflagen. Laut Referat ersetzte die Kosmografie die im 15. Jahrhundert bekannte Weltchronik des Hartmann Schedel, die äußerst wenige Informationen über die nördlichen und östlichen Gebiete – und somit über Danzig – enthielt. Mit der Kosmografie veränderte sich die Art und Weise der Darstellung der Kontinente, Länder und Städte. Historische und geografische Kenntnisse wurden dem Leser mit Hilfe von Text, Karten und grafischen Abbildungen der Städte vermittelt. In den späteren Auflagen der Kosmografie von Münster wurden die Städtebeschreibungen um die historischen Ereignisse ergänzt und somit immer wieder aktualisiert. Monika Unzeitig stellt das am Beispiel von Danzig dar.

Der zweite Aufsatz des ersten Teiles von Hans Wolf Jäger (Bremen) „Die Pommersche Sapho“ Sibylla Schwarz (1621–1638)“ ist der Lyrik der aus Pommern stammenden Autorin Sibylla Schwarz gewidmet, die zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges lebte und in der Schule von Martin Opitz dichtete. Wie Jäger in seinem Beitrag erörtert, orientierte sich Opitz wiederum an zwei Vorbildern, deren Gedichtkunst er der deutschen Poesie näher zu bringen versuchte: die Gedichte des Franzosen Pierre de Ronsard und des Italieners Francesco Petrarca. Durch eine ausführliche Analyse des Sonetts Nummer 90 aus der Gedicht-Sammlung „Il Canzoniere“ von Petrarca weist Jäger auf die Probleme hin, vor die Sibylla Schwarz und andere Dichterinnen dieser Zeit gestellt wurden: Als Frauen durften sie ihren persönlichen Gefühlen und Empfindungen nur in einem künstlerischen Versteckspiel Ausdruck geben.

Der zweite Teil des Bandes unter der Überschrift „Sprache und Unterricht“ umfasst vier Beiträge. Andrzej KaŃny (Gdańsk) untersucht und vergleicht zwei der ältesten deutsch-polnischen phraseologischen Wörterbücher: das Wörterbuch von Daniel Gamius „Flores trilinguae ex viridariis linguarum decerpti, sive sententiae Latino-Germanico-Polonicae. Nec non proverbiae, phrases et quicquid in

dictis linguis apte, facete, acute et erudite dictum ex lectione auctorum et usu loquendi observabatur“ (Danzig 1702) und „Enchiridion Polonicum“ – ein Lehr- und Konversationsbuch des Polnischen, das 1720 von Jan Moneta in Danzig herausgegeben wurde. Als Ziel seiner Untersuchung definiert Kałny die Darstellung der phraseologischen und lexikografischen (phraseografischen) Praxis der beiden Werke. Der Autor stellt fest, dass die ältesten deutsch-polnischen phraseologischen Wörterbücher alphabetisch zusammengestellte Sammlungen von Sprichwörtern und Sentenzen ohne Markierungen, Kontextbeispiele und Register seien. Die für die Analyse gewählten Sprichwörter und Wendungen seien auch heute dem polnischen und deutschen Leser bekannt und würden beweisen, dass zwischen ihnen grundsätzlich eine Voll- oder Teiläquivalenz und nur selten Nulläquivalenz bestehe. „Der Einfluss der Dialekte des Deutschen auf das Polnische“ ist der Gegenstand des Aufsatzes von Tomasz Czarnecki (Gdańsk). An zahlreichen Beispielen aus den drei großen Gruppen der deutschen Dialekte: des Ober-, Mittel- und Niederdeutschen und unter Berücksichtigung der zeitlichen Chronologie präsentiert der Autor, wie die deutschen Dialekte durch den direkten und indirekten Kontakt das Polnische beeinflusst haben.

Die Predigten von Georg Müller bilden den Ansatzpunkt zum Beitrag von Armin Hetzer (Bremen) „Der corrumpte städtische Jargon“ – Zu den estnischen Predigten von Georg Müller (um 1600)“, in dem die Merkmale des spätmittelalterlichen „Halb-Estnischen“ der Deutschbalten aus linguistischer Sicht analysiert werden. Darüber hinaus werden in der Untersuchung sprachliche Veränderungen besprochen, die am Ende des 17. Jahrhunderts im „Pastoren-Estnischen“ auftraten. Der vierte Aufsatz in diesem Teil des Bandes „Die Übertragungskanäle und ihre Funktionen in der fremdsprachlichen Kommunikation“ von Marian Szczodrowski (Gdańsk) geht der Problematik der Erlernung und Aneignung des Deutschen als Fremdsprache durch polnische Germanistikstudenten während ihrer fünfjährigen Universitätsstudien zu Gdańsk nach. Am Beispiel des lautsprachlichen und schriftsprachlichen Kommunikationsprozesses werden verschiedene Übertragungskanäle (im Sprecher und Hörer bzw. im Schreiber und Leser) erörtert und ihre rezeptiven und produktiven Funktionen festgehalten. Die Fragen der fremdsprachlichen inter- und intrapersonalen Kommunikation bedürfen jedoch weiterer multi- und interdisziplinärer Erforschung, wie der Autor mit Recht behauptet.

Auch der dritte Teil des Bandes „Presse und Publizistik“ besteht aus vier Beiträgen. In seinem Aufsatz „Danziger Beiträge zur gemeinnüt-

zig-ökonomischen Aufklärung und zur Volksaufklärung – die Naturforschende Gesellschaft, Michael Christoph Hanow und Daniel Tietz“ beschäftigt sich Holger Böning (Bremen) mit der volksaufklärerischen Literatur und Publizistik des 18. Jahrhunderts. Sein Interesse gilt der 1743 gegründeten Naturforschenden Gesellschaft in Danzig, die „eine der ersten ‚Vereinigungen gelehrter Männer‘“ der östlichen Ostseeregion war (S. 103). Ausführlich werden zwei Mitglieder der Gesellschaft dargestellt, Michael Christoph Hanow und sein Neffe Daniel Tietz, deren Tätigkeit als Herausgeber periodischer Schriften für die frühe gemeinnützig-ökonomische Aufklärung und für die Volksaufklärung in Deutschland und Danzig von beispielhafter Bedeutung gewesen sei. Małgorzata Wittenberg präsentiert in ihrem Beitrag „Vertheidiger der ewigen Rechte und Freund der Tugend. Die Danziger Presse vom 17. bis zum 19. Jahrhundert“ eine synthetische Beschreibung der früheren Presse der Stadt. Es werden u.a. die Rechtslage und das Zensurrecht genannt, somit die inhaltlichen Schwerpunkte der einzelnen Zeitschriften erörtert. Dem Aufsatz fügt die Autorin eine Liste der Titel und Erscheinungsjahre der Danziger Periodika des 17. und 18. Jahrhunderts bei.

Die Untersuchung, die Jan Sikora (Gdańsk) in seinem Beitrag „Der Völkerbund in der Darstellung der Danziger Presse der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts“ durchgeführt hat, behandelt aus linguistischer Sicht die Auseinandersetzung mit dem Völkerbund, die in der Presse der Freien Stadt Danzig stattfand. Den Ausgangspunkt der Analyse bilden Artikel, Beiträge und Kommentare, die in den 20er und 30er Jahren in „Die Danziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht wurden. Diese Zeitung, die als Presseorgan der Danziger Behörde angesehen worden sei, hatte die größte Auflage und somit den größten Einfluss auf die Bildung der öffentlichen Meinung der überwiegend deutschsprachigen Bevölkerung der Freien Stadt. Bei seiner Untersuchung beschränkt sich Sikora auf die wesentlichen Motive und sprachlichen Besonderheiten der analysierten Texte und stellt fest, dass der Völkerbund, laut Versailler Bestimmungen zum Schutz der Stadt berufen, von Seiten der Danziger Presse heftige Kritik erntete. In dem Beitrag von Michael Nagel (Bremen) „Das Danziger ‚Jüdische Gemeindeblatt‘ im Nationalsozialismus und das ‚Tagebuch einer Schnecke‘ von Günter Grass. Wie die historische deutsch-jüdische Presse ihren Platz im Erzählen von der deutsch-jüdischen Geschichte finden kann“ werden zuerst Geschichte, Thematik und Rolle des „Jüdischen Gemeindeblatts“ in Kreisen der Danziger Juden besprochen. In der zweiten Hälfte des Aufsatzes weist Nagel auf die im „Jüdischen

Gemeindeblatt“ veröffentlichten Artikel und das geschichtliche Werk von Erwin Lichtenstein „Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus“ hin, die in dem Buch von Günter Grass „Aus dem Tagebuch einer Schnecke“ an mehreren Stellen zu finden seien. Auf diese Weise sei es Grass gelungen, eine Nähe gegenüber der dargestellten Vergangenheit zu erzeugen.

Der umfangreichste vierte Teil des Bandes „Literatur des 20. Jahrhunderts“ enthält acht Aufsätze, so dass die literaturwissenschaftlichen Beiträge den Schwerpunkt des Buches bilden. Anhand der Werke „Sache Danton“ und „Die letzte Nacht des Ventôse“ analysiert Marion Brandt (Gdańsk/Berlin) den Revolutionsbegriff bei der in Danzig lebenden polnischen Schriftstellerin Stanisława Przybyszewska und gibt ihrem Beitrag den Titel „...ein neues Bild der Revolution in die morastige Materie des öffentlichen Gehirns hineinschlagen“. Zum Revolutionsbegriff von Stanisława Przybyszewska“. Aus der Untersuchung geht hervor, dass für Przybyszewska die Revolution ein Prozess bedeute, in dem „das Geistige zu einer gesellschaftlich schöpferischen Kraft“ wird (S. 224). Die Verbindung von Politik, Psychologie und Mystik erscheine dabei als das Besondere. Den verschiedenen Grundeinstellungen zum europäischen Kontinent wendet sich Sławomir Leśniak (Gdańsk) zu. In seinem Beitrag „Graf Hermann Keyserling und Hans Magnus Enzensbergers Ach Europa! – Zwei Europavisionen“ unterzieht er zwei unterschiedliche Betrachtungsweisen Europas einer Gegenüberstellung: die von Graf Hermann Keyserling, für den der europäische Kontinent noch „eines Geistes“ sei, mit der von Hans Magnus Enzensberger (S. 230), der sich in seinen Reiseberichten *Ach Europa!* gegen jede einheitliche Umfassung Europas wende.

Die Person des erfolgreichsten deutschen Schriftstellers des Ersten Weltkrieges, Walter Flex, und sein berühmter Roman „Der Wanderer zwischen beiden Welten“ bilden den Ausgangspunkt für den Aufsatz von Hans Rudolf Wahl (Bremen) „Polen und die baltischen Länder im Blick von Walter Flex“. Die im Buch enthaltene totale Missachtung des Anderen, hier der Polen und Letten, ist für Wahl ein Beispiel für „radikalsten Nationalismus“, der dem Nationalsozialismus „einen kulturellen Nährboden“ verschafft habe (S. 242). Die Beziehungen zwischen Erinnerungen und literarischer Fiktion in zwei Werken von Wolfgang Koeppen „Es war einmal in Masuren“ (1991) und „Die Mauer schwankt“ (1935) sind Gegenstand der Überlegungen von Mirosław Ossowski (Gdańsk) „Wolfgang Koeppen und Ortelsburg“. In beiden Werken von Koeppen wird Ortelsburg (heute Szczytno) beschrieben, eine Stadt im südlichen Ostpommern, in der der Schrift-

steller zwischen 1912 und 1919 lebte und über die er auch in autobiografischen Schriften berichtet. Mithilfe zahlreicher Beispiele zeigt Ossowski, dass beiden Werken von Koeppen der persönliche Erfahrungsbereich zugrunde liegt. Obwohl beide Texte sich auf dieselbe Zeit beziehen, werde die Realität von Ortelsburg in ihnen unterschiedlich fiktionalisiert.

Der Untergang des ehemaligen KdF-Schiffes „Wilhelm Gustloff“ wurde zum literarischen Motiv für zwei deutsche Autoren: 2002 erschien die Novelle von Günter Grass „Im Krebsgang“, ein Jahr später veröffentlichte Tanja Dückers ihren Roman „Himmelskörper“. Mit der Analyse und dem Vergleich von Handlungen, Hauptgestalten und Problematik beider Texte setzt sich Marek Jaroszewski (Gdańsk) in seinem Aufsatz „Das leuchtende Schiff: Der Untergang der ‚Wilhelm Gustloff‘ bei Günter Grass und Tanja Dückers“ auseinander. Zu den wichtigen Unterschieden zwischen den beiden Werken, auf die Jaroszewski hinweist, gehöre auch der, dass Tanja Dückers in ihrem Roman polnische Namen, Worte, Begriffe und Redewendungen, vor allem aus dem Alltagsleben, verwende. Somit habe sie eine andere Einstellung zu den slawischen Sprachen als Günter Grass, der sich in seinen Werken auf den Hinweis beschränke, dass die Hauptpersonen, z.B. Agnes und Jan in der „Blechtrommel“, miteinander Kaschubisch sprächen. Jaroszewski erörtert auch Dückers' Rückgriffe auf Veröffentlichungen anderer Autoren und erklärt, dass dadurch „paradoxe Weise ein qualitativ neues Werk“ entstehe (S. 291). Jaroszewski verzichtet in seinen Ausführungen auf eine tiefgehende Kritik nicht und kommt zu dem Schluss, dass der Roman von Tanja Dückers die Novelle von Grass an seinem thematischen Spektrum übertrage. Ein ähnliches Thema betrifft auch der Beitrag von Wolfgang Emmerich (Bremen) „Dürfen die Deutschen ihre eigenen Opfer beklagen? Schiffsuntergänge 1945 bei Uwe Johnson, Walter Kempowski, Günter Grass, Tanja Dückers und Stefan Chwin“. Am Beispiel der Prosatexte von vier deutschen und einem polnischen Schriftsteller diskutiert Emmerich das Motiv des Untergangs von deutschen Fluchtschiffen im Spätwinter/Frühjahr 1945, wobei in dem von Emmerich gewählten Stoff die „Wilhelm Gustloff“ eine zentrale Rolle spielt. Die untersuchten Bücher, die zwischen 1973 (Johnson) und 2003 (Dückers) erschienen sind, deuten auf die Veränderung von individuellen Erinnerungen sowie einer „Gedächtniskultur“ hin, die in jener Zeitspanne von 30 Jahren erfolgte.

Der Aufsatz von Agnieszka Haas (Gdańsk) „Danziger Streikpoesie vom August 1980 aus der Perspektive ihres potenziellen Übersetzers“

ist den Problemen der Übersetzung von „typischen polnischen Motiven“ (S. 329), darunter u.a. literarischen Motiven gewidmet, und Martin Schönemann (Bremen) zieht in seinem Beitrag „Auf der Suche nach Danzig – mit Hilfe von Günter Grass“ einen Vergleich zwischen literarischen Beschreibungen von Danzig in den Werken des Nobelpreisträgers und seinen persönlichen Erfahrungen.

Wie aus dieser kurzen Darstellung hervorgeht, werden in dem Band „Danzig und der Ostseeraum. Sprache, Literatur, Publizistik“ vielfältige Aspekte der in dem Titel angesprochenen Problematik präsentiert und eingehend diskutiert. Neben der thematischen Breite wird auch eine methodologische angeboten, die von universalprogrammatisch ausgerichteten Gesamtsynthesen zu text- und materialnahen Untersuchungen reicht. Der Band ist eine beachtenswerte Publikation, die durch ein außergewöhnlich interessantes Textmaterial wichtige Einblicke nicht nur in die wissenschaftliche Werkstatt der deutschen und polnischen Forscher, sondern auch in „den Ostseeraum“ als Untersuchungsgegenstand gewährt. Somit ist diese Veröffentlichung ein wichtiger Beitrag zu den Studien, die sich der Problematik der Region und ihrer Bedeutung für die Wiederherstellung von Kontinuität im immer mehr zusammenwachsenden Europa widmen. Dabei werden auch die Erinnerungen an die nicht immer konfliktfreien geschichtlichen Ereignisse nicht ausgespart, sondern aus neuen Perspektiven angegangen. Darüber hinaus bietet die Lektüre einen Überblick über unterschiedliche Ansatzpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit der einzelnen Autoren, die sich mit diesem Thema beschäftigen.

Das 2005 bei der *édition lumière* als Band Nr. 16 in Bremen erschienene Buch besticht auf den ersten Blick durch ein ästhetisch besonders positiv auffallendes Titelbild („Deckengemälde im großen Ratssaal des Hauptstädtischen Rathauses“ von Izaak van den Block, 1608). Bei einer genaueren Betrachtung des Inhalts des Bandes stellt ein aufmerksamer Leser jedoch fest, dass die Beitragstitel im Inhaltsverzeichnis von den Überschriften der im Sammelband enthaltenen Artikel an manchen Stellen (sieben Titel!) voneinander abweichen (in der Rezension werden die Titel genannt, die sich über den Beiträgen befinden, und nicht die aus dem Inhaltsverzeichnis). Eine ähnliche Unachtsamkeit ist den Herausgebern auch an anderer Stelle im Buch unterlaufen, nämlich in dem Verzeichnis der einzelnen Bände der Reihe „Presse und Geschichte – Neue Beiträge“, wo der hier besprochene Band den Titel „Deutsche Sprache und Kultur, Literatur und Presse in Danzig und im Ostseeraum“ (S. 348) trägt und nicht den,

der auf dem Umschlag zu lesen ist: „Danzig und der Ostseeraum. Sprache, Literatur, Publizistik“. Auch die Überschriften der einzelnen Beiträge hätte man optisch etwas deutlicher von den Beitragstexten hervorheben und ihre Schriftweise und -größe vereinheitlichen können. Die vier Herausgeber haben, jeder für sich, zwar ihren Teil der Veröffentlichung sorgfältig redigiert, ihn aber nicht mit den anderen Teilen verglichen.

Editorische Unzulänglichkeiten beeinträchtigen jedoch nicht den inhaltlichen und wissenschaftlichen Wert dieses interessanten und lesenswerten Sammelbandes, der dank der Vielfalt der angesprochenen Thematik und des methodologischen Spektrums wichtig und sehr nützlich für einen großen Leserkreis von Literatur- und Sprachwissenschaftlern, Historikern, Geografen, Lexikografen, Fremdsprachenlehrern, Übersetzungswissenschaftlern und Übersetzern ist. Es ist sicherlich ein Sammelband, der auch Studenten verschiedener Fächer wärmstens zu empfehlen ist, da er als ein hilfreiches Quellenwerk und als Anregung für weitere Untersuchungen betrachtet werden kann.

Janina Gesche, Vallentuna/Schweden

Frankfurt Oder Stübice. Sieben Spaziergänge durch die Stadtgeschichte, hrsg. v. Monika Kilian u. Ulrich Kniefelkamp. Berlin: scripvaz-Verlag 2003, 126 S.

Stadtjubiläen sind seit dem 19. Jahrhundert ein beliebter Anlass, Publikationen zur Stadtgeschichte erscheinen zu lassen. Dies ist meist Aufgabe örtlicher Institutionen, die damit ihre Mitarbeiter beauftragen. Im Fall von Frankfurt/Oder, das im Jahr 2003 sein 750-jähriges beging, hat dieser Mechanismus ebenfalls funktioniert. Ergebnis war ein Sammelband mit Beiträgen zur Stadtgeschichte,¹ die mehrheitlich von Professoren der Frankfurter Europa-Universität verfasst wurden. Das Besondere an dieser Stadtgeschichtsschreibung ist, dass hier ausnahmslos fremde Autoren zur Feder griffen. Keiner ist der Stadt durch Geburt verbunden oder lebt(e) für einen längeren Zeitraum dort.

Dieser Blick von außen, der nicht selten neue Perspektiven auf die Stadt öffnet, dafür aber im Detail weniger genau ist, liegt auch

¹ Frankfurt an der Oder 1253–2003, hrsg. v. Ulrich Kniefelkamp. Berlin 2003.

dem Stadtführer „Frankfurt Oder Słubice. Sieben Spaziergänge durch die Stadtgeschichte“ zugrunde, der gleichfalls ein Produkt dieses Jubiläums ist. Unter Leitung des Mediävisten Ulrich Knefelkamp und seiner Mitarbeiterin Monika Kilian haben darin neun vorwiegend studentische Autoren versucht, die Stadtgeschichte durch Verbindungen zu historischen Plätzen und den Menschen, die dort gewirkt haben, lebendig werden zu lassen. Im Vorwort verweist Knefelkamp darauf, dass die schweren Verwüstungen und Brände des Jahres 1945 das historische Stadtzentrum vernichtet hätten, so dass der Besucher auf den ersten Blick nicht den Eindruck habe, in einer Stadt mit 750-jähriger Geschichte zu sein. Dem Rezensenten sei hier erlaubt anzumerken, dass dies nur einer der Gründe ist, denn auch die Entwicklungen der Jahre nach 1990 haben nicht dazu beigetragen, Frankfurt das Gesicht einer mittelalterlichen Hansestadt oder auch Regierungsbezirkshauptstadt Preußens wiederzugeben. Das alte Frankfurt ist im materiellen Sinne unwiederbringlich verloren. Architektonisch prägend ist die Zeit als Bezirkshauptstadt der DDR, auch wenn die Universität und Einkaufszentren nach 1990 versucht haben, neue städtebauliche Akzente zu setzen.

Frankfurt ist sozusagen eine Stadt im Fluss, die noch nach ihrer Identität sucht. Die historischen Stadtspaziergänge können bei dieser Suche einen Beitrag leisten. Schon der absichtlich mehrdeutig gewählte Titel verweist auf die bestehende Unsicherheit. Beschreibt der Führer „Frankfurt (Oder) und Słubice“ bzw. „Frankfurt (Oder), die Oder und Słubice“? In welcher Beziehung stehen die beiden Städte heute und welche historischen Verbindungen gab es zwischen dem heutigen Frankfurt/Oder und seiner als Słubice seit 1945 Polen zugehörigen Dammvorstadt? Diesen Fragen geht der einzige polnische Autor Mateusz Hartwich in seinem Beitrag über Słubice nach. Felix Ackermann, der „entlang einer europäischen Grenze“ spaziert, reflektiert die im Titel indirekt gestellte Frage nach der Oder als Verbindungsglied zwischen Frankfurt und Słubice, wobei er zum Schluss kommt, dass der Fluss verbindet und teilt. Deutlich wird dabei, dass sowohl Frankfurt als auch Słubice sprichwörtlich im Fluss sind, sich aber lange Zeit nicht am Fluss, sondern vom Fluss weg entwickelt haben.

Gerade die Beiträge von Hartwich und Ackermann zeigen, dass einige der Autoren mehr präsentieren wollen als einen klassischen Stadtführer. Sie wollen zum Nachdenken und selbständigen Aneignen der Stadtgeschichte anregen. Andere Autoren wie Petra Gilmann sind im Schreibstil dagegen der mündlichen Rede eines leibhaftigen Stadtführers verhaftet, was sich besonders in der Begrüßung „Hal-

lo liebe Gäste“ zeigt (S. 82). Hier steht die Wissensvermittlung im Vordergrund. Beim virtuellen Gang durch die Straßen wird die Geschichte alter Bauwerke präsentiert, am Rand finden sich Biografien von Persönlichkeiten, die mit den Orten verbunden sind. Zahlreiche historische Aufnahmen unterstützen dabei den Versuch, die Vergangenheit vor dem Auge des Lesers lebendig zu machen. Als sehr hilfreich erweisen sich in dieser Beziehung die Gegenüberstellungen historischer und aktueller Ausschnitte aus dem Stadtplan, die jeweils am Beginn der einzelnen Spaziergänge stehen. Auch ein siebenseitiger chronologischer Überblick zur Stadtgeschichte erlaubt dem Leser, die geschilderten Vorgänge historisch zu verorten. Acht unterschiedliche thematische Symbole ermöglichen darüber hinaus ein Querlesen des Buches. Wer beispielsweise nur an der Militärgeschichte interessiert ist, kann sich schnell und einfach an den außen an den Seiten befindlichen farbigen Markierungen orientieren oder im Themenregister nachschlagen.

Auch in seinem Format, Gewicht und Preis empfiehlt sich das Buch durchaus für den Gebrauch als Reiseführer. Vom Kauf könnte lediglich die tief stehende Sonne in einem der beiden Umschlagfotos abhalten. Falls es zu einer Neuauflage kommen sollte, bleibt zu hoffen, dass nicht erneut die schlechteste Fotografie des gesamten Buches auf den Umschlag kommen wird.

Auch einige andere Details könnten dann verbessert werden. Hier sei auf Frankfurt/Oder als Durchgangsort für „13 Millionen Vertriebene, die von Ost nach West drängten“, verwiesen (S. 110). Eine solche Angabe sollte – jenseits der Frage, ob die Zahl, die dem Rezensenten zu hoch erscheint, korrekt ist – in ihren historischen Kontext eingebunden werden. Gewiss strömten auch Menschen von West nach Ost durch Frankfurt/Oder. Gerade die Lehrenden und Studierenden einer von Deutschen und Polen geprägten Hochschule sollten für solch sensible Themen der deutsch-polnischen Geschichte ein Gespür haben. Dieses zeigte sich aber auch nicht in der Frage der Bezeichnung heute polnischer Städte östlich der Oder. Ohne redaktionelle Linie ist hier jeder der Autoren mehr oder weniger bewusst seinen eigenen Weg gegangen. Der Pole Mateusz Hartwich schreibt konsequent von Zielona Góra (Grünberg) oder Rzepin (Reppen), während die deutschen Autoren eines anderen Beitrags nicht zu wissen scheinen, das Schwerin (Warthe) heute Skwierzyna heißt, da sie bei Sonnenburg mit Słońsk die polnische Bezeichnung anfügen, auch wenn sie dabei den Akzent über dem „n“ vergessen haben. In anderen Beiträgen werden dagegen ausnahmslos nur die historischen

deutschen Ortsbezeichnungen verwendet. In diesem Zusammenhang wäre es auch wünschenswert, dass die Region östlich der Oder in Bezug auf die Zeit vor 1945 nicht als „mittlere Ostmark“ (S. 53), sondern als „Neumark“ oder „historisches Ostbrandenburg“ bezeichnet wird. „Mittlere Ostmark“ ist zu sehr mit dem antipolnischen Diskurs der Zwischenkriegszeit verbunden und sollte ebenso wie im Zeitraum zuvor auch danach nicht verwendet werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass diese unglückliche Bezeichnungspraxis den Leser nicht zu sehr verwirrt oder verärgert.

Ansonsten ist die überrepräsentative Berücksichtigung der Medizin- und Theatergeschichte zu kritisieren. Zu hinterfragen wäre auch die konstruierte Korrespondenz zwischen dem Turm der Marienkirche und dem Oderturm (S. 17). Dies erscheint dem Rezensenten doch als allzu gewagter Versuch, dem DDR-Wahrzeichen der Stadt – einem Büroturm der 1970er Jahre – eine historische Tiefe zu geben. Gleiches gilt für die in den Passagen des Oderturms, die als erster „Konsumtempel“ der Nachwendezeit geschaffen wurden, angeblich gefühlte Atmosphäre der alten Frankfurter Messehöfe.

Einen weiteren Kritikpunkt stellen zahlreiche unglückliche Beschreibungen der Stadtarchitektur dar, die nicht immer von grundlegender Kenntnis der Materie zeugen. Hier zeigt sich die Kehrseite des fremden Blicks. Die Stadt als Ganzes scheint nicht allen Autoren vertraut zu sein. Wie sonst hätte Katja Dittmer das Vorhandensein nur weniger Bauten der Klassischen Moderne postulieren können (S. 105). Die Autoren des Spaziergangs durch das Stadtzentrum sollten sich dagegen überlegen, ob „gewalttätig“ das richtige Wort zur Beschreibung von Architektur, im konkreten Fall der Lenné-Passagen ist (S. 20). Überrascht hat den Rezensenten auch, dass in einem zweigeschossigen Flachbau aus den späten 1970er Jahren eine „traditionelle Bauweise“ entdeckt wurde (S. 61). Auch die pauschale Bezeichnung des bildhauerischen und malerischen Schmucks am Lichtspieltheater der Jugend als „DDR-Kunst“ erscheint als nicht adäquat (S. 91). Dem an der städtischen Baukunst und ihrer Geschichte interessierten Leser seien deshalb zwei im Literaturverzeichnis nicht angeführte Denkmalführer – Sybille Gramlich (u.a.): *Stadt Frankfurt (Oder). Denkmale in Brandenburg*. Bd. 3, Worms 2002 und Sebastian Preiss (u.a.): *Słubice. Historia, topografia, rozwój. Geschichte, Topografie. Entwicklung*. Gorzów Wlkp. 2003 – empfohlen, die wohl zu spät erschienen, um den Autoren eine willkommene Hilfe zu sein. Bei Gramlich wird das Lichtspieltheater beispielsweise treffend als „wichtiges Zeugnis früher sozialistischer Kulturpolitik“ bezeichnet (S. 235).

In anderen Bereichen machen die fortschreitenden urbanistischen Veränderungen seit Erscheinen des Buchs eine Überarbeitung notwendig. So sind mittlerweile die noch mit einem farbigen Foto abgebildeten alten Kasernenbauten in Ślubice abgetragen worden (S. 75). Auch die Gebäude des ehemaligen Halbleiterwerks erinnern nicht mehr an Frankfurt/Oder als Halbleiterstandort, da sie dem Erdboden gleich gemacht wurden (S. 43).

Trotz dieser Kritik überwiegt allerdings der positive Eindruck. Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass sich die Universität auch außerhalb von Jubiläen für die Stadt und ihre Geschichte interessiert.

Stefan Dyroff, Bern

Gregor Thum, Die fremde Stadt Breslau 1945. Berlin: Siedler Verlag 2003, 640 S., zahlr. Abbildungen.

Gregor Thums vor über drei Jahren erschienenes Buch über den Wandlungsprozess vom deutschen Breslau zur polnischen Stadt Wrocław wurde bereits vielfach besprochen, unter anderem von prominenten Autoren wie Wolfgang Thierse, Peter Glotz und Herbert Hupka.¹ Obwohl (oder gerade weil) jeder der drei genannten Rezensenten persönlich von den Vertreibungen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs betroffen war, gelangten sie zu völlig unterschiedlichen Bewertungen – von großer Zustimmung bei Thierse und kritischer Distanz zu einzelnen Thesen bei Glotz bis hin zu Hupka, der das Buch über die „kommunistische Vergangenheit Breslaus“ schlichtweg für entbehrlich erklärte. Schon aus den kontroversen Urteilen der drei Politiker lässt sich schließen, dass es sich um ein lesenswertes Buch handeln muss, dessen Rezeptionsgeschichte mittlerweile einer eigenen Betrachtung wert wäre. Der Band entstand als Dissertation an der Frankfurter Viadrina (bei Karl Schlögel); der Autor lehrt derzeit in den USA an der University of Pittsburgh.

¹ Wolfgang Thierse, Rede anlässlich der Vorstellung des Buches „Die fremde Stadt. Breslau 1945“ von Gregor Thum am 14.10.2003 in Berlin, http://www.bundestag.de/bic/presse/2003/pz_0310164.html; Peter Glotz, Hinaus und Hinein, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 08.12.2003, S. 11; Herbert Hupka, Die andere Stadt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 04.10.2003, S. 11.

Thum hat seine Untersuchung nicht als bloße Geschehensgeschichte angelegt, sondern kultursoziologische Fragestellungen ins Zentrum seiner Überlegungen gestellt. Den Diskursen über die Prägung des kollektiven Gedächtnisses (Jan Assmann u.a.) folgend, fragt Thum nach bewusst eingesetzten Mitteln und unbewusst wirkenden Mechanismen, die es den neuen polnischen Bewohnern ermöglichten, „wieder Wurzeln zu schlagen und die fremde Stadt Breslau zu der ihren zu machen“ (S. 43 f.). Die unmittelbare Nachkriegsgeschichte Schlesiens – der Aufbau der polnischen Verwaltung, die Ankunft polnischer Siedler und die Vertreibung und Zwangsausiedlung der deutschen Bevölkerung – ist in den vergangenen Jahren verstärkt in den Blick gerückt.² In geringerem Maße gilt dies für einzelne Aspekte der kulturellen Aneignung, etwa die Propagandawirkung der „Ausstellung der Wiedergewonnenen Gebiete“, die 1948 auf dem ehemaligen Breslauer Messegelände rund um die Jahrhunderthalle stattfand, oder der selektiven Kriterien folgende Wiederaufbau, auf den vor allem in übergreifenden Darstellungen zum Umgang mit dem Kulturerbe nach 1945 hingewiesen wurde.³ Gregor Thum hat sich ganz auf die Vorgänge in Breslau konzentriert und darf für sich beanspruchen, die erste derart profunde und vielschichtige Darstellung der Geschichte des polnischen Wrocław nach 1945 geschrieben zu haben. Eine vergleichbare kulturhistorische Studie über einen Ort, an dem nach 1945 ein kompletter Bevölkerungsaustausch stattfand, hat Bert

² Exemplarisch seien hier genannt Andreas R. Hofmann, *Die Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945 bis 1948*. Köln 2000; Beata Ociepka, *Niemcy na Dolnym Śląsku w latach 1945–1970* [Die Deutschen in Niederschlesien in den Jahren 1945–1970]. Wrocław 1999; Bernadetta Nitschke, *Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949*. München 2003 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 20); poln. Originalausgabe: Zielona Góra 1999.

³ Jakub Tyszkiewicz, *Sto wielkich dni Wrocławia. Wystawa Ziem Odzyskanych we Wrocławiu a propaganda ziem zachodnich i północnych w latach 1945–1948* [Breslaus hundert große Tage. Die Ausstellung der Wiedergewonnenen Gebiete und die Propaganda der West- und Nordgebiete 1945–1948]. Wrocław 1997. Eine kritische Revision der polnischen Wiederaufbaupraxis nach 1945, u.a. in Breslau, gab erstmals Konstanty Kalinowski, *Der Wiederaufbau der Altstädte in Polen in den Jahren 1945–1960*, in: *Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege* 32 (1978), S. 81–93. Gregor Thum verwies mit Recht darauf, dass Einzeluntersuchungen zum Wiederaufbau Breslaus bislang nur von daran beteiligten Autoren vorliegen, z.B. Olgierd Czermer, *Odbudowa staromiejskiego zespołu Wrocławia w świetle zmiennych poglądów i doktryn* [Der Wiederaufbau der Breslauer Altstadt im Kontext sich wandelnder Konzepte und Doktrinen], in: *Odbudowa miast historycznych* [Der Wiederaufbau historischer Städte], hrsg. v. Maria Lubocka-Hoffmann. Elbląg 1998, S. 55–67.

Hoppe im Jahr 2000 über Königsberg/Kaliningrad veröffentlicht; allerdings reichte dessen Betrachtungszeitraum nur bis 1970.⁴

Der Autor hat intensive Archivstudien betrieben und vor allem die zeitgenössische Publizistik ertragreich ausgewertet. Zudem lässt er immer wieder Zeitzeugen zu Wort kommen. Seinen Stoff hat er in zwei Abschnitte untergliedert: Unter der Überschrift „Nachkriegszeit – Der Bruch und das Überleben“ entwickelt er anhand der Fakten zunächst die Geschehensgeschichte, der Schwerpunkt liegt dabei auf dem ersten Jahrzehnt nach 1945. Im Abschnitt „Gedächtnispolitik – Die Verwandlung der Stadt“ untersucht Thum die Strategien zur Ausprägung einer neuen kollektiven Identität. In einem kurzen „Ausblick“ zeichnet er abschließend die Entwicklung bis in die Gegenwart nach.

Thum hat seinen Ausführungen einen „Prolog“ vorangestellt, in dem er die Vorgeschichte des Mai 1945 umreißt. Er verweist auf die wichtige Rolle der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Handelsmetropole Breslau am Schnittpunkt der Kulturen, ihre „Verwobenheit mit dem östlichen Europa“ (S. 15), auf die friedliche Koexistenz der Konfessionen und der Religionen. Er skizziert den Bedeutungsverlust der Stadt in den folgenden Jahrhunderten, der im kollektiven Bewusstsein einen Komplex der Provinzialität entstehen ließ. In der nationalistisch aufgeladenen Stimmung des späten 19. Jahrhunderts, vor allem aber nach den territorialen Neuordnungen nach dem Ersten Weltkrieg, durch die Breslau sein Hinterland verlor, erwuchs daraus eine Bollwerkmentalität, die letztlich der NSDAP zugute kam. Der Autor schildert die Zerstörung des sozialen Gefüges und schließlich auch der baulichen Substanz der Stadt durch die nationalsozialistischen Machthaber: „Die Vertreibung der Deutschen begann mit der Vertreibung der Breslauer Juden“ (S. 17). Der Befehl zur Evakuierung der zur „Festung“ erklärten Stadt wurde im Januar 1945 viel zu spät erteilt, um eine zumindest einigermaßen geordnete Flucht zu ermöglichen. In der bis Mitte Februar noch unversehrten Stadt ordnete die politische Führung aus „strategischen Gründen“ weitflächige Sprengungen im Zentrum an; es folgten die schweren Zerstörungen und Menschenverluste während der Kämpfe um die „Festung“, die erst am 6. Mai endeten.

⁴ Bert Hoppe, *Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946–1970*. München 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 80). Diese Publikation scheint Thum entgangen zu sein; anders als die Aufsätze von José M. Faraldo zu Posen oder Jacek Friedrich zu Danzig nennt er sie nicht.

Thum erläutert die Beschlüsse der Alliierten zur „Westverschiebung“ Polens, die nicht den Vorstellungen der polnischen Exilregierung entsprachen. Die von Moskau eingesetzte kommunistische Regierung begann unmittelbar nach Kriegsende mit der Umsetzung, lange bevor am 2. August 1945 das Abschlusskommuniqué der Potsdamer Konferenz veröffentlicht wurde.

Der Hauptteil des Buches beginnt mit der „Landnahme“ (S. 60), die in Breslau bereits am 9. Mai 1945 erfolgte; der rasche Aufbau einer polnischen Verwaltungsstruktur sollte vollendete Tatsachen schaffen. Vor allem im Bildungs- und Kultursektor (Universität, Denkmalpflege, Museumswesen) rekrutierte sich das Personal zu einem Großteil aus Lemberg und prägte das kulturelle Leben der Stadt über mehrere Jahrzehnte. Dadurch konnte der Eindruck entstehen, dass die neuen Breslauer Einwohner vor allem aus Ostgalizien vertriebene Polen gewesen seien. Gestützt auf frühere Untersuchungen legt Thum im Kapitel „Bevölkerungsaustausch“ dar, dass nur etwa ein Viertel der Ansiedler aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten stammte, an die 45% kamen aus Zentralpolen. Der Autor behandelt die „wilden Vertreibungen“ der Deutschen zwischen Mai und August 1945 und die organisierten Zwangssausiedlungen, das Zusammenleben von Deutschen und Polen bis zum Abschluss der Aussiedlungsaktionen Ende 1947 sowie das komplizierte Verhältnis zwischen Polen, Deutschen und der sowjetischen Militärverwaltung. Er thematisiert die Schwierigkeiten, den Organismus der Großstadt mit Siedlern aus ländlichen Gebieten am Laufen zu halten („Verdörflichung der Stadt“, S. 161), beschreibt Vandalismus, Verfall und den blühenden Schwarzmarkt. Dabei weist Thum darauf hin, dass die Situation in den kleineren Städten und ländlichen Regionen noch dramatischer war, weil materielle Schwierigkeiten den Aufbau staatlicher Institutionen verzögerten und es an Neusiedlern mangelte. Er bettet die Breslauer Entwicklung in den gesamtstaatlichen Kontext ein und vergleicht die Entscheidungen zum Wiederaufbau in Breslau mit den Prämissen, die für Warschau aufgestellt worden waren. Die Ausführungen zum Wiederaufbau und zur Stabilisierung im Laufe der 1950er Jahre leiten über zum zweiten großen Abschnitt des Bandes – der „Gedächtnispolitik“.

An den Anfang dieses Parts stellt der Autor ein soziologisches Porträt der „zusammengewürfelten Gesellschaft“ (S. 255), charakterisiert deren Gefühl der Vorläufigkeit und Fremdheit in der zerstörten, unwirtschaftlichen Stadt. Er verdeutlicht, dass den Machthabern allein aus politischen Gründen – um die neuen Territorien auf Dauer beherrschen und bewirtschaften zu können – daran gelegen sein musste,

den neuen Bewohnern eine lokale Identität zu vermitteln, die im polnischen Nationalbewusstsein zu verankern war. Die folgende umfassende Analyse der einzelnen Bausteine, die die „Ingenieure des kulturellen Gedächtnisses“ zur politischen Legitimierung der Inbesitznahme des Landes verwendeten, ist beeindruckend. Zwar waren einzelne Elemente dieses Prozesses – die „Tradition des polnischen Westgedankens“ auf der Basis des Piasten-Mythos, die Konstruktion einer Kontinuitätslinie „von Friedrich II. zu Hitler“ oder die Polonisierung der topografischen Namen – bereits Gegenstand früherer Untersuchungen,⁵ der vorliegende Band jedoch bietet erstmals eine stringente Zusammenschau. Eine besondere Bedeutung für die Formierung des kollektiven Gedächtnisses der neuen Breslauer Bevölkerung schreibt Thum zu Recht den Baudenkmalern zu, die für jeden, der sich im Stadtraum bewegt, erfahrbar sind. Ausführlich geht er auf den Wiederaufbau der Altstadt bis Mitte der 1950er Jahre ein; er zeigt, wie dabei die mittelalterliche, „piastische“ Bausubstanz sowie das kulturelle Erbe der Habsburger Zeit herauspräpariert und die preußischen Jahrhunderte marginalisiert wurden. Dabei verweist der Autor auf die scharfsinnigen Argumentationen von Denkmalpflegern und Kunsthistorikern gegenüber der Politik, um die Zerstörung von Bauten zu verhindern, deren architekturhistorische Bedeutung sie jenseits aller nationalen Antagonismen erkannten. Die Wirkung der offiziellen Propaganda war jedoch stärker und lieferte dem Vandalismus einen Freibrief: Die Verluste an Architekturdenkmälern in Breslau waren – wie in den Nord- und Westgebieten generell – erheblich.

Am Beispiel der Denkmalpfleger thematisiert Thum zwar subversive Tendenzen gegenüber der Rhetorik der offiziellen Verlautbarungen, doch versäumt er es, diesen Strang weiter zu verfolgen. Zu fragen wäre nicht allein nach den gesellschaftlichen Wirkungen der Geschichtspropaganda, sondern auch nach den langfristigen Effekten von deren Kritik, die in Intellektuellenkreisen schon kurz vor Stalins Tod vernehmbar wird. Die in den späten 1950er Jahren entstehende avantgardistische Theater- und Literaturszene ist in diesem Kontext zu sehen und daher nicht als „erstaunlicher kultureller Aufschwung“ (S. 497) zu werten. Die Stärke der Oppositionsbewegung

⁵ Eine Reihe einschlägiger Beiträge u.a. in *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych* [Gemeinsames Erbe? Studien zum Umgang mit dem kulturellen Erbe in den West- und Nordgebieten], hrsg. v. Zbigniew Mazur. Poznań 2000; *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich*, hrsg. v. Jan M. Piskorski, Jörg Hackmann u. Rudolf Jaworski. Osnabrück/Poznań 2002.

der 70er und 80er Jahre gerade in Breslau und Danzig kann auf die besondere Sensibilität der Bürger gegenüber inhaltsleeren Parolen zurückgeführt werden. Und auch die wachsende Akzeptanz des deutschen Kulturerbes ist nicht allein, wie Thum dies in seinem bis in die Gegenwart geführten „Ausblick“ formuliert, auf den Wandel und die Annäherung im deutsch-polnischen Verhältnis zurückzuführen. Vielmehr müsste auch hier der Widerstand gegen die Tabuisierung der Geschichte mit in Betracht gezogen werden, nicht nur hinsichtlich der deutschen Vergangenheit der Stadt, sondern gleichermaßen bezüglich der Herkunft eines beträchtlichen Teils der Breslauer Nachkriegsgesellschaft aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten.

Kaum herausgearbeitet ist eine weitere entscheidende Voraussetzung für die Ausprägung einer eigenen lokalen Identität und für den heutigen unverkrampften Umgang mit dem deutschen Kulturerbe: Mittlerweile kann mit berechtigtem Stolz auf eine eigene, polnische Nachkriegstradition zurückgeblickt werden – aus den Ruinen ist Wrocław zu einer prosperierenden Großstadt geworden, die der dritten und vierten Generation selbstverständliche Heimat ist. Dies verleiht die Selbstgewissheit, das „fremde“ Kulturerbe nicht nur zu tolerieren, sondern es als „gemeinsames“ Kulturerbe zu verstehen und zu pflegen.

Die politische Wende von 1989 hat diesen schon lange latent vorhandenen Strömungen den Weg in die breite Öffentlichkeit geöffnet. Unzählige Publikationen, Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen etc. haben sich seither gerade auch mit den „preußischen“ Jahrhunderten auseinandergesetzt und finden ein großes Publikumsinteresse. Kenntnisreich schildert Thum die aktuelle Situation.

Die genannten Kritikpunkte (denen das Fehlen eines Registers hinzuzufügen wäre) schmälern den Wert des Buches nicht. Thum ist ein äußerst faktenreicher Beitrag zur Breslauer Stadtgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, die er in die Geschichte der Vertreibungen in Europa und die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen einordnet. Besonders faszinierend sind dabei die kultursoziologischen Ausführungen zur Gedächtnispolitik. Der Band zeichnet sich durch die Ausgewogenheit der Darstellung aus – darauf sei angesichts der eingangs zitierten Rezension von Herbert Hupka explizit hingewiesen. Besondere Erwähnung verdient auch der Sprachduktus des Buches, das sich anregend wie ein Essay liest, ohne wissenschaftliche Exaktheit vermissen zu lassen.

Beate Störtkuhl, Oldenburg

Raimo Pullat, Die Geschichte der Stadt Tallinn. Reval von seinen Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg. Tallinn: Estopol 2003, 190 S., Abbildungen.

Die bereits 1998 in englischer Sprache erschienene Geschichte Revals von Raimo Pullat, Inhaber des Lehrstuhles für Stadtkultur an der Tallinner Pädagogischen Fakultät, liegt nunmehr auch in deutscher Übersetzung von Carsten Wilms mit einer Einleitung von Jürgen Dröge, dem deutschen Botschafter in Estland, vor. Dröge betont die jahrhundertelangen Verbindungen Revals zu Deutschland, die zwar 1939 unterbrochen, aber seit 1991 im zusammenwachsenden Europa wieder aufgenommen wurden. Pullat hat das Buch für die historisch interessierten Besucher aus Deutschland und anderen Ländern West- und Mitteleuropas, die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs die wertvollen Schätze der Hauptstadt des unabhängigen Estlands aufsuchen, aber auch für Studenten als wissenschaftlich fundierte, gleichwohl leicht verständliche Darstellung konzipiert. Dabei konnte er auf die zahlreichen im Literaturverzeichnis nachgewiesenen Vorarbeiten zurückgreifen. Zu diesen gehören neben anderen auch die meisten der Monografien, die in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis der zunächst im Göttinger Archivlager, später im Bundesarchiv Koblenz verwahrten Bestände des Revaler Stadtarchivs verfasst wurden. Wo es notwendig war, griff Pullat auf die 1990 wieder in Reval zusammengeführten Archivalien zurück. Erklärtermaßen stellt der in Tallinn geborene Pullat die Geschichte seiner Heimatstadt bis 1940 dar, die wohl für ihn wie bereits 1533 für Ludolfus Winnegalle, Gehilfen des Revaler Ratssekretärs, die *optima civitas in tota Livonia* ist.

Im Abschnitt „Das alte Tallinn“, der mit 74 Seiten der umfangreichste ist, entwirft Pullat ein detailliertes Bild der Zeit von den Anfängen bis 1561. Dabei reflektiert er auch umstrittene Punkte wie z.B. den Namen der Stadt. Eine eingehende, von drei Skizzen gestützte Beschreibung des Domberges, der Unterstadt und der Umgebung Revals lässt die Topografie lebendig werden, ohne dass man eine Karte zur Rate ziehen müsste. Die Entstehung der Stadt, so zeigt der Verfasser, war untrennbar mit den Interessen deutscher und dänischer Eroberer des 13. bzw. 14. Jahrhunderts in Estland verbunden. Seit 1238 mit Estland unter dänischer Herrschaft, erhielt die Revaler Unterstadt bereits 1248 durch die Verleihung des Lübischen Rechtes ihre bis ins 19. Jahrhundert fortbestehende Autonomie und war mit Lübeck und

dessen Rechtskreis verbunden, bevor Estland 1346 unter die Herrschaft des livländischen Zweiges des Deutschen Ordens und damit in engere Verbindung zum mittelalterlichen *Imperium Romanum* kam. In dieser Epoche prägte sich das bis heute noch sichtbare Bild der Altstadt aus. Die Zugehörigkeit zur Hanse ließ Reval an deren Handelsbeziehungen partizipieren und war wichtiger Faktor des städtischen Lebens, das Pullat in allen seinen Bereichen lebendig werden lässt: die städtische Verwaltung, z.B. das Finanzwesen, und das Gericht durch den Rat, die Gilden und Handwerksämter, die äußeren Beziehungen, schließlich die Auswirkungen der lutherischen Reformation werden dargestellt. Wer sich genauer in der Revaler Geschichte dieser Zeit auskennt, wird Ergänzungen anbringen können, z.B. die Auswirkungen des Machtkampfes zwischen Lübeck, Dänemark und Schweden ab 1513 auf die Geschehnisse Revals.

„Von Krieg zu Krieg“ ist die Zeit unter schwedischer Herrschaft von 1561 bis zur Eingliederung ins Russische Reich überschrieben. Die Schrecken des Livländischen Krieges (1558–1583) belegt Pullat mit einem Zitat aus der Chronik des Balthasar Rüssow. Indem Reval sich wie die harrisch-wierische Ritterschaft der schwedischen Krone unterstellte, bewahrte es seine Autonomie. Dass es sich trotzdem kaum vom Livländischen Krieg erholte und in Konflikt zu den Interessen der Krone Schwedens, namentlich unter Gustav II. Adolf geriet, wird von Pullat ebenso aufgezeigt, wie er die demografischen Veränderungen und sozialen Spannungen referiert.

Der große Nordische Krieg (1700–1721) machte Reval erneut zum Objekt der großen Politik. Im Kapitel „Vom Nordischen Krieg bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts“ zeigt Pullat zunächst, dass die seit 1710 unter russischer Herrschaft stehende Stadt zwar ihre Autonomie wahren konnte, sich aber nur schwer vom Krieg erholte. Doch stabilisierten sich die städtischen Finanzen im Laufe des 18. Jahrhunderts. Die Anpassung der nach dem Intermezzo der Statthalterschaftszeit wiederhergestellten autonomen städtischen Verwaltung an die veränderten Bedürfnisse der vorindustriellen Jahrzehnte findet ebenso Erwähnung wie die Einführung der Gewerbefreiheit 1866. Als entscheidenden Impuls in der Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft Revals sieht Pullat den Anschluss an das russische Eisenbahnnetz 1870. Die nun entstehenden Industriebetriebe schufen die Voraussetzung für die Ausbildung einer breiten, aus Esten, Russen und anderen Nationalitäten bestehenden Arbeiterschicht.

„Ein Schritt in Richtung Metropole“ erfolgte für Reval durch die Industrialisierung, wie Pullat in Anlehnung an Eduard Vilde die Dar-

stellung dieser Epoche überschreibt. Mit detaillierten Zahlenangaben werden die Entwicklung der Industrie, die Verfünfachung der Bevölkerung und deren Strukturwandel neben anderen Aspekten wie Finanzen und Bildung belegt. Bedeutungsvoll war auch der Verlust der Autonomie des Rates durch die neue Gemeindeverfassung 1877 bzw. 1889, die Esten und Russen 1904 einen historischen Wahlsieg ermöglichte. „Die Jahre der Unabhängigkeit“ – so das abschließende Kapitel – seit dem 24. Februar 1918 brachten Tallinn erstmals den Hauptstadtstatus, wenngleich wirtschaftliche und demografische Turbulenzen zu bewältigen waren. Für die 30er Jahre geht Pullat von einer umfassenden Konsolidierung der Verhältnisse bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges aus, der auch das Ende der Darstellung markiert.

Eine Auflistung deutscher, österreichischer und schweizerischer Institutionen in Estland, 25 wichtige Internetadressen aus Tallinn und ein Plan der Innenstadt runden den Band ab. Wer immer sich wissenschaftlich mit der faszinierenden Geschichte Revals befassen will, die Jahrhunderte lang gleichermaßen „deutsch“ wie „undeutsch“ geprägt war, oder als Tourist das UNESCO Weltkulturerbe Altstadt in der Hauptstadt Estlands besuchen möchte, hat mit dem vorliegenden Buch eine konzise und in allen Kapiteln fakten- und facettenreiche Einführung zur Hand.

Alfred Ritscher, Bad Arolsen

Riga und der Ostseeraum. Von der Gründung 1201 bis in die Frühe Neuzeit, hrsg. v. Ilgvars Misāns u. Horst Wernicke. Marburg: Verlag Herder-Institut 2005, 486 S., Abbildungen (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung. 22).

Die Festreden zur 800-Jahr-Feier Rigas sind längst verklungen; einen Nachklang findet der Geburtstag der Stadt dafür jetzt nach und nach in Form ehrgeiziger Publikationen, die auf wissenschaftliche Begegnungen während des Jubiläumsjahrs 2001 zurückgehen. Zu der großen internationalen Tagung „Riga und der Ostseeraum in der Geschichte: Regionale Verbindungen und Multikulturalität“, die den seinerzeit in die lettische Hauptstadt gereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf ewig dadurch im Gedächtnis bleiben wird, dass als Eröffnungstag der 11. September 2001 angesetzt war, ist nach dem

bereits 2004 vorgelegten Band „Riga im Prozeß der Modernisierung“ (herausgegeben von Eduard Mühle und Norbert Angermann), der Themen aus der jüngeren Vergangenheit bündelt, nun auch der Band „Riga und der Ostseeraum. Von der Gründung 1201 bis in die Frühe Neuzeit“ erschienen. Die Zahl der darin versammelten Beiträge – 32 – ist so groß, dass es angesichts des begrenzten Platzes, den eine Rezension bietet, nicht möglich wäre, über jeden einzelnen dieser Beiträge mehr zu sagen, als bereits den Einleitungsworten der Herausgeber, Ilgvars Misāns aus Riga und Horst Wernicke aus Greifswald, zu entnehmen ist. Dass daher nur einige wenige nachfolgend auch von ihrem Inhalt her vorgestellt werden können, sehen die Autorinnen und Autoren der anderen dem Rezensenten hoffentlich nach.

Von den insgesamt 26 deutsch- und sechs englischsprachigen Aufsätzen des Bandes sind ihrer thematischen Ausrichtung nach 16 dem Mittelalter und 14 der Frühen Neuzeit zuzuordnen; die verbleibenden zwei entfallen auf die Zeitspanne, die im Kontext baltischer Geschichte die Schwelle zwischen beidem markiert – die des Livländischen Krieges. Inwieweit zu dessen Vorgeschichte der „Eigennutz der Lifflandischen stette“ gehörte (und inwieweit besagtes Zitat aus einem Lübecker Rezessregister den Hansestädten des livländischen Raums zu Unrecht eine einheitliche Haltung unterstellt), thematisiert Rainer Postel (S. 139-148), während Wilhelm Lenz jene in Rigas Stadtgeschichte so interessanten zweieinhalb Jahrzehnte, für welche er seit seiner einschlägigen Monografie als Experte zu gelten hat,¹ unter dem Aspekt aufgreift: „Untertanentreue‘ gegenüber dem Heiligen Römischen Reich? Rigas Vorbehalte gegen einen Herrschaftswechsel bei der Auflösung der Livländischen Konföderation“ (S. 249-260).

Die an der Chronologie orientierte Aufeinanderfolge der Aufsätze im Buch selbst legt freilich nahe, auch in dieser Rezension zunächst ein paar der Beiträge zum Mittelalter anzusprechen. Geboten wird in diesem Zusammenhang mehr, als der Untertitel-Anfang verspricht – offenbar ganz im Geiste des Konzepts der Rigaer Feierlichkeiten von 2001: Auch deren Initiatoren war es wichtig erschienen, im Zuge eines mehrjährigen Vorlaufs zum eigentlichen Stadtjubiläum auf die für das Baltikum keineswegs geschichtslose Zeit vor 1201 zurückzublicken. In der vorliegenden Publikation tut dies besonders Andris Šnē. Will man sich in den Forschungsstand zu den Vorgängersiedlungen einiger heutiger Städte und zu den Burghügeln entlang der größeren Flüsse

¹ Wilhelm Lenz, *Riga zwischen dem Römischen Reich und Polen-Litauen in den Jahren 1558–1582*. Marburg a.d.L. 1968.

Lettlands einlesen, so verschafft Šnēs Text über „Emergence and Development of Early Urbanism in the Late Prehistoric Latvia“ (S. 24-36) einen guten ersten Überblick.

„Riga – ein Vorort der livländischen Städte im Mittelalter?“ – diese berechnete Frage wirft Herausgeber Ilgvars Misāns in seinem eigenen Beitrag auf (S. 169-179) und stellt einleitend fest, dass Bemühungen, umfassend zu definieren, was einen hansischen „Vorort“ kennzeichnet, noch immer ausstehen. Der Versuchung, eine Vorort-Eigenschaft mit Blick auf das mittelalterliche Livland allzu eindeutig Riga zuzuweisen, setzt der Autor eine ganze Anzahl relativierender Beobachtungen entgegen, die vor allem das gleichzeitige Gewicht Revals und Dorpats betreffen, denn – so Misāns (S. 176): „Trotz aller Unterschiede ist die Stellung der zwei estländischen Städte als hervorragende Zentren im livländischen Raum wohl etwa mit der (...) Stellung Dortmunds und Münsters im westfälischen oder Deventers und Wesels im niederrheinisch-ostniederländischen Raum vergleichbar.“

Jeweils ein konkretes Segment der Außenbeziehungen Rigas betrachten Jens E. Olesen unter dem Titel „Riga und Dänemark im Mittelalter“ (S. 180-192) und Jürgen Sarnowsky unter dem Titel „Riga und Danzig im 15. Jahrhundert“ (S. 193-210). Olesen blendet sonstige für Riga wesentliche Entwicklungslinien nicht aus, verordnet sich die meiste Präzision aber doch dort, wo Auswirkungen der Politik Dänemarks sein Thema sind. Die Fokussierung Rigas gelingt bei diesem Streifzug durch mehrere Jahrhunderte auf originelle Weise dadurch, dass Olesen stets belegt, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen die Stadt an der Düna Kenntnis von einem jeweiligen Ereignis im übrigen Ostseeraum erhielt.

Dass nicht sämtliche 32 Autorinnen und Autoren, die an der vorzustellenden Publikation mitgewirkt haben, sich so unmittelbar Riga zuwenden, braucht nicht notwendigerweise beanstandet zu werden; denn mit der Lektüre manch eines der auf andere Städte konzentrierten Beiträge verbindet sich durchaus Freude, dass ihm aufgrund seiner Aufnahme in diese Publikation Beachtung gewiss ist, die sonst eventuell in Frage gestanden hätte. In besonderem Maße gilt dies für Heiki Valks (englischsprachige) Präsentation archäologischer Befunde zur Entstehung der Stadt Viljandi (Fellin) im heutigen Südestland (S. 95-107). Systematisch werden in Viljandi erst seit 1996 Grabungen durchgeführt – mit gut vier Jahrzehnten Abstand also zu Paul Johansens Aufsatz „Lippstadt, Freckenhorst und Fellin in Livland“,² der

² Paul Johansen, Lippstadt, Freckenhorst und Fellin in Livland. Werk und Wirkung Bern-

seine fortdauernde Bekanntheit wohl vor allem dem einprägsamen, natürlich auch von Valk zitierten Terminus „Stadt auf dem Schilde“ verdankt; dieser diente Johansen zur Bezeichnung eines in Fellin/Viljandi, daneben aber offenkundig etwa auch im mittelalterlichen Kokenhusen/Koknese verwirklichten Stadtgrundriss-Typs, dessen mutmaßliche Weiterverbreitung von Westfalen nach Livland mit der Missionstätigkeit Bernhards II. zur Lippe in Verbindung gebracht werden konnte. Nachdem nicht nur Johansens, sondern in jüngerer Zeit auch noch Kaur Altoas Deutung der Stadtanlage von Viljandi völlig ohne archäologische Daten erfolgte, ist es von hohem Reiz, beide – die des Historikers und die des Kunsthistorikers – nunmehr mit Valks Zusammenfassung neuester Erkenntnisse aus den letzten Jahren abgleichen zu können. Klares Wissen aus Sicht der Archäologie hat man inzwischen beispielsweise um die Mauerdicke der Stadtbefestigung: Sie stand derjenigen im damaligen Dorpat oder Reval nicht bzw. kaum nach, was die Folgerung zulässt, dass dem mittelalterlichen Fellin einmal ein Ausmaß an Bedeutung zudedacht war, das es so nie erreicht hat (S. 106). Valks Kennzeichnung der Felliner Bevölkerung des 13. Jahrhunderts als „multinational“ (S. 104) bezieht sich auf Funde im Bereich des Chors der Johanniskirche, die eine gewisse Vielfalt aufweisen und dafür sprechen, dass an der betreffenden Stelle ein erster, nicht mit dem späteren identischer Marktplatz gelegen hat.

Über zwei der einstigen „Städte auf dem Schilde“ – neben Kokenhusen/Koknese vor allem Wolmar/Valmiera – erfährt man in dem hier vorliegenden Band auch von Ojārs Spārītis manch Interessantes. „Schwedische Impulse im Städtebau im lettischen Teil Livlands im 16. und 17. Jahrhundert“ (S. 380-399) veranschaulicht Spārītis natürlich hauptsächlich für Riga, zuletzt aber auch noch am Beispiel des grenznahen Marienburg/Alūksne. Bedauerlicherweise scheint im Fall dieses Beitrags, nachdem er von lettischer Hand vergleichsweise gut ins Deutsche übertragen wurde, kein Gegenlesen durch einen deutschen Muttersprachler mehr stattgefunden zu haben. Ungeschoren blieben infolgedessen Sätze wie (S. 382): „Das Territorium Lettlands war in der Zeit des Absolutismus ständig den Angriffen der Königreiche Polen und Schweden zur Vergrößerung ihres politischen Einflusses als Randprovinz ausgesetzt.“ Hierzu gesellen sich allerlei Anachronismen, die man mit wenig Umformulierungsaufwand hätte glätten kön-

hards II. zur Lippe im Ostseeraum, in: Westfalen, Hanse, Ostseeraum. Beiträge von Luise von Winterfeld, Albert K. Hömberg, Paul Johansen, Hans Thümmeler, Bernhard Riering. Münster 1955, S. 95-160.

nen, so etwa die Behauptung, „Ende des 16. Jahrhunderts“ sei „an der Eisenbahnbrücke das Düna-Rondell aufgeschüttet“ worden (S. 383).

Mit Spārītis' Ausführungen ist bereits die Palette der frühneuzeitlichen Themen innerhalb des Buches angerissen; auch sie sei im Nachfolgenden anhand weiterer Beispiele kurz skizziert.

Dem Buchtitel „Riga und der Ostseeraum“ wird auf idealtypische Weise der Beitrag von Ralph Tuchtenhagen über „Riga im Rahmen des schwedischen Merkantilismus“ (S. 295-320) gerecht. Genau genommen blickt Tuchtenhagen sogar weit über den Ostseeraum hinaus, nämlich zunächst auf die von West- bis Ostindien reichende und damit beinahe weltumspannende Zirkulationssphäre, in die der Ostseeraum seit dem frühen 16. Jahrhundert nur mehr als Teil eingebunden war und in der die entscheidenden Antriebskräfte von der niederländischen Wirtschaft ausgingen. Schweden musste sich, da es keine große Handelsflotte besaß, umso mehr Bedeutung als „Zwischenhändlerimperium“ (S. 304) verschaffen und folglich (zumal in Anbetracht der merkantilistischen Lehre von der Konstanz des Gesamthandelsvolumens) bemüht sein, möglichst viele Knotenpunkte des Warenaustauschs unter seine Kontrolle zu bringen. Tuchtenhagen erinnert daran, dass entsprechende Planspiele Schwedens zeitweise sogar demjenigen Ort galten, dessen Ausbau dieser Politik am grundsätzlichsten zuwiderlief. Denn ebenjener Ort – das 1584 gegründete Archangel'sk – lenkte in der Zeit seit dem Frieden von Stolbovo (1617), als der Moskauer Staat keinen Zugang zur Ostsee hatte, den westlichen Russlandhandel in einem Ausmaß auf sich, dass die handelspolitisch auf Russland ausgerichteten Städte unter schwedischer Herrschaft – Narva und Ivangorod, aber auch Reval und Nyen – zwangsläufig geschwächt wurden. Riga hingegen, so eine der zentralen Feststellungen, war von dieser Negativentwicklung nicht betroffen. Auf ein anderes Hinterland hin orientiert, verzeichnete es vielmehr stetige Auftragszuwächse. Die Stadt profitierte hiervon ebenso wie der Staat: Letzterer allein mit der Einschränkung, dass sein Profitanteil, die Zölle, nie eine Höhe erreichen durfte, die dazu geführt hätte, Warenströme dennoch von Riga fern zu halten. Auch scheint es nach Tuchtenhagen, als habe diese Stadt ihre nützliche Rolle innerhalb des merkantilistischen schwedischen Wirtschaftssystems gerade dadurch erfüllen können, dass sie dessen Vereinheitlichungstendenzen nicht mit letzter Konsequenz unterworfen wurde.

Welchen alternativen Weg der Warenverkehr unter Umgehung Riga hätte nehmen können, und zwar immer noch sehr in dessen Nähe, beleuchtet Markus Lux unter der Überschrift „Riga und die Städ-

te des Herzogtums Kurland und Semgallen“ (S. 408-423). Dabei wird deutlich, dass die von staatlicher Seite erhobenen Zölle in Riga während der Schwedenzeit eben doch so hoch waren, dass die Stadt der Niedrigzollpolitik des benachbarten Herzogtums wenig entgegenzusetzen hatte – nämlich nur die Erhöhung eines ihrer eigenen Zölle, des so genannten Bolderaa-Zolls, durch den sie die Beförderung von Waren flussabwärts von Mitau/Jelgava über die Semgaller Aa (lett. Lielupe) unlukrativ machen konnte. Der Autor weist mit Recht darauf hin, dass Schweden sich lange Zeit abgeneigt zeigte, zugunsten Rigas gegen die kurländischen Städte einzuschreiten: Die Aufforderungen der Reichsregierung, Riga möge sich einvernehmlich mit den Kurländern einigen, scheinen seit der Gefangennahme Herzog Jakobs auf der Festung Ivangorod während des Ersten Nordischen Krieges weitgehend vergessen – zumal da diese, wie Lux erwähnt (S. 417), auch unter dem Vorwurf erfolgte, der Herzog habe Rigas Handelsinteressen geschadet.

Den von seiner Themensetzung her verdienstvollen Beitrag von Lux durchzieht eine stilistische Eigentümlichkeit, für die man unter Umständen aber weniger den Autor und eher einen möglichen Redakteur verantwortlich machen muss: Einem von beiden erscheint das Wort „Zarenreich“ offenbar kaum ohne den Adjektivzusatz „russisch“ gebrauchsfähig (auffällig vor allem auf S. 418); und interessanterweise erst im Schlusssatz (S. 422) lässt er „das russische Zarenreich“ einmal einfach nur „das Zarenreich“ sein.

Wer viele inhaltliche Überschneidungen zwischen Ralph Tuchtenhagens oben besprochenem Beitrag „Riga im Rahmen des schwedischen Merkantilismus“ und den vorangestellten Ausführungen Elisabeth Harder-Gersdorffs über „Riga als Handelsmetropole des Ostseeraums in der Frühen Neuzeit (16.–18. Jahrhundert)“ (S. 261-294) fürchtet, sieht sich auf angenehme Weise getäuscht. Der eigentlichen Herrschaftsausübung Schwedens über die östlichen Ostseestädte, d.h. vor allem rechtlich-administrativen Aspekten, widmen sich in dem Sammelband unterdessen gleich drei Aufsätze: Aleksander Loit behandelt „Die Stadt Riga im schwedischen Ostseereich“ und dabei besonders „Die Privilegienfrage“ (S. 321-332), Enn Küng „Die rechtliche Lage der Stadt Narva in schwedischer Zeit (16.–17. Jahrhundert)“ (S. 346-357) und Robert Sandberg „The State and the Integration of the Towns of the Provinces of the Swedish Baltic Empire“ (S. 333-345). Sandberg zieht einen übersichtlichen Vergleich zwischen der jeweiligen Art, wie vormals dänische, deutsche und eben die est-, liv- und ingermanländischen Städte in den schwedischen Staat ein-

gegliedert wurden. Plausibel und eingängig ist dabei Sandbergs doppelte Abstufung in Bezug auf die baltischen und auf die deutschen Städte: Bei Ersteren könne von keiner Inkorporation in das schwedische Städtesystem die Rede sein, bei Letzteren nicht einmal von Integration in das schwedische Reich.

So weit unser Blick auf einige der zahlreichen Aufsätze. Doch was lässt sich über den Gesamtertrag des Werkes sagen? Ein wenig mag man zumindest bedauern, dass ein aus Anlass des Stadtjubiläums publizierter Sammelband zu Riga, wie er hier vorliegt, nicht noch deutlicher, als es sich de facto konstatieren lässt, Desiderate aufnimmt, die in der Forschung der vergangenen Jahrzehnte erkannt und teils klar formuliert wurden. Derartiges Bedauern kommt beispielsweise auf, wenn man sich Manfred Hellmanns Hinweis in Erinnerung ruft, wie wenige der insgesamt 20 Erzbischöfe des mittelalterlichen Erzbistums Riga bislang durch biografische oder sonstige größere Abhandlungen porträtiert wurden. Als Hellmann 1988 vor der Bayerischen Akademie der Wissenschaften einen Vortrag über „Livland und das Reich“ hielt,³ konnte er lediglich zwei tatsächliche Biografien – über Albert Suerbeer sowie Johann von Wallenrode – anführen, ergänzt um eine ebenfalls nur kleine Zahl an Darstellungen der Konflikte einzelner Erzbischöfe mit dem Deutschen Orden. Gewiss wäre es überzogen, hieraus eine Dringlichkeit biografischer Würdigungen möglichst sämtlicher Rigaer Erzbischöfe abzuleiten; doch umso mehr hätte ein Sammelband wie der vorliegende eine Gelegenheit geboten, sich zumindest einmal skizzenhaft, im Umfang eines Aufsatzes eben, dieser oder jener bislang kaum zum Forschungsgegenstand gewordenen Persönlichkeit auf dem Erzbischofsstuhl anzunähern. Die Aufsatzform wäre dabei in dem einen Fall vielleicht geeignet erschienen, weil sich über den Betreffenden nicht ohne weiteres ein eigenständiges Buch füllen ließe, in einem anderen Fall möglicherweise aber auch im Sinne eines ersten Schritts auf dem Wege zu noch detaillierteren Untersuchungen in Betracht gekommen.

An der Aufbereitung des Bandes kann, soweit es die Qualität von Abbildungen und anderen Illustrationen betrifft, nichts ausgesetzt werden. Manche Ungenauigkeit innerhalb einzelner Texte bestätigt freilich, dass es, wenn Sammelbände einen gewissen Umfang annehmen, für die Bearbeiter schwierig wird, sich für alles einen letzten kontrollierenden Blick zu bewahren. In dieser Hinsicht gerät auch das gut

³ Manfred Hellmann, *Livland und das Reich. Das Problem ihrer gegenseitigen Beziehungen*. Vorgetragen am 5. Februar 1988. München 1989.

gemeinte Bemühen, bei Toponymen – selbst so geläufigen wie „Reval“ – wiederholt die heutige Namensform hinzuzufügen, also möglichst häufig „Reval/Tallinn“ oder „Reval (estn. Tallinn)“ zu schreiben, zu einem Eigentor: Die Insel Ösel beispielsweise heißt auf Estnisch nicht, wie etwa auf S. 182 und S. 186 zu lesen, „Saarema“, sondern „Saaremaa“. Verzeihlicher erscheint eine Jahreszahlenverwechslung auf S. 297, die der Aufmerksamkeit des Rezensenten indes nicht entgehen darf: Adam Smiths „Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ wurde 1776 erstmals veröffentlicht, nicht 1789.

Eine Unterlassung, die schon an dem Band „Riga im Prozeß der Modernisierung“ auffiel, betrifft auch den nun hinzugekommenen Band „Riga und der Ostseeraum“: Nirgends finden sich auch nur die geringsten Angaben zur Person der Autorinnen und Autoren – nicht einmal dazu, an welchem Ort diese der Forschung oder Lehre nachgehen. Zwar steht außer Zweifel, dass nahezu alle sich im Zusammenhang mit Forschungen zur Geschichte des Baltikums oder seiner Nachbarregionen längst – die meisten seit Jahrzehnten – einen Namen erworben haben; doch andererseits wünscht man dem Buch ja gerade eine Rezeption über jene Fachkreise, in denen die Beteiligten bestens bekannt sind, hinaus.

Andreas Fülberth, Kiel

Tomas Venclova, Vilnius. Eine Stadt in Europa. Aus dem Litauischen von Claudia Sinnig. Mit Fotografien von Arunas Baltėnas. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag 2006, 246 S., Abbildungen.

Tomas Venclova, 1937 in Klaipėda (Memel) geboren, studierte Lithuanistik und russische Literatur in Vilnius. Er gehört zu den bedeutendsten europäischen Lyrikern der Gegenwart. Nach Zensur und Publikationsverbot musste er als Mitglied einer den sowjetischen Behörden gefährlich gewordenen Gruppe litauischer Intellektueller 1977 Vilnius verlassen. Er lehrte im amerikanischen Exil u.a. in Berkeley, Los Angeles und an der Yale University. Venclova lebt heute in New Haven und Vilnius.

Mit „Vilnius. Eine Stadt in Europa“ legt Tomas Venclova, nach seinem in zahlreiche Sprachen übersetzten „Reiseführer durch Vilnius“ und dem bisher nur in litauischer Sprache veröffentlichten „Vilniuser

Alphabet“, ein weiteres persönliches Buch über seine, aus westlicher Sicht am östlichen Rande Europas gelegene Stadt vor. Die magische Schönheit ihrer geografischen Lage, ihre verworrene Geschichte, interessante Kulturgeschichte und herrliche Architektur faszinieren den Litauer ebenso wie den mit ihm befreundeten und gleichfalls aus Litauen stammenden polnischen Nobelpreisträger Czesław Miłosz. Beide Schriftsteller begreifen Stadt und Region als einen Raum, in dem sich Völker, Sprachen und Kulturen mischen, in dem es keine klaren Grenzen gibt. Gemeinsam mit Miłosz verfasste Venclova einen „Dialog über Wilna“, der 1997 in deutscher Sprache in Miłoszs Erinnerungsbuch „Die Straßen von Wilna“ erschien.¹ Neben Werken Miłoszs übersetzte Venclova auch andere polnische Dichter ins Litauische wie z.B. Cyprian Kamil Norwid, Zbigniew Herbert oder Wisława Szymborska. Im Oktober des Jahres 2000 trafen sich in Vilnius, an der Schnittstelle zwischen Ost und West, drei Nobelpreisträger mit Tomas Venclova, Günter Grass, Czesław Miłosz und Wisława Szymborska, um gemeinsam darüber zu diskutieren, ob die für Deutsche, Polen und Litauer zentralen Modi des Erinnerns und Vergessens auch für das neue Jahrhundert und die Zukunft Europas von Bedeutung sein können.²

Venclovas informativ, flüssig und interessant geschriebenes Buch „Vilnius. Eine Stadt in Europa“ vermittelt mehr als nur die Geschichte und Kulturgeschichte einer Stadt. Das Buch setzt nicht nur die Diskussionen über Vilnius im eigenen literarischen Schaffen des Autors fort, es reiht sich auch ein in die u.a. von Czesław Miłosz oder Joseph Brodsky auf internationaler Ebene geführte literarische Debatte über die Stadt. Venclovas historische Essays verbinden souverän Geschichte, Geografie, politische Reflexionen und persönliche Erinnerungen miteinander. Dabei widersteht der Autor der Versuchung, Vilnius allein aus einer nationalen litauischen Sicht zu zeigen. Vielmehr gelingt es ihm, seinen Lesern überzeugende Einblicke in die Geschichte seiner litauischen Heimat, in die komplizierte Geschichte des Polnisch-Litauischen Commonwealth, des unabhängigen litauischen bzw. polnischen Staats in der „Zwischenkriegszeit“ und des freien, demokratischen Litauens im europäischen Kontext zu vermitteln. Vilnius wird bei Venclova zu einer typischen „Stadt in Europa“, die auch für das Gelingen und Scheitern des „europäischen Traums“

¹ Czesław Miłosz, *Die Straßen von Wilna*. München 1997.

² Günter Grass, Czesław Miłosz, Wisława Szymborska, Tomas Venclova, *Die Zukunft der Erinnerung*, hrsg. v. Martin Wälde. Göttingen 2001.

steht. Damit wird das Buch für den an osteuropäischer Befindlichkeit, an der Geschichte, Kultur und Literatur des „anderen Europas“ interessierten westlichen Leser wichtig. So findet die polnische Ausgabe (in der Übersetzung von Alina Kuzborska aus dem Deutschen ins Polnische) unter dem Titel „Wilna beschreiben“ (Opisać Wilno) ein durchaus positives Echo. Beachtung findet von deutscher wie polnischer Seite die Feststellung des Autors, „dass der antiquierte Nationalismus in Vilnius nicht gesiegt hat“, dass „ungeachtet aller Träume von einer erneuten, diesmal nationalen Homogenität die litauische Hauptstadt bleibt, was sie immer war – vielschichtig und vieldimensional, ein Kontinent im kleinen“. Und zu Recht erinnert Venclova daran, dass dies „ein fragiler Zustand ist“, für den wir mit „verantwortlich sind“ (S. 242).

Der Autor beginnt sein Buch mit einem Exkurs in die mythische Vergangenheit der Stadt, mit den sagenumwobenen litauischen Herrschern Mindaugas, Gediminas und Vytautas, um im Anschluss auf das litauische Geschlecht der Jagiellonen einzugehen. Władysław Jagiełło ließ die Litauer als letztes heidnisches Volk in Europa christianisieren. Als Großfürst von Litauen und König von Polen vereinte er in Personalunion beide Länder und gründete einen der größten Flächenstaaten Europas, der bis zur letzten Teilung des Litauisch-Polnischen Commonwealth (1795) bestand. Es war auch Jagiełło, der den gemeinsamen Widerstand gegen die sich gegen beide Völker richtende Ostexpansion des Deutschen Ordens organisierte und an der Spitze des polnisch-litauischen Heeres 1410 die Kreuzritter in der Schlacht von Grunwald/Tannenberg besiegte. Venclova begreift seine Stadt als ein mehrfach überschriebenes Palimpsest, als eine Handschrift, an der sich zahlreiche Verfasser unterschiedlicher nationaler wie kultureller Herkunft beteiligt und mitgewirkt haben. Diesbezüglich vergleicht er Vilnius mit anderen multiethnisch wie multikulturell geprägten europäischen Städten, mit Czernowitz, Triest, Sarajewo und Preßburg/Bratislava. Mit ihrer „schier phantastischen Verschmelzung von Sprachen, nationalen Traditionen und Religionen“ hatte die Stadt stets politische Grenzen ignoriert (S. 22) – eine Vorstellung, die für national-patriotisch gesinnte Litauer, Polen, Weißrussen wie Russen unannehmbar ist, die Vilnius bis heute für sich allein beanspruchen. Schicht für Schicht, Epoche für Epoche legt Venclova anhand der Biografien seiner Herrscher, Wohltäter, Tyrannen und Henker, der Künstler, Architekten, Literaten und Gelehrten die Geschichte der Stadt frei, entziffert und beschreibt sie. Im „goldenen Zeitalter“ der Renaissance erlebt die Stadt ebenso wie die ganze Adelsrepublik eine

sich auf wirtschaftliche Erfolge stützende Hochzeit der Architektur, Kunst, Kultur und Literatur, in der die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität oder Kultur unwichtig war. Nach der in Lublin gegründeten Realunion zwischen Polen und Litauen kommt es zu einer weitgehenden Akkulturation bzw. Assimilierung der litauischen geistigen und weltlichen Oberschicht, verdrängt die polnische die seinerzeit als „bäuerlich“ angesehene litauische Sprache. Den Teilungen Polen-Litauens folgt der ökonomische sowie kulturelle Niedergang. Unter der Herrschaft der Zaren wird die lateinische Schrift durch die kyrillische ersetzt, werden die litauische Sprache und das litauische Nationalbewusstsein immer stärker zurückgedrängt. Ähnlich wie in Böhmen gelingt jedoch im 19. Jahrhundert das Wunder der nationalen sowie kulturellen Wiedergeburt auch in Litauen.

In den komplizierten litauisch-polnisch-jüdischen Beziehungen blendet Venclova keine „weißen Flecken“ oder Tabus aus. Das betrifft die Auswirkungen des Hitler-Stalin-Vertrags, die Vernichtung der Intelligenz durch Stalin, die Vernichtung der Juden durch Hitler ebenso wie den Exodus der polnischen und die Zuwanderung der litauischen bzw. russischen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Stadt erfreut sich vieler Namen (Vilnius, Wilna, Wilno, Vilnė) und Vergleiche: „Baby Prague“, „Rom en miniature“, „Straßburg des Ostens“. Als „Jerusalem des Nordens“ bzw. imaginäres „Jiddischland“ besaß die Stadt nicht nur eine große jüdische Gemeinde, sie war auch mit dem „Yidisher Visnshaftlikher Institut“ (Yivo), der weltweit größten jiddischen Bibliothek und der Literatur- und Kulturzeitschrift „Yung Vilnė“ (1934–1936) eines der wichtigsten Zentren judaistisch-jiddischer Forschung. Dem jüdischen Leben in der Stadt setzte 1941 der Massenmord an den Juden in den Wäldern von Ponary ein grausames Ende.

Das Buch endet mit einem optimistischen Glaubensbekenntnis des Autors, was die Zukunft der Stadt wie des gesamten europäischen Kontinents betrifft. Nachdem Vilnius viele „Kreise durchlaufen, oftmals seine staatliche Zugehörigkeit gewechselt, die Zusammensetzung seiner Einwohner und die kulturellen Modelle“ wechselte, hat es „erneut den Status erhalten, den es vor sieben Jahrhunderten innehatte: Zentrum eines jungen Staates zu sein, der für die Herausforderung Europa bereit ist.“ Zugleich erneuert sich auch „der alte Typ des Vilniusers, beharrlich, eigenwillig aristokratisch und mit Verständnis und Achtung für Unterschiede“ (S. 242). Gewiss eine schöne, viel versprechende Vision.

Hans-Christian Trepte, Leipzig

Andreas Fülberth: Tallinn – Riga – Kaunas. Ihr Ausbau zu modernen Hauptstädten 1920–1940. Köln (u.a.): Böhlau 2005, 395 S. (Das Baltikum in Geschichte und Gegenwart. 2).

Die großen Veränderungen der politischen Landkarte in Europa nach dem Ersten Weltkrieg bedeuteten für Architekten und Städtebauer eine Herausforderung besonderer Art. In den Ländern, die sich aus dem Russischen, Habsburger bzw. Deutschen Reich herausgelöst und als selbstständige Staaten etabliert hatten, wollten die neu geschaffenen politischen Verhältnisse ihren architektonischen Ausdruck finden; das galt vor allem in den Hauptstädten, deren neue Würde bestimmte Anforderungen funktionaler und symbolischer Natur stellten.

Ein Beispiel für eine geradezu geniale Adaption eines historischen Gebäudekomplexes an solche Aufgaben ist der Umbau der Prager Burg zum Sitz des Präsidenten der Tschechoslowakei durch Josef Plečnik. Eine Bauleistung von diesem Rang können die drei neuen Hauptstädte im Baltikum nicht aufweisen, es finden sich aber auch dort bemerkenswerte Bauten und Pläne, und die Diskussionen und Konflikte, die in den beiden Jahrzehnten der kurzen Selbstständigkeit der baltischen Staaten geführt und ausgetragen wurden, sind insgesamt sehr interessant und historisch aufschlussreich.

Was die Situation gerade dieser Umbruchphase in architekturhistorischer Hinsicht so interessant macht, ist das Aufeinanderstoßen von sehr unterschiedlichen und unverträglichen ideologischen Strömungen. Bei den neuen Staaten handelte es sich ja um Staatsgebilde, die aus dem Streben kleinerer, in Vielvölkerstaaten eingebetteter Nationen um politische Selbstständigkeit hervorgegangen waren. Es lag daher nahe zu verlangen, die Bauwerke, die den neuen Staat repräsentieren sollten, in einem Stil zu errichten, der als „nationaltypisch“ gelten konnte. Andererseits vollzog sich zur gleichen Zeit ein Umbruch in der europäischen Architektur, hin zu einer demonstrativ modernen, von einer Industrieästhetik geprägten Baukunst, die in Deutschland bezeichnenderweise „Neues Bauen“ genannt wurde. Hand in Hand damit wurden neue, von den modernen Vorstellungen von Hygiene und Gesundheit geprägte Ideale der Stadtbaukunst propagiert, die eine Absage an häusergesäumte Straßen und geschlossene Baublöcke beinhalteten. Was könnte näher liegen, als das neue Staatswesen durch einen Städtebau und eine Architektur zu repräsentieren, die so unmissverständlich das Neue, die bessere Zukunft signalisieren? Wie Andreas Fülberth in seiner interessanten Abhandlung über die drei

neuen Hauptstädte Tallinn, Riga und Kaunas zeigt, spielte sich das reale Geschehen dort hauptsächlich in einer „temperierten Zwischenzone“ ab, in der wenig von den beschriebenen radikalen Standpunkten zu spüren war. In Meinungsäußerungen aus nichtprofessionellen Kreisen kamen allerdings betont nationalromantische Ansichten zum Ausdruck, und fernab der Hauptstadt, in Pärnu, zeigen hochmoderne Hotels und andere Bauten für den Badebetrieb, wie die Architektursprache des „Neuen Bauens“ genutzt werden konnte, um vom neuen Estland ein zeitgemäßes Bild zu vermitteln.

Fülberths Arbeit zielt auf einen Vergleich der drei Hauptstädte, die Darstellung widmet sich aber zunächst jeder einzelnen der drei Städte. Diese monografisch ausgerichteten Studien sind im Umfang recht verschieden. Die ausführlichste Behandlung erfährt Tallinn, während Kaunas im Vergleich dazu verhältnismäßig kurz weg kommt. Es zeigt sich aber schon bei diesem kurzen Überblick, dass die Verhältnisse in Kaunas auf Grund der geringeren Größe und der andersartigen Bevölkerungsstruktur in vieler Hinsicht anders waren als in Riga und Tallinn.

Vor allem in Tallinn und Riga bestand ein Problem darin, eine auch größtmäßig bedeutende Altstadt, die ideell stark mit der entmachteten deutschen Oberschicht verbunden war, an die Bedürfnisse einer modernen Großstadt und der neuen politischen Erfordernisse anzupassen. Ein wichtiger Unterschied zwischen den beiden Städten bestand freilich darin, dass Riga schon eine mittelgroße Metropole mit modernen Zügen war, die in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg nach Schleifung der Stadtbefestigungen über die Grenzen der Altstadt weit hinausgewachsen war und moderne großstädtische Wohngebiete und öffentliche Gebäude erhalten hatte, während in Tallinn die Stadtviertel außerhalb der Altstadt im Wesentlichen von bescheidenen Holzbauten geprägt waren. Für Tallinn gab es im Gegensatz zu Riga allerdings seit Anfang des Jahrhunderts einen modernen und international viel beachteten Stadtentwurf des finnischen Architekten Eliel Saarinen. Dieser Plan sah die Verlagerung des Zentrums aus der Altstadt hinaus vor und setzte auf eine Entwicklung der Stadt unabhängig vom alten Kern. Er blieb aber aus Gründen, die Andreas Fülberth überzeugend darlegt, relativ folgenlos.

Trotz der mit der Umgestaltung verbundenen praktischen Probleme machte sich sowohl in Tallinn als auch in Riga die deutliche Tendenz bemerkbar, der Altstadt den Stempel der neuen Staatsmacht aufzudrücken. Es handelte sich hier wohl um eine Mischung aus Unvermögen, sich ein neu geschaffenes politisches Zentrum und die

Lokalisierung der Cityfunktionen vor den Mauern der alten, „eigentlichen“ Stadt vorzustellen, und dem Bedürfnis, das Zentrum der alten Eliten symbolisch zu erobern. Damit verbunden war eine allgemein verbreitete Geringschätzung der historischen Bausubstanz von Altstädten. Aus unserer heutigen Perspektive überraschend zu lesen, sind die von estnischer bzw. lettischer Seite in nationalistischem Eifer geäußerten, sehr negativen Urteile über ihren kulturellen und architektonischen Wert; die Altstädte werden als Beispiele eines deutschen Provinzialismus, den es zu überwinden galt, abgetan. Man sollte dabei aber nicht vergessen, dass die Meinung über die Wohnqualität und die Funktionalität der Altstädte zu dieser Zeit überall in Europa – aus guten Gründen – meist sehr negativ war. Es handelt sich also um ein allgemein verbreitetes Phänomen, das in Tallinn und Riga lediglich mit nationalistischen Ressentiments angereichert wurde. Charakteristisch für diese Haltung sind Bemühungen, durch Straßendurchbrüche, Platzweiterungen und Abrisse von „minderwertiger“ Bausubstanz (Schuppen, Wirtschaftsgebäude, baufällige Wohnhäuser etc.) die Altstadt funktionaler und „gesünder“ zu machen. Fülberth beschreibt mehrere charakteristische Beispiele solcher Pläne in Bezug auf Tallinn, bei denen der heutige Besucher oder Bewohner der Stadt über deren fehlende Durchsetzung dankbar sein kann. Armut ist nicht selten eine gute Freundin der Denkmalpflege!

Abgesehen von solchen geplanten, durchgreifenden Eingriffen in die Struktur der Altstadt, die auf das Konto einer als notwendig erachteten Modernisierung gehen und keine direkte politische Motivation hatten, konzentrierte sich in Tallinn der Diskurs um das neue Gesicht der Hauptstadt auf einige wenige zentrale Projekte, die größtenteils aufgrund der politischen Entwicklung und wegen Geldmangels in der kurzen Zeit der Selbstständigkeit nicht verwirklicht werden konnten. Tatsächlich gebaut wurde nur das Parlamentsgebäude. Hier handelt es sich um den Neubau anstelle des 1917 abgebrannten Konventsgebäudes der Ordensburg, also um einen Bau innerhalb des Schlosskomplexes, der nach außen gar nicht in Erscheinung tritt. Das Gebäude, das nach einer gelungenen Restaurierung heute wieder Sitz des estnischen Parlaments ist, gehört mit seinen expressiven Formen im Stil des „art deco“ und seiner kühnen Farbgebung zu den interessantesten und gelungensten Repräsentationsbauten der Epoche im Baltikum. Es ist ein Werk der Architekten Eugen Habermann und Herbert Johanson.

Mit dem Parlamentsgebäude im Schloss blieb der Domberg auch das politische Zentrum des neuen Estland. Dementsprechend muss-

ten für die Ministerien und vor allem für den Staatsältesten angemessene Unterkünfte geschaffen werden. Es lag dabei – für Laien wie für Fachleute – nahe, an die Bildung eines politischen Forums vor dem Schloss zu denken. Bei dieser Überlegung war die orthodoxe Kathedrale wegen ihrer Lage vor dem Schloss und natürlich vor allem aufgrund ihrer Bedeutung als Sinnbild der russischen Herrschaft ein ärgerlicher Stolperstein. Viele wollten sie einfach abreißen. Dabei erinnerte man an Warschau, wo man auf diese Weise mit der russischen Kathedrale verfahren war.

Andere – wie der Architekt Karl Burman – schlugen einen Umbau vor, der aus der orthodoxen Kirche eine Gedenkkirche für die Selbstständigkeit des Landes gemacht und dem Gebäude seinen russischen Stilcharakter genommen hätte.

Schließlich wurde für den Staatsältesten eine Dienstwohnung im Schloss Kadriorg vor den Toren der Stadt eingerichtet und ein Kanzleigebäude in unmittelbarer Nähe dazu errichtet. Damit verringerte sich der Druck auf den Domberg.

Die besten räumlichen Möglichkeiten zur Realisierung städtebaulicher Großprojekte bot das Areal südlich und südöstlich der Altstadt, wo mehrere große Einfahrtstraßen auf ein weitläufiges und wenig strukturiertes Gelände trafen. Im Interesse einer großstädtischen Wirkung der neuen Hauptstadt war die Gestaltung dieses Geländes geradezu notwendig. Ein Anfang war bereits vor dem Krieg mit dem Bau des Estonia-Theaters gemacht worden. Auf dem Gelände östlich und nordöstlich davon sollte nun ein neues Rathaus gebaut werden, während der Freiheitsplatz, um den herum eine moderne City im Entstehen war, durch ein Freiheitsdenkmal eine festere städtebauliche Struktur erhalten sollte. Fülberth beschreibt ausführlich die abgehaltenen Wettbewerbe dieser beiden Projekte und die verschiedenen Touren um ihre – letztendlich nie erfolgte – Realisierung. Architektonisch gesehen folgen die meisten Entwürfe einem Kurs zwischen modernistischer Gliederung der Baumassen und einer reduziert klassizistischen Formensprache, die die erforderliche Würde der Bauten garantieren sollte. Über die architektonische Qualität der Projekte lässt sich auf der Grundlage der vorhandenen Abbildungen nicht viel sagen. Angesichts der hohen Qualität etwa der Nationalbank oder der Geschäfts- und Verwaltungsbauten dieser Zeit in Tallinn wären aber durchaus gute Ergebnisse zu erwarten gewesen. Wäre z.B. der endgültige Rathausentwurf Edgar Kuusiks umgesetzt worden, hätte Tallinn einen interessanten Ableger von Ragnar Östbergs Stockholmer Stadthaus erhalten.

Verglichen mit Tallinn hat die Epoche der Ersten Republik in Riga viele Spuren in der Architektur hinterlassen. Riga verfügte über ein kompetent geleitetes städtisches Planungsbüro, das die Aufgabe hatte, eine Langzeitplanung für die wachsende Metropole zu entwickeln. Dass in Riga viel mehr städtebauliche Projekte umgesetzt werden konnten als in Tallinn, hing aber auch damit zusammen, dass der politische Wille des autoritären Regimes durch das starke persönliche Engagement von Kārlis Ulmanis dort viel deutlicher zum Ausdruck kommen konnte als unter Konstantin Päts in Tallinn. Daraus folgte freilich auch eine unglückliche Konzentration auf die Altstadt, während manche vernünftige Planungsvorhaben, wie die Verlegung des Verwaltungszentrums auf die Insel Kipsala vis à vis der Altstadt, konterkariert wurden.

Durch umfassende Abrisse an der Nordseite des Doms wurde ein großer repräsentativer Platz geschaffen und mittelalterliche Bauwerke freigelegt; entsprechende Pläne für andere, neu zu konstruierende Plätze in der Altstadt wurden nicht verwirklicht. Mit dem Bau des Finanzministeriums und des Kriegsmuseums erfolgten weitere schwere Eingriffe in die Baustruktur der Altstadt. Durch seine blockfüllende Größe und uniforme, klassizistische Architektur bleibt vor allem das Finanzministerium ein bedauerlicher Fremdkörper in der Altstadt. Dankbar kann man vor diesem Hintergrund wahrnehmen, wie viele vergleichbare Ideen und Projekte nicht umgesetzt werden konnten, bis dann der Krieg allen Neugestaltungsambitionen ein Ende setzte.

Auch in Riga stand der Bau eines neuen Rathauses auf der Agenda. Nachdem zunächst eine Platzierung des Baukomplexes außerhalb der Altstadt vorgesehen war, folgte 1937 der Beschluss, das neue Rathaus in der Nähe des alten am Dünaufer zu errichten. Damit begannen Planungen für die Gestaltung des Areals zwischen der Petrikirche und der Düna, die noch nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg fortgesetzt wurden und erst heute mit dem Wiederaufbau des alten Rathauses und des Schwarzhäupterhauses zu einem gewissen Abschluss gekommen sind. Geprägt wurden diese Planungen durch den zweifachen Wunsch, eine repräsentative Platzanlage als Tor zum „neuen Riga“ am Ende der Dünabrücke und zugleich eine für moderne Verkehrsbedürfnisse dimensionierte Durchfahrt durch die Altstadt entlang der Führung der Kalkstraße zu schaffen.

Anders als in Tallinn gelang es in Riga, die Pläne eines Freiheitsdenkmals zu realisieren, das sogar bis heute große Popularität genießt. Die verschiedenen Touren in der Diskussion um den Standort dieses Denkmals werden von Andreas Fülberth ausführlich dargelegt. Eine

beachtenswerte Leistung stellt auch die Schaffung des schon vor dem Ende des Ersten Weltkrieges ins Auge gefassten Brüderfriedhofs dar, der 1936 eingeweiht werden konnte. Hier – wie beim Freiheitsdenkmal – hatte Ulmanis das Glück, durch aufwändige Einweihungszeremonien von Projekten, die vor seiner Regierungszeit begonnen und zum größten Teil auch ausgeführt worden waren, für sich positive Publizität und politisches Prestige gewinnen zu können.

In Kaunas erfolgte der Ausbau der Stadt hauptsächlich entlang einer ost-westlich verlaufenden Achse durch die Neustadt. Noch in den 30er Jahren konnte als wichtigster Repräsentationsbau nach zwei Wettbewerben das Museum von Vytautas des Großen mit der Čiurlionis-Galerie vollendet werden. Architektonisch beachtenswerter ist allerdings das neue Hauptpostamt, das vom gelungenen Anschluss der litauischen Architektur an die europäische Moderne zeugt. Besonders interessant sind zudem die nicht verwirklichten Pläne für ein neues Regierungszentrum und der Bau der gewaltigen (erst vor kurzem vollendeten bzw. wieder hergestellten) Auferstehungskirche oberhalb der Neustadt. Für das Regierungszentrum wurde 1938 ein internationaler Wettbewerb durchgeführt. Allein durch die selten gestellte Aufgabe, ein ganzes Regierungszentrum neu zu gestalten, ist dieser Wettbewerb auch im gesamteuropäischen Kontext sehr interessant. Leider sind nur zwei der eingereichten Beiträge erhalten, weshalb man sich nur ein unvollständiges Bild davon machen kann, wie um 1940, im Schatten der in Berlin und Rom geplanten Monumentalarchitektur, eine repräsentative Staatsarchitektur in einem kleinen Staat hätte aussehen können.

Andreas Fülberth ist Historiker, was naturgemäß sein Buch prägt. Aus architekturhistorischer Sicht könnte man nach der Lektüre dieser inhaltsreichen und interessanten Arbeit anmerken, dass die grundlegenden städtebaulichen Fragen – z.B. Verkehrsplanung und Wohnungsbau – in der Darstellung zu kurz bzw. gar nicht zur Sprache kommen. Dafür werden die politischen Entscheidungsmechanismen sehr kompetent beschrieben. Sehr positiv hervorzuheben ist auch, dass der Autor den öffentlichen Diskurs um die Bauprojekte und sogar die in der Presse ausgetragenen Fehden sehr ausführlich referiert. Das gibt dem Leser äußerst interessante und lebendige Einblicke in die Stimmungen der Zeit.

Mit der Öffnung des Ostblockes und dem Beitritt der baltischen Staaten zur Europäischen Union ist das Interesse in Deutschland für diese Region sehr gewachsen. Fülberth legt nun die erste vergleichende Darstellung der Geschichte der Hauptstädte der drei baltischen

Staaten in der auch für die heutige Entwicklung entscheidenden Zeit zwischen den beiden Weltkriegen vor. Möge dieses Buch dazu beitragen, daran zu erinnern, dass die Entwicklung der europäischen Moderne nicht nur in Mitteleuropa stattfand.

Lars Olof Larsson, Kiel

Saint Pétersbourg: une fenêtre sur la Russie. Ville, modernisation, modernité 1900–1935, hrsg. v. Ewa Bérard. Paris: Édition de la Maison des sciences de l'homme 2000, 309 S., ca. 70 Abbildungen.

Entgegen dem klischeehaften Obertitel vereint der Band 20 Beiträge renommierter Slavisten, Kulturwissenschaftler und Historiker zur Stadtgeschichte von Petersburg zwischen 1900 und 1935. Programatisch soll insbesondere die Tiefe und Intensität der Zäsur von 1917 infrage gestellt werden: Die Herausgeberin Bérard sieht Kontinuitätslinien von der Entstehung einer modernen europäischen Metropole um 1900 über die Revolutionsjahre hinweg bis in das sowjetischen Leningrad vor der „Großen Säuberung“ 1937/38, die in der Stadt mit geschätzten 40 000 Opfern besonders blutig verlief. Zudem sei die Chiffre 1917, hier argumentiert die Herausgeberin mit Recht mit den Ergebnissen der neueren Petersburger Stadtgeschichte, zu ersetzen durch den Zeitraum 1917–1921, der insgesamt von sukzessiven und dramatischen Einschnitten geprägt sei; als Indikator könne der Rückgang der Stadtbevölkerung von 2,3 Millionen (1915) auf 660 000 (1919) Menschen dienen.

Thematisch liegt in den Beiträgen ein deutlicher Schwerpunkt auf kunst- und literaturwissenschaftlichen Akzenten, während der Übergang von dem um 1900 noch höfisch und bürokratisch geprägten Petersburg zu einer modernen multikulturellen und -nationalen Metropole mit enormen sozialen und politischen Konflikten nur gestreift wird. Konstatiert wird von Bérard die Abwesenheit einer Stadtöffentlichkeit und repräsentativer stadtbürgerlicher Bauten – etwa wie in Moskau dem Dumagebäude: Vor 1914 sei es zu keiner Entmilitarisierung und Zivilisierung der Petersburger Stadtöffentlichkeit gekommen und die Choleraepidemie 1908 weise mit ihren ca. 10 000 Opfern auf die Defizite der Stadtassanierung hin, die erst danach energisch in Angriff genommen wurde.

Eine Ausnahme bei dieser Schwerpunktsetzung bildet der eindrückliche Beitrag von N. Lebina (Petersburg), der die Konsequenzen der Umwandlung des bürgerlichen Wohnbestands in von mehreren Parteien bewohnte Kommunalwohnungen beschreibt (S. 149-160).¹ Herauszuheben ist auch N. Werths nuancierte Studie zu dem Topos „Leningrad als Oppositionszentrum gegen die Bol'seviki“ (S. 160-179). Unter den kunsthistorisch-städtebaulichen Beiträgen lesenswert sind die Studien von M. Stiglitz und J.-L. Cohen zu Industriekultur und städtebaulichen Strategien in Petersburg zwischen 1900 und 1935, die einen konzisen Überblick über das Thema geben.

Da sich die deutschsprachige Forschung zu Petersburger Stadtkultur und Moderne insbesondere durch Karl Schlögel's Monografien und Essays auf einem sehr hohen Niveau bewegt, ist eine Reihe der literarischen und kulturwissenschaftlichen Beiträge etwa zum Petersburger Neoklassizismus oder dem Formalismus bei Schlögel schneller greifbar. Eine Ausnahme bildet die Darstellung der intensiven französisch-russischen Kulturbeziehungen, hier vertreten durch J.-C. Marcade zu dem Austausch zwischen den Metropolen Petersburg und Moskau (S. 251-265) sowie weitere verstreute Hinweise. In der deutschsprachigen Literatur werden die französisch-russischen Verflechtungen oft zu Unrecht nur summarisch vorgestellt.

Gerade unter diesem Aspekt bietet der Band auch für Kenner der Petersburger Kulturgeschichte einige Trouvaillen, beispielsweise Informationen zu den franco-russischen Familien Benois und Lanseray, aus denen namhafte Architekten und Künstler stammten. Erstmals abgedruckt werden 12 Aquarelle von Nicolas Lanseray (1879-1942), einem Petersburger Architekten, der 1929 in die Mühlen der sowjetischen Geheimpolizei geriet und von 1930 bis 1935 beim Bau des Leningrader NKWD-Gebäudes beschäftigt war. Lanseray malte heimlich Szenen aus dem Leningrader Alltag, die die Welt des Stalinismus einfangen. Abgerundet wird der Band durch 70 Abbildungen und ein Personenregister.

Insgesamt kann die These, für die Petersburger Kulturgeschichte bildeten die Jahre 1900-1935 eine stadthistorische Epoche, jedoch nur ansatzweise verifiziert werden. Unübersehbar bleibt der kulturelle Bruch 1917/21, der in einen Exodus der kulturellen Eliten mündete. Eine Reihe von Beiträgen trägt dem Rechnung, indem eine Schwerpunktsetzung bis 1917 oder in den 1920er Jahren vorgenommen wird.

¹ Vgl. dazu Julia Obertreis, *Tränen des Sozialismus. Wohnen in Leningrad zwischen Alltag und Utopie 1917-1937*. Köln/Weimar 2005 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 37).

Jedoch regt die Fortführung der Kulturgeschichte durch das erste Drittel des 20. Jahrhunderts unzweifelhaft dazu an, über die Bedeutung Petersburgs bzw. Leningrads in der späten Zarenzeit wie in der frühen Sowjetunion neu nachzudenken.

Hans-Jürgen Bömelburg, Lüneburg

Erinnerungsorte Frankreichs, hrsg. v. Pierre Nora. Aus dem Französischen v. Michael Bayer, Enrico Heinemann, Elsbeth Ranke, Ursel Schäfer, Hans Thill u. Reinhard Tiffert. München: Beck 2005, 549 S.

Fast 100 000 verkaufte Exemplare, inzwischen eine Taschenbuchausgabe, Eintrag ins *Petit Robert* (Standardwörterbuch der französischen Sprache), Wahl des Herausgebers in die *Académie Française* (2002), zahlreiche Umsetzungen des Konzepts in vielen Ländern – dies sind ohne Zweifel eindeutige Beweise für den Erfolg von *Lieux de mémoire*, eines siebenbändigen Werkes, in dem die Geschichte Frankreichs auf eine bisher unbekannte Weise geschrieben wurde. Die zwischen 1984 und 1992 von Pierre Nora herausgegebenen und in drei Teile – *La République*, *La Nation* und *Les France* – eingeteilten Bände umfassen über 130 Beiträge der besten Vertreter der französischen Geschichtsschreibung, vor allem Autoren von der *École des Hautes Études en Sciences Sociales* und der Zeitschrift *Le Débat*, um nur Jacques le Goff, Mona Ozouf, Jacques Revel, Marcel Gauchet, François Furet und Krzysztof Pomian zu erwähnen.

Das Resultat der langjährigen kollektiven Arbeit war eine fast 6 000 Seiten starke symbolische Topologie Frankreichs, wobei zu beachten ist, dass *Lieux de mémoire* eher als *work in progress* denn als ein von Anfang an konzipiertes Vorhaben aufzufassen sind. Der Ausgangspunkt war die Untersuchung von Beispielen aus der Gründerzeit der Dritten Republik (wovon der Band *La République* zeugt), dann wurde aber der Ansatz erweitert und ganz Frankreich im Laufe der Zeit als eine symbolische Realität untersucht, was nicht zuletzt eine neue Form der Geschichtsschreibung bedeutete.¹

¹ Die Entwicklung des Ansatzes dokumentieren die Beiträge von Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis (*Entre mémoire et histoire*) am Anfang des ersten Teils, Die Gedächtnis-

„Diese untersucht nicht mehr die Determinanten, sondern deren Auswirkungen; nicht mehr die Aktionen, die in Erinnerung bleiben oder deren sogar gedacht wird, sondern die Spuren dieser Aktionen und die Spielregeln dieser Formen des Gedenkens; nicht mehr die Ereignisse an sich, sondern deren Konstruktionen der Zeit, das Verschwinden und Wiederaufleben ihrer Bedeutungen; (...) Es geht weder um Wiederauferstehung noch um Rekonstruktion, nicht einmal um Darstellung, sondern um *Wiedererinnerung* (...). Es geht um eine Geschichte Frankreichs, aber eine zweiten Grades.“ (S. 16)

Lieux de mémoire, ins Deutsche meistens als Erinnerungsorte übersetzt (wobei Gedächtnisorte – in der Literatur seltener vorhanden – eine zutreffendere Übersetzung zu sein scheint und der Mitherausgeber der *Deutschen Erinnerungsorte* Etienne François inzwischen die Meinung vertritt, dass es viel besser sei, auf die zu Missverständnissen führenden Übersetzungen zu verzichten und bei dem französischen Original zu bleiben, was dem Konzept eine Dimension des Rätselhaften und Anziehenden verleihen könne), erweisen sich somit als eine Metapher:

„[Sie; K. K.] können ebenso materieller wie immaterieller Natur sein, zu ihnen gehören etwa reale wie mythische Gestalten und Ereignisse, Gebäude und Denkmäler, Institutionen und Begriffe, Bücher und Kunstwerke – im heutigen Sprachgebrauch ließe sich von ‚Ikonen‘ sprechen. [Erinnerungsorte sind; K. K.] langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität, die in gesellschaftliche, kulturelle und politische Üblichkeiten eingebunden sind und die sich in dem Maße verändern, in dem sich die Weise ihrer Wahrnehmung, Aneignung, Anwendung und Übertragung verändert. [Es handelt sich um den; K. K.] Ort als Metapher, als Topos im buchstäblichen Wortsinn. Der Ort wird allerdings nicht als eine abgeschlossene Realität angesehen, sondern im Gegenteil stets als *Ort in einem Raum* (sei es real, sozial, politisch, kulturell oder imaginär).“²

Nation (La nation-mémoire) am Ende des zweiten Teils, Wie lässt sich eine Geschichte Frankreichs schreiben? (Comment écrire l'histoire de France?) als Einleitung zum dritten Teils und Das Zeitalter des Gedenkens (L'ère de la commémoration), der Schluss des dritten Teils.

² Hagen Schulze, Etienne François, Einleitung, in: *Deutsche Erinnerungsorte*, hrsg. v. dens. Bd. 1, München 2001, S. 9-24, hier S. 17 f. Inzwischen wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung eine einbändige Auswahl der wichtigsten Beiträge herausgebracht: *Deutsche Erinnerungsorte: eine Auswahl*, hrsg. v. Hagen Schulze u. Etienne François. Bonn 2005.

Erinnerungsorte sind also Phänomene, die im *mémoire collective* einer Gruppe verortet sind und ihre Identitätsbildungsprozesse prägen. Auf der Metaebene ist der Zusammenhang der in den Erinnerungsorten praktizierten Fokussierung auf das Symbolische mit der kulturwissenschaftlichen Wende in der Geschichtswissenschaft nicht zu übersehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Rezeption der von Nora herausgegebenen Bände in Deutschland am stärksten war.³ Schon 1990, d.h. bevor das Unternehmen gänzlich umgesetzt war, erschienen einige Beiträge auf Deutsch,⁴ und der Erfolg des Buches ließ zwei weitere folgen.⁵ Die vorliegende Auswahl schreibt sich in diese Reihe ein und strebt das Ziel an, „den *Nora imaginaire* mit der wissenschaftlichen und editorischen Wirklichkeit zu konfrontieren.“ Im Vorwort schreibt Etienne François über eine „Diskrepanz zwischen dem hohen Bekanntheitsgrad von Pierre Nora und seinem Konzept der *Lieux de mémoire* auf der einen Seite und der mangelnden, ja meistens sehr begrenzten und oft auch verzerrten Kenntnis des realen Werkes auf der anderen Seite“. (S. 8) Mit der Herausgabe eines weiteren Auswahlbandes soll somit dem deutschen Leser ein besserer Zugang zum Originalkonzept von Nora gegeben werden.

17 Beiträge, die vorwiegend dem letzten und zugleich in Deutschland am wenigsten bekannten Teil entnommen wurden, sind genauso wie das Original in drei Teile aufgeteilt: *Die Republik*, *Die Nation* und „*Les France*“ (*Frankreich im Plural*). Mit Ausnahme des Aufsatzes von Mona Ozouf über *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* erscheinen alle zum ersten Mal auf Deutsch,⁶ wobei die Gründe für den wiederholten Abdruck des Beitrags von Ozouf nicht erklärt werden.

³ In den USA erschien ebenfalls eine umfangreiche Auswahl: *Realms of Memory. Rethinking the French past. Conflict and Divisions, Traditions, Symbols*. 3 Bde., hrsg. v. Pierre Nora u. Lawrence D. Kritzman. Columbia 1996–1998 (European perspectives).

⁴ Zwischen Geschichte und Gedächtnis, hrsg. v. Pierre Nora. Aus dem Französischen v. Wolfgang Kaiser. Berlin 1990; Frankfurt a.M. 1998.

⁵ Mona Ozouf, *Das Pantheon, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*. Aus dem Französischen v. Hans Thill. Berlin 1997; Jacques le Goff, *Reims, Krönungsstadt*. Aus dem Französischen v. Bernd Schwibs. Berlin 1997.

⁶ Neben Pierre Nora, *Wie lässt sich heute eine Geschichte Frankreichs schreiben?*, sind im vorliegenden Sammelband folgende Beiträge zu finden: Teil 1: Mona Ozouf, *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*; Michel Vovelle, *Die Marseillaise*; Henri Loyerette, *Der Eiffelturm*; Philippe Burrin, *Vichy*; Teil 2: Jean Corbonnier, *Code civil*; Alain Corbin, *Paris – Provinz*; Antoine Prost, *Verdun*; und Pierre Nora, *Gaullisten und Kommunisten*; Teil 3: Armant Frémant, *Der Boden*; Jacques Revel, *Der Hof*; Michel Winock, *Jeanne d'Arc*; François Ayoubi, *Descartes*; Georges Vigarello, *Tour de France*; ders., „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ von Marcel Proust; und Maurice Agulhon, *Paris*.

Die einzelnen Aufsätze wurden nicht überarbeitet, was zwar den Vorteil hat, dass der deutsche Leser die Originalversion in die Hand bekommt, andererseits aber entsteht oft der Eindruck, dass eine Aktualisierung doch sehr wünschenswert gewesen wäre (*vide*: die intensive Debatte über Vichy aus den 1990er Jahren, der 100. Geburtstag der *Tour de France* oder die fundamentale Forschungsleistung von Karlheinz Stierle über den literarisch fundierten Mythos von Paris⁷). François expliziert zwar in der Einführung, dass er damit dem von Nora vertretenen Ansatz *moment-mémoire* treu bleiben wolle und der Leser dank dessen mit einer konkreten Konstellation des französischen Gedächtnisses konfrontiert werde (S. 14). Da man sich aber doch als Leser gewisse Ergänzungen wünschte, klingt diese Erklärung nicht gerade überzeugend.

Nicht zu übersehen sind darüber hinaus einige Leerstellen, die aber nicht der (in enger Absprache mit Pierre Nora) getroffenen und redaktionell sehr gut betreuten deutschen Auswahl als vielmehr dem Original geschuldet sind. Als zentraler ausgebliebener Ort in dem französischen kollektiven Gedächtnis nach Nora erweist sich der Kolonialismus: in dieser Mnemotopografie finden sich keinerlei Bezüge auf Frankophonie und das koloniale Erbe Frankreichs.⁸ Beispiele dieser Art ließen sich weiter ausführen. Weit wichtiger und schwerwiegender ist aber ein kritischer Blick auf die dem Werk zugrunde liegende Strategie. Das französische Konzept ist nämlich dem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Denken in nationalstaatlichen und nationalkulturellen Kategorien verpflichtet, was zu Verzerrungen und Ausblendungen führen muss (worauf nicht zuletzt das Ausbleiben des Kolonialismus-Moments zurückgeführt werden kann). Viel überzeugender als diese Perspektive ist ja die Annahme, dass Zeichen und Codes, in denen sich *Lieux de mémoire* vorfinden, zwar national instrumentalisiert (erinnert) werden, prinzipiell jedoch transnationaler Herkunft und Relevanz sind.⁹

Es ist unwahrscheinlich, dass – trotz intensiver Debatten über das kulturelle Erbe Europas und der Suche nach einer europäischen Iden-

⁷ Karlheinz Stierle, *Der Mythos von Paris. Zeichen und Bewußtsein der Stadt*. München 1993; Neudr. München 1998; Französische Ausgabe: *La Capitale des Signes. Paris et son discours*. Aus dem Französischen von Marianne Rocher. Paris 2001.

⁸ Inzwischen liegen Arbeiten vor, die sich mit der französischen Kolonialgeschichte als Erinnerungsort beschäftigen. Vgl. Robert Aldrich, *Vestiges of the Colonial Empire in France. Monuments, Museums and Colonial Memories*. Houndmills 2005.

⁹ So der Forschungsansatz des Forschungsprogramms *Gedächtnis – Erinnerung – Identität*, das von der Kommission für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (www.oeaw.ac.at/kkt) getragen wird.

tität – den Bänden über deutsche und dem Sammelband über deutsch-französische¹⁰ Erinnerungsorte in absehbarer Zeit ebenso umfangreiche Werke über die Gedächtnisorte der Europäer folgen werden. Es kann vielmehr vermutet werden, dass der entsprechend umgewandelte Ansatz von Pierre Nora eher auf regionaler als auf europäischer Ebene mit Erfolg umgesetzt werden kann, da die Lektüre der *Lieux de mémoire* deutlich gegenüber dem nationalen Zuschnitt von Noras Konzeption der Geschichte zweiten Grades (*histoire au deuxième degré*) überzeugt. Dem Beck-Verlag gebührt der Dank, dass der vorliegende Auswahlband trotz aller Kritikpunkte eine anregende Lektüre bietet.

Kornelia Kończal, Berlin

¹⁰ Allemagne – France: lieux et mémoire d'une histoire commune, hrsg. v. Jacques Morizet. Paris 1995; Deutsche Ausgabe: Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte, hrsg. v. Jacques Morizet u. Horst Müller. München 1996.

The Ethnic Dimension in Politics and Culture in the Baltic Countries 1920–1945, hrsg. v. Baiba Metuzāle-Kangere. Stockholm-Huddinge: Södertörns högskola 2004, 213 S. (Södertörn Academic Studies. 18).

Zu den wichtigsten politischen Problemen des 20. Jahrhunderts gehört die Minderheitenfrage, im Wesentlichen verstanden als Frage des Verhältnisses nationaler oder ethnischer Minderheiten zu den jeweiligen Mehrheiten sowie als Frage der Gestaltung eines für alle Seiten akzeptablen Miteinander durch die Herstellung politischer und juristischer Rahmenbedingungen.

Dabei spielt in der rechtlich-theoretischen Diskussion das Modell einer öffentlich-rechtlichen Kulturautonomie eine herausragende Rolle, also die Frage nach der Möglichkeit der Trennung von Staat und Kultur (und damit verbunden auch Sprache) und der Gewährung kultureller Autonomierechte für Minderheiten innerhalb eines Staates, analog etwa dem Vorbild der Trennung von Kirche und Staat, wie sie sich in Europa seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges herausgebildet hat.

Zwar wurden die ersten theoretischen Ansätze personaler und territorialer Kulturautonomie von Sozialdemokraten im österreichisch-un-

garischen Habsburgerreich („Austromarxisten“) entwickelt, der praktische Versuch einer – im Vergleich größtenteils gelungenen – Umsetzung wurde nach 1918 jedoch in den aus der Konkursmasse des russischen Zarenreiches hervorgegangenen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen unternommen. Aktuelle Diskussionen um die Frage der so genannten „russischen“ Minderheiten vor allem in Estland und Lettland, bei der es sich eher um eine staatsrechtliche Frage (Staatsbürgerschaft) und einen Zielkonflikt zwischen Minderheiten- und Menschenrechten einerseits sowie der völkerrechtlichen Aufarbeitung der sowjetischen Okkupation andererseits handelt, verdecken, dass gerade die multiethnischen baltischen Staaten während der Zwischenkriegszeit liberale Minderheitenmodelle entwickelten, die nach 1945 und vor allem nach 1991 die europäische Minderheitendiskussion konstruktiv beeinflussten.

Für alle, die sich gegenwärtig mit der europäischen Minderheitenfrage beschäftigen, ist daher der Blick zurück auf Entstehung, Entwicklung und praktische Erfahrungen der Minderheitenpolitik in den baltischen Staaten von großer Bedeutung; eine lediglich gegenwartsbezogene, auf juristische Formeln fixierte oder auf sicherheitspolitische Bedürfnisse ausgerichtete Betrachtungsweise verdeckt, dass die positiven Erfahrungen der baltischen Staaten nur in einer historischen Perspektive an Konturen gewinnen, und es des geschichtlichen Kontextes des gesamten 20. Jahrhunderts bedarf, um etwa bedeutsame Unterschiede zwischen den Problemen der 30er und der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts sichtbar zu machen.

In minderheitenrechtlichen oder geschichtlichen Untersuchungen zu den baltischen Staaten wird die bedeutsame Zwischenkriegszeit häufig nur im Rahmen eines einleitenden Kapitels erwähnt,¹ es ist daher das Verdienst der Herausgeberin des vorliegenden, an der Hochschule zu Södertörn (einem Stadtteil von Stockholm) entstandenen Sammelbandes, gerade die historische Perspektive erneut zu betonen.² Dabei widmen sich die elf Beiträge der Publikation drei Bereichen der Minderheitenpolitik in den baltischen Staaten zwischen 1918 und 1945:

¹ Vgl. z.B.: Das Minderheitenrecht europäischer Staaten. Tl. 2, hrsg. v. Jochen Abr. Frowein, Rainer Hofmann u. Stefan Oeter. Heidelberg 1994 (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht. 109), darin zu Estland: S. 27-60, zu Lettland: S. 129-170 und zu Litauen: S. 171-215.

² Ein Jahr später ist in Deutschland ebenfalls ein Sammelband zur selben Problematik erschienen, vgl.: Staatliche Einheit und nationale Vielfalt im Baltikum, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors u. Matthias Weber. München 2005 (Schriften des Bundesinstitutes für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 26).

Im ersten Bereich werden wichtige Persönlichkeiten vorgestellt, die selber Minderheiten entstammten und die zeitgenössischen Diskussionen und Entwicklungen der Kulturautonomie in Estland bzw. der Schulautonomie in Lettland maßgeblich prägten. John Hiden referiert Leben und Werk des deutschbaltischen Politikers Paul Schiemann (1876–1944) und stellt noch einmal die wichtigsten theoretischen Überlegungen Schiemanns sowie seine Wirksamkeit in Lettland und im Umfeld des Europäischen Minderheitenkongresses vor. Schiemann gilt in Lettland inzwischen als eine der meistbekannten deutschbaltischen Figuren der Geschichte des Landes und als einer der Väter der Verfassung Lettlands. Bereits 1994 wurde eine Gedächtnis-tafel in Riga enthüllt, vier Jahre später erschien eine Auswahl seiner Veröffentlichungen in lettischer Sprache.³ Jüngst wurde er noch einmal als liberaler Demokrat geehrt und als vorbildliche Persönlichkeit hervorgehoben.⁴ Hiden hat inzwischen eine umfangreiche und ausgewogene Biografie Schiemanns vorgelegt, der vorliegende Beitrag kann als eine Zusammenfassung seiner Monografie gewertet werden.⁵ Weniger bekannt ist Michail Kurčinskij (1876–1939), der, aus Petersburg stammend, ab 1921 als russischer Emigrant an der estnischen Universität Tartu lehrte und einer der führenden liberalen Politiker der russischen Minderheit Estlands wurde. Unbekannt deshalb, weil die russische Minderheit im Zwischenkriegs-estland als kompakt siedelnde Minderheit nicht durch eine eigene Kulturautonomie hervortrat und sich das bisherige wissenschaftliche Augenmerk (wie auch in Lettland) vor allem auf die Belange der deutschbaltischen Minderheit richtete. David Smith, Autor des Beitrages über Kurčinskij, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass gerade die Rehabilitation der liberalen Ansätze Kurčinskijs für die Identitätsfindung der „neuen“ russischen Minderheit Estlands nach 1991 von Bedeutung werden könnte. Wie auch Hidens Beitrag über Schiemann lenkt Martyn Housdens Aufsatz über den deutschbaltischen Politiker aus Estland, Ewald Ammende, die Sicht über Estland hinaus auf den Europäischen Minderheitenkongress und dessen Tätigkeit, die in hohem Maße von Politikern aus den baltischen Staaten beeinflusst worden ist.

Drei weitere Studien von Michael Garleff über die Rekonstruktion von Vergangenheit als Mittel der Identitätsbildung in der deutschbal-

³ Pauls Šimanis, *Eiropas problēma. Rakstu izlase* [Ein europäisches Problem. Ausgewählte Schriften]. Riga 1998.

⁴ Leons Astra, Egils Baldzēns, Ainārs Dimants (u.a.), *Personība un demokrātija* [Persönlichkeit und Demokratie]. Riga 2005, S. 33–36.

⁵ John Hiden, *Paul Schiemann (1876–1944). Defender of Minorities*. London 2004.

tischen Literatur (im Gegensatz zur Überschrift des Aufsatzes aber nicht nur für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, sondern bis in die 50er und 60er Jahre hinein), von Anette Reinsch über die Juden in der lettischen Literatur und Gesellschaft während der 20er und 30er Jahre sowie von Lilita Zaļkalne über den lettischen spätrömantischen Schriftsteller Edvarts Virza und sein pastorales Poem „Straumēni“ führen von der Politik hin zum zweiten Bereich der Kultur.⁶ Die Autoren untersuchen am Beispiel der Literatur, wie die deutsche Minderheit die historischen Brüche ab 1918 verarbeitete, wie die Juden in den Werken der lettischen Schriftstellerin Anna Brigadere bzw. des lettischen Schriftstellers Jānis Jaunsudrabiņš dargestellt wurden und inwieweit deutschbaltische Vorbilder (wie das Werk „Meschwalden“) des deutschbaltischen Schriftstellers Oskar Grosberg für Virzas Romanerfolg die Grundlage bildeten.⁷

Pēteris Vanags, Baiba Metuzāle-Kangere und Rimvydas Šilbajoris wenden sich dem dritten Bereich, den Problemen der Sprachenpolitik und der Literatur während der autoritären Jahre Lettlands unter Ulmanis bzw. Litauens unter Smetona zu und können verdeutlichen, dass auch während der Jahre eines gemäßigt autoritären und romantischen Nationalismus die Idee der Kulturautonomie der Minderheiten nicht gänzlich suspendiert wurde. Interessant ist Raimo Raags Untersuchung zur Sprachpraxis im Riigikogu, dem Parlament Estlands, zwischen 1919 und 1934. Tatsächlich wurde in drei Sprachen (Estnisch, Deutsch und Russisch) verhandelt, allerdings ist seit dem Ende der 30er Jahre eine zunehmende Verwendung des Estnischen zu verzeichnen.

Als einziger Beitrag reicht der Aufsatz von Kārlis Kangeris zur Kulturpolitik des nationalsozialistischen Besatzungsregimes in Lettland (1941–1945) über die Zeit der Unabhängigkeit hinaus. Kulturpolitik war hier gleichzeitig Rassenpolitik, und je mehr die Bedeutung der Letten nach der Niederlage von Stalingrad wuchs, umso größer wurden wieder ihre kulturellen Spielräume, die allerdings zu jedem Zeitpunkt lediglich eine gewisse Selbständigkeit suggerieren sollten; über die endgültige Zukunft des lettischen Volkes (Germanisierung ungefähr eines Drittels, Aussiedlung gen Osten der übrigen zwei Drittel) sollte erst nach Kriegsende entschieden werden.

⁶ Edvarts Virza, *Straumēni* [Der Hof Straumēni]. Riga 1933.

⁷ Oskar Grosberg, *Meschwalden: ein altlivländischer Gutshof im Kreislaufe des Jahres*. Riga 1926.

Aus dem Vorwort zum Sammelband geht nicht hervor, ob es sich um Tagungsbeiträge oder um ein Forschungsprojekt handelt. So informativ die einzelnen Beiträge auch sind, und so breit der thematische Zugang auch ist, so sehr hätte man sich einen einleitenden Artikel gewünscht, der die wichtigsten Kernprobleme der Minderheitenfrage im Baltikum strukturiert, die wesentlichen Forschungsergebnisse referiert und die entscheidenden Forschungsdebatten kommentiert hätte. Zwar liefert der vorgelegte Sammelband somit keine neuen, entscheidenden Forschungsimpulse, es bleibt aber das Verdienst, der umfangreichen Literatur zur Minderheitenfrage in den baltischen Staaten, die seit dem Ende der 80er Jahre erschienen ist, neue Mosaiksteine hinzugefügt zu haben.

Detlef Henning, Lüneburg

Staatliche Einheit und nationale Vielfalt im Baltikum. Festschrift für Prof. Dr. Michael Garleff zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Gert von Pistohlkors u. Matthias Weber. München: R. Oldenbourg Verlag 2005, 264 S. (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 26).

Zum Geburtstag des großen Baltikumhistorikers Michael Garleff haben das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und die Baltische Historische Kommission ein passendes Geschenk vorgelegt: Der zu besprechende Sammelband greift nicht nur die thematischen Interessen Garleffs auf, sondern ist zugleich die Frucht seiner Arbeit, beinhaltet er doch die Beiträge eines Symposions, das unter gleichem Namen zur Verabschiedung Garleffs am 26. und 27. April 2004 in Oldenburg stattgefunden hat. Hieraus ist auch der erstaunliche Umstand zu erklären, dass der zu Ehrende selbst mit einem Artikel vertreten ist, doch dazu weiter unten ausführlicher. Inhaltlich gruppieren sich die Beiträge in drei Themenblöcke, die mit „Minderheitenpolitik“, „Minderheitenkultur“ und „Bedeutende Persönlichkeiten“ überschrieben werden können.

Im ersten Block gibt Dietmar Willoweit einen allgemeinen begriffs- und verfassungsgeschichtlichen Überblick über „Minderheitenrecht und nationale Autonomie“ (S. 35-46), wobei es ihm durch die deziert überregionale, europäische Perspektive gelingt, die Spannungs-

lage zwischen internationalem Vertragsrecht und nationaler Souveränität im Rechtsdenken vor der Erfindung des modernen Minderheitenrechts 1919 aufzuzeigen (S. 38). Weiterhin konfrontiert er das seit 1918 in Nordost- und Ostmitteleuropa umgesetzte Nationalstaatenprinzip mit der Idee einer nach österreichisch-ungarischem Vorbild konzipierten übernationalen Region unter wie auch immer gearteter deutscher Hegemonie, wobei eine gewisse Sehnsucht nach einer „Balance von Nationalitäten in einer ethnisch neutralen Staatsordnung“ zu verspüren ist (S. 44 f.). Da der nationale Rahmen keinen Platz für eine wirkliche Autonomie der Nationen mit dem dafür notwendigen Ausloten politischer Handlungsspielräume bereitstelle, bezeichnet er die Autonomie der Minderheitennationen als „Programm der Verlierer“ (S. 44). Zu diesen „Verlierern“ gehörten auch die Deutschbalten, auf die sich Gert von Pistohlkors in seinem einleitenden Beitrag „Ursprung und Entwicklung ethnischer Minderheiten in der baltischen Region im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert“ konzentriert (S. 13-34). Er konzipiert seinen Beitrag ausdrücklich als Ergänzung zum Standardwerk von Andreas Kappeler „Rußland als Vielvölkerreich“ bezüglich der Reformversuche der deutschbaltischen Ritterschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.¹ Dabei widerspricht er unter Verweis auf die engen Beziehungen des baltischen Adels zum Hof in St. Petersburg der von Wolfgang Neugebauer aufgestellten These einer weitgehenden Abschottung der Ritterschaften vom Reich und von den notwendigen Reformschritten.² Ob, wie die Endfrage seines Beitrages andeutet, das „lange Vortraining“ der politischen Entmachtung die identitätstragenden deutschbaltischen Eliten tatsächlich so „abgehärtet“ hatte (S. 34), dass der Übergang in den Status einer Minderheit 1919 unkompliziert verlief, kann und muss kontrovers diskutiert werden (vgl. den Beitrag von Jörg Hackmann weiter unten). Vor allem gilt es, in weiteren Studien die von Pistohlkors aufgezeigte Wende in der Politik der Ritterschaften zwischen 1914 und 1919 gründlich zu untersuchen. Neben den Deutschbalten geht Detlef Henning in seinem Beitrag zu den „Formen kultureller Autonomie in den baltischen Staaten“ auch auf die Position der Russen in Lettland ein (S. 47-68). In der Transformationsperiode sei es im Baltikum gelungen, im Vergleich mit den ehemals jugoslawischen Gebieten, „einen für alle

¹ Andreas Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Verfall*. München 1992.

² Wolfgang Neugebauer, *Standschaft als Verfassungsproblem. Die historischen Grundlagen ständischer Partizipation in ostmitteleuropäischen Regimen*. Mit einem Geleitwort von Klaus Zernack. Goldbach 1995.

Bewohner des Landes akzeptablen Status quo des Miteinanders“ zu finden (S. 68). Dem fügt Helēna Šimkuva in ihrem Beitrag über die augenblickliche „Minderheitenpolitik in Lettland“ kritische Töne hinzu (S. 69-86). Eindringlich fordert sie für Lettland ein neues Minderheitengesetz auf Grundlage internationaler Vorgaben und Konventionen, die Dynamisierung des Einbürgerungsprozesses und den Ausbau der Schulen für die „nicht-lettischen“ Minderheiten (S. 86).

Nach diesem politikgeschichtlichen Block können die folgenden drei Beiträge der Sozial- und Kulturgeschichte zugeordnet werden. Heinrich Wittram gibt in seinem Beitrag über „Kirche, Staat und Minderheiten in Estland und Lettland 1920–1940 und ihre Bedeutung für die Gegenwart“ erneut eine Kostprobe seines profunden Wissens (S. 87-114), indem er detailliert und differenziert die Höhen und Tiefen kirchlicher Entwicklung im gesamten 20. Jahrhundert darstellt. Einen noch weiteren Geschichtsraum führt Tiit Rosenberg in seinem Beitrag „Das Anknüpfen an Geschichtsverständnis und demokratische Traditionen im wieder unabhängigen Estland“ vor Augen (S. 153-165), geht es ihm doch neben der chronologischen Entwicklung der estnischen Historiografie im 20. Jahrhundert vor allem um die Entlarvung nationaler Mythen und ihre Überwindung in einer neuen, transnationalen Geschichtsschreibung. Allein die Einbettung der estnischen in die gesamteuropäische Geschichte vermöge, vorschnelle Dichotomien zwischen den Nationen und die separierende nationale „Meistererzählung“ der estnischen Geschichte zu überwinden. Um übergeordnete Erzählstrukturen in der Geschichtswahrnehmung und -erzählung geht es auch Armin von Ungern-Sternberg in seinem Beitrag „Ankunft in der Bundesrepublik. Archäologie und Dekonstruktion des kulturellen Erbes: Siegfried von Vegesack“ (S. 115-151). Anhand der Schriften Vegesacks, dem Verfasser der Romantrilogie „Die baltische Tragödie“, analysiert von Ungern-Sternberg in einem leider Zitat-übersättigten Text die Verarbeitung des Heimatverlustes und die Strukturen neuen Sesshaftwerdens unter den Deutschbalten in Deutschland. Dabei werden die durch die Neuansiedlung hervorgerufenen Ängste vor Identitätsverlust deutlich, die über die deutsch-deutschbaltische Integration hinausreichen und der nationalen Frage im multinationalen Raum neue Bedeutung geben.

Der letzte thematische Block des Sammelbandes beleuchtet die Minderheitenproblematik anhand herausragender deutschbaltischer Einzelpersonen. John Hiden umreißt unter Herausarbeitung des Europagedankens „Die aktuelle Dimension in Paul Schiemanns Minderheitentheorie und -politik“ (S. 167-174). Schiemann, der „Denker der

Nationalitätenbewegung“ auf den Europäischen Nationalkongressen in Genf, propagierte die Kulturautonomie durch die Entkoppelung der Begriffspaare „Nation“ und „Staat“ sowie „Nation“ und „Territorium“ (S. 168). Für diese in den 30er Jahren sicherlich revolutionären Vorstellungen bildete Europa mit der Möglichkeit, Einheit jenseits nationaler Grundstrukturen zu schaffen, den Fluchtpunkt (S. 173). Neben Schiemann gehörte Werner Hasselblatt zweifelsohne zu den herausragenden deutschbaltischen Politikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Jörg Hackmann thematisiert in seinem überaus lesenswerten und quellenreichen Beitrag „Werner Hasselblatt (1890–1958). Von der estländischen Kulturautonomie zur nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik“ eines der heikelsten Themen der Unabhängigkeitszeit (S. 175–205): den Übergang vom Minderheitenschutz zur Kritik an der internationalen Minderheitenpolitik und der Organisation deutscher Herrschaft im Baltikum während des Zweiten Weltkriegs. Vorsichtig zwischen Politik und Sozialpsychologie der Deutschbalten einerseits und individueller Prädisposition andererseits abwägend, kommt Hackmann zum Schluss, dass in der „Abneigung gegen den Begriff der nationalen Minderheit eine länger wirkende Kontinuitätslinie in Hasselblatts Praxis und Denken zu sehen ist, die für eine auf Gewalt gründende Politik tendenziell anfällig war.“ (S. 205) Der hier aufgezeigte Fall weist auf die fehl gelaufene Transformation der ehemaligen deutschbaltischen politischen Elite in den Status einer Minderheit hin, die von Pistohlkors in seinem Beitrag noch vorsichtig positiv dargestellt worden war (S. 34). Die Rolle der Deutschbalten kann, wie allein die hier aufgeführten Beiträge zur estnischen, jüngeren deutschen und deutschbaltischen Historiografie aufzeigen, je nach Darstellungsschwerpunkt überaus unterschiedlich beschrieben und bewertet werden. Das letzte Wort des Bandes gehört dem Jubilar selbst, der den Blick auf seinen großen Vorgänger „Georg von Rauch und die baltische Geschichtsforschung“ lenkt (S. 207–223). Neben der Würdigung seines Lebenswerks sind es gerade die persönlichen Erinnerungen an von Rauch, die diesen Beitrag prägen und tiefe Einblicke in die Auseinandersetzung über die osteuropäische und baltische Geschichtsschreibung nach 1945 ermöglichen. Die Geschichtsschreibung, so führt Garleff vor Augen, sollte sich davor hüten, durch allzu kritische Distanz sich ihres Lebensquells, dem persönlichen Bezug zum Thema, zu entledigen.

Eine Porträtskizze Georg von Rauchs aus der Feder Illo von Rauch-Wittlichs (S. 206) sowie ein von Gabriele Garleff zusammengestelltes „Schriftenverzeichnis Michel Garleff 1969–2004“, das in Umfang

(S. 225-257) und Inhalt die Bedeutung des Gewürdigten unterstreicht, runden die schriftliche Ehrung ab. Möge sich Michael Garleff an ihr ungeachtet der bedauerlicherweise zahlreichen redaktionellen Unebenheiten noch lange erfreuen!

Ulrike Plath, Hamburg/Tallinn

Estland und Russland. Aspekte der Beziehungen beider Länder, hrsg. v. Olaf Mertelsmann. Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2005, 322 S. (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa. 11).

Grenzen sind Orte besonderer Art. Aufgrund ihres paradoxen trennenden und zugleich einenden Wesens werden sie in ideologisierenden „master narratives“ gerne als Kronzeugen herangezogen. Um diese Mechanismen zu verstehen und gegebenenfalls außer Kraft zu setzen, bedarf es einer übernationalen Grenzkulturforschung. Mit der politischen Aufwertung der ehemals russisch-estnischen Binnengrenze zur EU-Außengrenze wurde diesem Grenzabschnitt seit 1991 zunehmend Beachtung geschenkt. Nach einigen Pionierarbeiten zur Entstehung der Grenze im Mittelalter und den Problemen und Besonderheiten der lokalen Grenzbevölkerung wurde an der Universität Tartu ein interdisziplinäres Projekt zur Erforschung der estnisch-russischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert gegründet. Im vorliegenden Sammelband werden erste Ergebnisse dieses Projekts, gemeinsam mit Arbeiten der Forschungsstelle für sowjetische Geschichte der Universität Tartu und von Gastwissenschaftlern aus Russland und Deutschland, vorgelegt.

Aufgrund dieser Kooperation und der politischen Brisanz des Grenzverlaufs in der Zeitgeschichte liegt der Schwerpunkt des Bandes deutlich auf dem 20. Jahrhundert. Dennoch beschränkt er sich nicht auf die Darstellung der komplexen zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern versucht, auch den vielfältigen zwischenmenschlichen Beziehungen gerecht zu werden – etwa durch die Einbeziehung von Biografien ausgewiesener „Grenzgänger“. Gerade in diesem Bereich macht sich das Fehlen eines übergeordneten methodologischen Gerüsts bemerkbar. So bleibt im Überblick über „Das Jurij Lotman-Archiv in Tartu“ von Tatjana Šachovskaja, Mare Rand und Tatjana Kuzovkina

letztendlich die Bedeutung des herausragenden Semiotikers für die Beziehungen zwischen Estland und Russland, bzw. Esten und Russen, unklar (S. 313-320). Zugleich wiederholt sich die Frage nach der Stellung von Geisteswissenschaftlern im Kulturkontakt angesichts der massiven Präsenz von Artikeln über Historiker als Gestalter des interethnischen Miteinanders. So beschäftigt sich Ludmila Dubjeva mit „Anton Nikitič Jasinskij als Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität Jur'ev (Dorpat/Tartu) 1896–1911“ (S. 109-126), und Tiit Rosenberg stellt „Die russische baltische Historiographie in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts“ als ein zu Unrecht vernachlässigtes Forschungsfeld vor (S. 77-108). Auch die deutschbaltische Historiografie findet Erwähnung, sieht Uwe Liszkowski in dem Russlandhistoriker Georg von Rauch doch einen ausgewiesenen „Brückenbauer in eine fremde Welt“ (S. 289-312). Es bedarf sicherlich noch weiterer Forschungsanstrengungen, um die Vernetzung der verschiedenen nationalen Traditionslinien in der Wissenschaft an und im Umkreis der Universität Dorpat zu verstehen.

Am Anfang der Forschung steht man auch bei der Erforschung des Kulturgeflechts im Grenzgebiet auf struktureller Ebene. Einen wegbereitenden Artikel legte Michail V. Škarovskijs mit seinem Beitrag über die „Orthodoxen estnischen Gemeinden in Nordwestrussland im 19. und 20. Jahrhundert“ vor (S. 213-228). Zu wenig präpariert zeigt sich hingegen Olaf Mertelsmann in seinem Beitrag „Das Studium an der Universität Tartu in der Stalinzeit“ (S. 229-248), mit dem er sich auf das glatte Eis der *oral-history*-Forschung begeben hat. Wenn sich Erinnerungen an das Studium auf Allgemeinplätze wie „Man saß zusammen, trank, sang und ging wieder auseinander“ oder „Auch in außergewöhnlichen Zeiten gab es ein normales Leben“ beschränken (S. 247), sind vom Historiker um so mehr kritische Analysen und ergänzende Informationen, vor allem aber ein klarer methodischer Apparat gefordert. Auch in seinem zweiten Beitrag „Der Zusammenhang von Sowjetisierung und Alkoholmissbrauch aus der Sicht der estnischen Bevölkerung“ vermisst man relativierende Informationen (S. 275-288), etwa über den Alkoholkonsum vor der Sowjetisierung und vor allem in der Transformationsetappe nach 1991. Wie viel „Geschichte von unten“ für den Abbau allgemein vorherrschender Vorurteile allerdings bringen kann, zeigt Anti Selart in seinem Beitrag „Steinkuhl und Zabolockij. Ein Kommentar zur Chronik Johann Renner“ (S. 9-30). Auch während des Livländischen Krieges, dessen traumatische Erlebnisse das Verhältnis der baltischen Einwohner zu ihrem russischen Nachbarn langfristig schädigten, gab es persönliche

Beziehungen namhafter Persönlichkeiten über die politische, religiöse und kulturelle Grenze hinweg. Ihre Bedeutsamkeit erlangt die Studie durch die gelungene Einbettung einer ganz persönlichen Geschichte in den großen Geschichtsverlauf und die übergeordneten Strukturen.

Dankbarer und ergiebiger als das steinige Feld der Kulturkontaktforschung neuerer Schule sind – auf den ersten Blick zumindest – all jene Ansätze, die sich an der Politikgeschichte orientieren. So liefern die Beiträge von Mati Laur über „Die Verortung des Baltikums im Russischen Imperium zu Beginn der Regierungszeit Katharinas II.“ (S. 31-52) und von Lea Leppik über „Die Generalgouverneure im Baltikum – Instrumente zur Vereinheitlichung des Russischen Imperiums oder ein Schutz der baltischen Sonderordnung?“ (S. 53-76) weitere Bausteine zur Erforschung der Beziehung von Region und Reich. Ebenso grundlegend sind die Arbeiten zu den Bevölkerungsverschiebungen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, die mit dem Zerfall des Zarenreiches und der Expansion der Sowjetunion einhergehen (vgl. Eero Medijainen „Optieren für Estland – eine freiwillige oder eine erzwungene Migration 1920–1923?“ [S. 193-211] und Tõnu Tannberg „Die unbekannte Amnestie. Berijas Rehabilitierungspläne 1953 am Beispiel der Estnischen SSR“ [S. 249-273]). Auf einem gewagteren Kurs fährt Karsten Brüggemann durch sein Stammthema „Kontinuität in der Revolution: Der russische Blick auf das Baltikum während der ‚Zeit der Wirren‘ 1917–1920 am Beispiel der weißen Bewegung“ (S. 127-156). So ist die Endgleichung seiner komplexen Betrachtung, frei nach dem Motto: ein satter Bär frisst nicht, und ein politisch in sich ruhendes Russland ist keine Gefahr für die Baltischen Staaten, zwar eingängig; unterstreicht man aber die lange Dauer der russischen Begehrlichkeiten, kommt man zwangsläufig zum Bild einer fortwährenden staatlichen Krisenhaftigkeit. Und schon findet man sich im Netz von Selbst- und Fremdbildern wieder, die nicht ganz so einfach mit den „harten“ politischen Fakten in Übereinstimmung gebracht werden können. Ganz ohne kulturalistische Deutungen kommt Jaak Valge in seinem herausragenden Artikel „Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Das Gold der Bolschewiki in Estland 1920–1922 und die Folgen“ aus, in dem er große Politik und großes Geld mit dem alltäglichen, wahrhaft internationalen und transkulturellen Gewinnstreben koppelt und so das faszinierende Bild einer irrwitzig offenen Grenzlandschaft malt (S. 157-192).

Der goldene Weg der an sich bereits Erfolg versprechenden baltisch-russischen Grenzforschung liegt dort, wo es gelingt, Themen zu fin-

den, mit deren Hilfe man die Grenzen in der Realität und im Kopf hinterfragen und damit neue Perspektiven eröffnen kann. Gerade angesichts der Weitläufigkeit und Neuheit des Forschungsfeldes ist jedoch ebenfalls solide und mitunter auch weniger inspirierende Grundlagenforschung vonnöten. Dem Forschungsprojekt kann man auf diesem Weg nur viel Erfolg, vor allem aber Mut zu konzeptionellen und methodologischen Diskussionen, zum Vergleich und zur Weitung der Forschungsperspektive wünschen. Mit der nötigen finanziellen Unterstützung könnte sich aus dem Projekt ein bedeutender Forschungsschwerpunkt der Universität Tartu entwickeln.

Ulrike Plath, Hamburg/Tallinn

The Hidden and Forbidden History of Latvia under Soviet and Nazi Occupations 1940–1991. Selected Research of the Commission of the Historians of Latvia, ed. by Valters Nollendorfs and Erwin Oberländer. Riga: Institute of the History of Latvia 2005, 383 pp.

This collection of articles is the 14th volume by the Symposium of the Commission of the Historians of Latvia. The symposium has been hard at work since 1998 producing conference volumes and thematic volumes on the occupation periods of Latvian history. This volume on the “forbidden history” is their first English-language publication and includes several original works as well as translations of several articles published in Latvian in earlier volumes from the series. It is one of the few English-language surveys of the period.

It is more coherent than edited volumes which come out of history conferences. The articles were obviously selected to go together and build on each other. There are some “holes” and overlaps which seem superficially eclectic. For example, the reader who does not select particular articles of interest, but plunges through the whole book, finds him or herself subjected to repeated references to events such as the mass deportations of 1941 in a way that would not happen in a single-author, chaptered history of the period. But that allows each article to also stand alone if needed.

In the introduction the editors confess that Latvian historians have not caught up with their western colleagues as far as methodology is

concerned. “[T]opics and problems that Latvian historians are addressing may at first sight seem repetitive, self-defensive, contentious and tangential to the mainline concerns of western scholarship.” Thus, the focus is solely on the occupations and the political, military, demographic and economic effects they had on Latvians and Latvian Jews. There is virtually no information on other aspects of history. That contributes to the discomfort some may have with the title. Initially, one might see little reason to believe that the history of Latvia under occupation is “forbidden” or “hidden”. The „forbidden“-aspect, as explained in the editors’ introduction, refers to the truth that was hidden and forbidden by totalitarian ideologies for so many decades. The lies and distortions of Nazi and Soviet historiography have, according to the editors and several of the authors, seeped through various channels into the mainstream of western historical thinking about Latvia and still need to be rectified. Getting these truths out and setting the record straight are what this volume is about. The authors also see the need to come clear on Latvian complicity in the Holocaust and clear the air on other aspects of Latvia’s experience with totalitarianism in the context of Latvian membership in western institutions (EU and NATO). Indeed, the editors are justified in their boast that the volume does very well at taking the new data available since the early 1990s and applying it to these concerns.

There is almost no beating of the “genocide against the Latvian people” drum (Daina Bleiere mentions “social genocide” in her piece) and less focus on victimization than one might expect from a volume like this. Coverage of the issues is very balanced, considering the thematic centre of the project. The editors took the stated mission of setting the record straight about the history of the occupations very seriously; it is neither an apology for Latvian “crimes” nor an exoneration. The trauma of the period, especially since June of 1941, is offered on several occasions as an explanation, but not as an excuse for misdeeds.

Some of the writing still has the tone of indignation against injustices done to Latvians which doesn’t seem 100% appropriate for readers used to western historical accounts. Heinrichs Strods, for example, waxes a bit polemical in his judgements of the Russians and claims that the international community is ill-informed about Soviet crimes. On the other hand, many of the articles, especially the general articles introducing each section, include calls or outlines for future lines of inquiry and further research, and Strods is among the boldest and modern in that regard, calling for an examination of

the “internal causes” of Sovietization. Aivars Stranga’s call for more research on Jewish life in Latvia during the Holocaust can also be mentioned in that context. The authors are conscious of their place in the historiographical landscape.

Because of the strong focus on the occupations as such, the volume is missing much that one would expect from a recent general history of the period under consideration. There is no multi-national story; it is about the Latvians and, to a much lesser extent, about the Jews (not only as victims). There is no mention of the Baltic Germans and their “forced option” to leave after the Molotov-Ribbentrop-pact, not even to reflect on Latvians’ reaction to it or lack thereof. There is little or no discussion of the Russians of Latvia other than as occupants and demographic threats (who, according to Riekstiņš, were “brain-washed” into coming to Latvia), a history which is certainly not “forbidden”, but which seems to have been quite typical outside of Soviet historiography from the beginning.¹ This makes it seem as if the book’s centre of gravity or basic assumption is that there is a primal Latvian national aspiration and history is about its success and failure. Indeed, in the introduction the editors are fairly explicit about making that narrative their central concern. There is none of the cultural history that Misiunas and Taagepera covered to some degree in their *Years of Dependence* book,² no language, art and literature (such as in the admittedly less thematically coherent volume edited by Köll),³ no *Alltagsgeschichte*, nothing on the school system, nor on religion and the church (other than as an institution variously subject to oppression), holidays and customs, gender issues, etc. There is virtually no discussion of personal or institutional continuities which cross over the chronological borders between regimes. To pick just one example out of the air: Who had the kolkhoz leaders of 1950, say, been in 1935? We can’t assume they all came from Russia. An exception to this is a discussion of how Latvian historiography was sovietized by Aleksandrs Ivanovs. He shows how the obligatory interpretation imposed on Latvian Soviet histories was pieced together

¹ I am reminded of the criticism I heard levelled at the Occupation Museum in Riga on my last visit there a number of years ago, namely, that the story of the Russians and their myriad reasons for coming and their myriad experiences are simply not being told in Latvian history.

² Romuald J. Misiunas, Rein Taagepera, *The Baltic States: Years of Dependence, 1940–1990*. London 1993.

³ *The Baltic Countries Under Occupation. Soviet and Nazi Rule, 1939–1991*, ed. by Anu Mai Köll. Stockholm 2003.

out of both Soviet and pre-1917 Russian historiographical elements. Rudite Viksne's discussion of the Arājs Commando membership and their motivations for joining the organization also touches on their pre-occupation biographies.

Within the narrower scope that the volume has staked out for itself, however, there is little if anything missing. The only serious exception is the Latvian Self-Administration under the Nazis. It is mentioned only in passing or not at all in places where a discussion with the same depth and subtlety of some other aspects – such as Latvian membership in the Waffen-SS – would have been appropriate. If there are “forbidden” things about Latvian history, myths about their alleged complicity that need to be unmasked or put into perspective, that is one of them.

After the introduction, the volume begins with a general history of all three Baltic states during the period in question by Alfred Erich Senn. He introduces the thesis of the “dysfunctional society”, plagued by the fear and rage caused by Soviet and then Nazi oppression. The introduction does a good job in setting the tone and covering a lot of ground briefly for the reader unfamiliar with Baltic history with general coverage of the natures of the Soviet and Nazi regimes on Baltic territory and their effects on the population. A specialist audience expecting a discussion of the historiography has to wait for later sections, however.

Thereafter, the volume focuses solely on Latvia. It is broken down into four parts, each featuring selected articles from one of the Symposium's four sections: The first Soviet occupation (1940–1941), the Nazi occupation (1941–1945), the Holocaust, and the second Soviet occupation (1944–1991). The latter section focuses almost exclusively on the earliest period up into the 1950s. The section on the Nazi occupation is, surprisingly, almost as long as the final section on Soviet rule. Together with the section on the Holocaust, the years 1941–1945 make up more than half the volume. Each section has an article summarizing the period under investigation followed by two or more articles special themes.

The introductory articles contain a combination of background information for better understanding of the articles to come as well as overviews of historiographical trends of more interest to the professional historian. Inesis Feldmanis's introduction to the section on Nazi occupation is very heavy on the latter aspect of the question, pointing out how both Soviet distortions and exile accounts, which often propagated a version of history tainted by Nazi ideology, con-

tributed to keeping the history of this period “hidden”. His summary of previous research on resistance and collaboration includes a programmatic element which shuns the ambiguity typical of western accounts, however. He calls for a definition of “resistance” based solely on Latvian national interests and wants Soviet resistance re-defined as the “communist and subversive movement”.

The articles chosen for each section were meant to supplement each other. The Holocaust section is done particularly well in that regard. Aivars Stranga’s introduction to the Holocaust serves as both a historiographical review as well as a good general account of events in Latvia. This is followed by a micro-study of one particular incident – the story of the killing of some Jewish youth by Latvians, easily the most gripping chapter of the whole volume – by Dzintars Erglis, and the aforementioned article on the infamous Arājs Commando, the unit cited by so many as the prime example of Latvian collaboration and anti-Semitism. The first section, on the 1940–1941 Soviet occupation, is similar if less neatly divided and covered, with three articles with various approaches to Soviet repressions by Irene Šneidere (who also authored the overview for that section), Rudīte Vīksne and Janis Riekstiņš. The touchiest aspect there is the role of Latvian Jews in the Soviet regime of 1940–1941, which the authors approach fairly and factually.

The sections on Nazi and Soviet rule are lengthier. The articles for the Nazi section seem targeted directly at the editors’ central concern of setting the record straight. Juris Pavlovičs’s article on the transition of power from Soviet to Nazi rule addresses the recurring accounts in the historiography of spontaneous, native-driven, anti-Jewish violence during the period between the withdrawal of the Soviets and the arrival of the Germans, while articles by Kārlis Kangeris and Inesis Feldmanis detail special military and police units, the Latvian membership in which has also been of enduring concern to both historians and the general public’s perceptions of Latvia. They address both local and European-wide contexts as well as the motivations young men had for joining these units. Uldis Neiburgs addresses Nazi propaganda and Latvian wartime perceptions of the western Allies while Antonijs Zunda reviews the historiography on Latvian resistance against the Nazis. The section on Soviet rule has chapters on demographic and institutional Russification (Riekstiņš), rural policy and collectivization (Daina Bleiere) – including some discussion of events at the ground level, the Sovietization of the field of history (Aleksandrs Ivanovs), an article on Soviet oppressive organs (Aldis

Bergmanis, Ritvars Jansons and Indulis Zālīte), and the anti-Soviet resistance movements (Heinrichs Strods).

The volume is very rich in factual material which will be of great use to historians of other areas looking for information for integrating Latvia into the wider context of Europe in the 20th century. To pick out just a few examples, Jānis Riekstiņš provides great detail on the deportations of 1941 and lots of statistical data on demographic Russification after 1944; Kārlis Kangeris provides an account of Latvian “geschlossene” police units under German occupation with the thoroughness we have come to expect of him. There is detail throughout the volume on the administrative mechanics, oppressive organs, and power structures run by the occupying regimes as well as about categories of victims and perpetrators and other themes. The Riekstiņš article on the 1941 deportations quotes at length from several archival documents.

The missing definite articles in several sections headings (“Under Soviet Union” instead of “Under *the* Soviet Union” for example) did not bode well for the translation by Eva Eihmane, but the text itself turned out well. A German native speaker may not notice at all; an English native speaker will find few errors or stylistic problems. Relics from the original Latvian and other problems (such as “word-by-mouth” instead of “word-of-mouth”) are rare and do not distract from the flow of the text.

In summary, the volume does not reach too far and keeps its promises. The “Hidden and Forbidden History” will no doubt inform the discussion of the topics it addresses for years to come, the interest in which shows no sign of abating.

Mark R. Hatlie, Tübingen

Wolfgang Curilla, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941–1944. Paderborn: Schöningh 2006, 1041 S.; Stefan Klemp, „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz – Ein Handbuch. Essen: Klartext 2005, 503 S., 22 Abbildungen.

In dem Maße, in dem nach 1945 Hitler und die SS als alleinige Täter für den Judenmord und die anderen Verbrechen des Nationalsozia-

lismus verantwortlich gemacht wurden, verschwanden nicht nur die Wehrmacht und die Zivilverwaltung, sondern auch die aufgrund ihrer Uniformen oft als ‚Grüne Polizei‘ bezeichneten Einheiten der Ordnungspolizei aus dem Rampenlicht der öffentlichen Diskussion. Erst ab etwa Mitte der 90er Jahre ist die Rolle dieser Polizeikräfte im Holocaust verstärkt erforscht worden. Die beiden vorzustellenden Bücher bieten jedes auf seine Weise einen umfassenden Einblick in die Verbrechen der uniformierten deutschen Polizei.

Wolfgang Curilla, langjähriger Senator in Hamburg, legt eine umfassende Arbeit zu den Verbrechen der Ordnungspolizei im Baltikum und Weißrussland vor. Die mehr als 1 000 Seiten des Buches stellen eine akribische Zusammenstellung dar, die der Autor folgendermaßen begründet: „In diesem Buch versuche ich, so vollständig wie möglich darzustellen, was gewesen ist. Gleichzeitig möchte ich einen Beitrag dazu leisten, daß das Geschehene nicht vergessen wird und daß sich so etwas niemals wiederholen kann.“ (S. 11)

Diesem geschichtspolitischen Anspruch wird das Buch ohne jeden Zweifel gerecht, die Darstellungen der Aktivitäten der einzelnen Einheiten machen betroffen und hinterlassen nicht zuletzt aufgrund der sachlichen juristischen Sprache einen tiefen Eindruck. Im Hauptteil des Buches („Die Taten“, S. 125-836) werden die Verbrechen – geordnet nach den jeweiligen Verbänden und aufgeteilt in die beiden Regionen Baltikum und Weißrussland – vorgestellt. Obwohl der Schwerpunkt auf der Ordnungspolizei liegt, beschränkt Curilla sich nicht auf diesen Täterkreis, sondern erwähnt auch die im Bereich der Sicherheitspolizei und anderer Instanzen durchgeführten Mordtaten.

Im Wesentlichen arbeitet der Autor mit den Ermittlungen bundesdeutscher Strafverfolgungsbehörden nach 1945 – und hierin liegt ein Problem des Bandes: Eine quellenkritische Wertung der Aussagen von Zeugen, der staatsanwaltschaftlichen Erhebungen und der Feststellungen in den Gerichtsurteilen sollte man nicht erwarten. Zum einen werden Vorgänge erwähnt, die wenig aussagekräftig sind und die, wie im Falle des Reserve-Bataillons 65, ihre Herkunft aus juristischen Akten nicht verleugnen können: „Mehrere Angehörige der 3. Kompanie gaben aber auch an, sie hätten davon gehört, daß Angehörige der 3. Kompanie in Luga an dem Transport und der Erschießung zahlreicher Juden beteiligt gewesen seien. Nähere Feststellungen konnten insoweit nicht getroffen werden.“ (S. 185) Zum zweiten spiegelt sich die damalige Ermittlungslage direkt im Umfang der Darstellungen zu den einzelnen Einheiten wider: Während beispielsweise die Verbrechen des berüchtigten Reserve-Polizeibataillons 11 umfas-

sende Erwähnung finden (S. 150-181), bleiben die Informationen zum Polizeibataillon 319 spärlich (S. 262 f.). Und zum dritten benutzt Curilla, wie bereits angedeutet, Zeugenaussagen, staatsanwaltschaftliche Ausführungen und Urteilsbegründungen ohne Differenzierung. Insbesondere wenn Darstellungen besonders grausamer Morde oder psychopathische Verhaltensweisen einzelner Täter nur auf einer einzigen Zeugenaussage beruhen, bleibt aus historischer Sicht der Sachverhalt fragwürdig.

Die schiere Masse an Material, über dessen Kürzung Autor und Verlag durchaus hätten nachdenken können, macht Fehler fast unvermeidbar, doch ist z.B. im Fall Litauens auf recht ärgerliche Mängel hinzuweisen. Im Gegensatz zu den Ausführungen von Curilla kam es in Vilnius nach der Einnahme durch die Wehrmacht eben nicht sofort zu Pogromen (S. 133). Es ist aufgrund neuerer Forschungen auch eher unwahrscheinlich, dass *vor* dem Eintreffen deutscher Truppen Pogrome stattfanden. Die litauischen Aufständischen gegen die Sowjetmacht in toto als antisemitische Mörder zu bezeichnen, wie es Curilla mehrfach tut (S. 133 u. S. 306), ist definitiv falsch. Und das von ihm nach Kaunas verlegte Lukischki-Gefängnis (S. 306) befindet sich in Vilnius und hat seinen Namen nach seinem Standort im Stadtteil Lukiškės.

Der letzte Teil des Buches (S. 837-944) ist mit „Die Täter“ überschrieben und unterscheidet sich nicht vom Hauptteil „Die Taten“, obwohl Curilla in diesem Teil „einen kurzen Überblick über die Täter aus anderen Institutionen geben“ will (S. 839). Über die Beteiligten erfährt man aber außer Namen und Funktion im ganzen Buch leider praktisch nichts, dabei wäre es ein Leichtes gewesen, die Ludwigsburger Akten der bundesdeutschen Ermittlungsbehörden für beispielhafte Biografien zu nutzen.

Aufgrund der Hauptquelle wird auch das Bild der einheimischen Beteiligung verzerrt dargestellt, auch wenn Curilla mehrmals auf die zentrale Rolle lokaler Verbände und Einzelpersonen hinweist. Nur das berüchtigte lettische Arājs-Kommando wird kurz vorgestellt, was damit zusammenhängt, dass sein Anführer in den 70er Jahren in Hamburg vor Gericht stand. Die einheimischen Mörder verschwinden einerseits in den schier unüberschaubaren Auflistungen deutscher Verbrechen, andererseits wird ein komplexer Sachverhalt viel zu pauschal und undifferenziert präsentiert (wie im Fall Litauens).

Trotz dieser Schwächen bietet der Band einen weit gespannten, detaillierten Einblick in die Mordpraxis der deutschen Ordnungspolizei und eine Art Findbuch für die einzelnen Einheiten.

In der Aussage knapper, in der Analyse stringenter und in der Interpretation überzeugender ist jedoch das Buch von Stefan Klemp zu bewerten, dessen Autor zudem, wie der Titel verdeutlicht, auch die juristischen (Nicht-)Ermittlungen in den beiden deutschen Staaten nach 1945 vorstellt. Damit leistet Klemp auch einen Beitrag zur ‚Vergangenheitsbewältigung‘, der im doppelt so umfangreichen Buch von Curilla überhaupt kein Wert beigemessen wird.

Nach einer Bewertung der Rolle der Polizeibataillone im Vernichtungskrieg (S. 21-66), in der auch der ‚Polizeialltag‘ Erwähnung findet und daneben auf widerständisches Verhalten wie Befehlsverweigerungen oder Meutereien eingegangen wird, bildet das Kapitel „Polizeibataillone, Polizeiregimenter und Ermittlungsverfahren“ (S. 67-349) den eigentlichen Kern des Buches. Die Geschichte aller Einheiten wird skizziert, die Taten werden geschildert und die Ermittlungen vorgestellt. Im Fall von Prozessen werden diese mit den jeweiligen Urteilen aufgeführt. Abgeschlossen wird die Darstellung zu jeder Polizeieinheit mit einer Zahlenangabe zu den Opfern, die in die Hände der deutschen Polizisten gelangten. Neben den Quellenangaben finden sich in den Fußnoten auch Verweise auf wichtige Sekundärliteratur zum jeweiligen Bataillon bzw. Tatort. Schließlich werden im Anhang (S. 417-469) zusätzlich nochmals die Polizeibataillone in tabellarischer Form nach Heimatstandort, Einsatzgebieten und Ermittlungsverfahren vorgestellt, so dass der Leser relevante Basisinformationen auf einen Blick erfassen kann.

Im letzten Kapitel, das den Gründen für das Scheitern der Ermittlungsverfahren nachgeht (S. 351-401), findet Klemp klare Worte und dies nicht nur in Bezug auf die politische Komponente der Angelegenheit („Der Bundestag hat durch seine Gnadengesetzgebung und Strafrechtsänderungen in den 1950er und 1960er Jahren das Scheitern vieler NS-Verfahren begünstigt.“ S. 351): Ein gesellschaftliches „Klima der Nachsicht“ sowie fehlendes Ermittlungsinteresse bei vielen Behörden und Juristen trugen in der Bundesrepublik ebenso zum Versagen der rechtsstaatlichen Ahndung bei wie die schwierige Ermittlungslage und das Lügen und Verschweigen von Angeklagten und Zeugen.

Wie bei Curilla bleiben die einheimischen Gehilfen mehr oder weniger unerwähnt, was beispielsweise dazu führt, dass bei der überaus brutalen Mordaktion des Reserve-Polizeibataillons 11 in Sluzk der litauische Anteil nur am Rande erwähnt wird, obwohl der Bericht des Gebietskommissars Carl über die Aktion in beiden zu besprechenden Publikationen zitiert wird: „Mit einer unbeschreiblichen Brutalität

sowohl von Seiten der deutschen Polizeibeamten, wie insbesondere von den litauischen Partisanen, wurde das jüdische Volk (...) aus den Wohnungen herausgeholt und zusammengetrieben. Überall in der Stadt knallte es, und in den einzelnen Straßen häuften sich die Leichen erschossener Juden.“ (Klemp, S. 112; Curilla, S. 168)

Doch ändert dies nichts an dem überzeugenden Eindruck von „Nicht ermittelt“, zumal die Frage nach den lokalen Mördern inzwischen von baltischen Historikern aufgegriffen wurde.¹ An Stefan Klemps Handbuch zu den Massenverbrechen deutscher Polizisten im Zweiten Weltkrieg wird jeder, der sich in Zukunft mit dem Thema beschäftigt, nicht vorbeigehen können.

Joachim Tauber, Lüneburg

¹ Vgl. z.B. für Litauen die in Deutsch erschienenen Beiträge von Arūnas Bubnys, Die litauischen Hilfspolizeibataillone und der Holocaust, und Valentinas Brandišauskas, Neue Dokumente aus der Zeit der provisorischen Regierung Litauens, beide in: Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941, hrsg. v. Vincas Bartusevičius, Joachim Tauber u. Wolfram Wette. Köln 2003, S. 117-131 u. 51-62.

Jörg Ganzenmüller, Das belagerte Leningrad 1941–1944. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern. Paderborn: Schöningh 2005, 412 S.

Die von 1941 bis 1944 währende Blockade Leningrads durch die Wehrmacht ist angesichts der langen Dauer der Belagerung wie auch im Hinblick auf die hohe Opferzahl eines der bemerkenswertesten und schrecklichsten Ereignisse des Zweiten Weltkriegs. Die Bilanz der 900 Tage andauernden Prüfung der Stadt war mit 1 bis 1,3 Millionen Menschen, die dem Hunger zum Opfer fielen, unvorstellbar. Dass dieses Ereignis erst jetzt in Jörg Ganzenmüller einen Chronisten findet, der eine Gesamtschau unter Einbeziehung der deutschen wie der sowjetischen Seite anfertigt, ist unerklärlich, angesichts der Dimension des Geschehenen aber umso wichtiger.

Ganzenmüller wirft die Frage auf, welche Strategien die Kriegsgegner bezüglich Leningrads entwickelten und welche Prägekraft das jeweilige politisch-ideologische System bei ihrer Formulierung spielte. Er fasst den Strategiebegriff recht weit und subsummiert nicht nur militärisch-operative Aspekte, sondern schließt wirtschafts- und

bevölkerungspolitische Gesichtspunkte ein. Dabei spielt die Betrachtung, wie die Strategien umgesetzt wurden bzw. wie sich die politische Praxis im belagerten Leningrad gestaltete, eine sehr wichtige Rolle: Hierüber ist einerseits eine Verortung der Belagerung im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg möglich, andererseits kann das Geschehen durch einen Vergleich mit der sowjetischen Herrschaftspraxis in den 1930er Jahren besser beurteilt und in einen längerfristigen historischen Kontext eingebettet werden.

Die Studie teilt sich in sieben Kapitel. Zunächst beschreibt der Autor die Strategie der Wehrmacht und des NS-Regimes, um sich dann dem Vorgehen der sowjetischen Seite zuzuwenden. Danach folgt eine Betrachtung des Umgangs mit den Ressourcen Leningrads, der sich eine Untersuchung der Leningrader Rüstungsproduktion im Krieg anschließt. In den beiden nächsten Kapiteln wendet sich Ganzenmüller den Lebensbedingungen in der belagerten Stadt zu, indem er die Praxis der Lebensmittelversorgung, individuelle Überlebensstrategien und die Behandlung der Bevölkerung durch den staatlichen Sicherheitsapparat nachzeichnet. Schließlich lenkt der Autor den Blick auf die Bedeutung der Belagerung in der sowjetischen wie nachsowjetischen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur sowie – in Form eines Exkurses – auf die Spuren, die sie im Gedächtnis der Deutschen hinterlassen hat.

Ganzenmüller kann zeigen, dass die Belagerung Leningrads nicht, wie oftmals gerade in der westdeutschen Militärgeschichtsschreibung geschildert, als eine gewöhnliche militärische Operation zu sehen ist, sondern als Teil der nationalsozialistischen Vernichtungsstrategie im Krieg gegen die Sowjetunion betrachtet werden muss. Bereits im Juli 1941 wurde der Beschluss gefasst, die Stadt zu zerstören und die Bevölkerung durch Hunger auszulöschen, um sie nicht selbst versorgen zu müssen. Die Stadt sollte nicht einmal dann eingenommen werden, wenn die Verteidiger die Kapitulation anböten. Einerseits basierte diese „Lösung“ auf dem Umstand, dass die Wehrmacht selbst die Versorgung der Bevölkerung aus Rücksicht auf die logistischen Probleme als undurchführbar betrachtete. Die Militärs kamen vor dem Hintergrund von Diskussionen, die bereits vor dem Krieg stattgefunden hatten, zu dem Schluss, die Bevölkerung kurzerhand dem Hungertod auszuliefern. Andererseits floss hierin das Kalkül ein, dass die sich abzeichnenden Versorgungsprobleme im Deutschen Reich nur gelöst werden konnten, wenn die in den besetzten Gebieten vorhandenen Ressourcen vollständig zur Verfügung standen. Für die dortige Bevölkerung, zumal jene in den Ballungszentren, war in diesem Raub-

kriegsszenario kein Platz. Dazu gesellten sich die Besiedlungs- und Germanisierungspläne. Der Siedlungsraum war nicht nur zu gewinnen, sondern auch freizumachen. Da das Gebiet um Leningrad ebenfalls als Siedlungsraum eingeplant war, musste die dortige (städtische) Bevölkerung verschwinden.

Die sowjetische Seite bereitete sich zunächst noch auf den Fall der Stadt vor und plante die Zerstörung der wichtigsten Militär- und Industrieanlagen. Erst als der deutsche Vormarsch stockte, war ein Halten Leningrads möglich. Entgegen den Annahmen, dass die Stadt Stalin gleichgültig gewesen sei, gab es schon 1941 Versuche, den Belagerungsring aufzubrechen. Stalin entsandte sogar General Schukow. Allerdings scheiterten diese Vorhaben an fehlerhafter Planung und Materialmangel. Dass es schließlich im weiteren Verlauf des Krieges auch dann noch nicht zu einer zügigen Befreiung kam, obwohl die Rote Armee an anderen Fronten bereits die Initiative an sich gerissen hatte, ist ebenfalls nicht als Beweis von Stalins Unwillen gegenüber der alten Hauptstadt zu werten. Vielmehr war die Versorgung Leningrads spätestens durch die Öffnung eines Korridors im Januar 1943 gesichert; die strategische Lage erzwang einen solchen Schritt nicht, da hier weder Rohstoff- noch Industriebasen gefährdet waren; schließlich konnte das „Durchhalten“ der Stadt propagandistisch ausgeschlachtet werden, woraus sich tatsächlich noch während der Belagerungszeit ein regelrechter Leningrad-Mythos entwickelte.

Schon aus innenpolitischen Gründen behielt Stalin die Entwicklung in Leningrad genau im Auge. Aus Furcht vor einem Sonderbewusstsein und zu großer lokaler Eigenständigkeit entsandte er im Zweifelsfall Vertraute zur Kontrolle. Überhaupt funktionierte das stalinistische System in der Stadt trotz der Kriegsereignisse und der Blockade weiter. Ždanov als überzeugter Stalinist sorgte dafür, dass die von Stalin in Form öffentlicher Äußerungen gegebenen Signale auch in Leningrad in politische Handlungen übersetzt wurden. Die Partei konnte ihre Autorität auch in der schwierigsten Phase der Belagerung – dem Hungerwinter 1941/42 – aufrechterhalten. Hierzu trugen nicht zuletzt ihre Anstrengungen zur Versorgung der Bevölkerung bei. Allerdings befand diese sich letztlich in einer Zwangslage: Da der Staat der einzige mögliche Versorger war, war Opposition gerade unter den Bedingungen einer Belagerung durch die Armee des nationalsozialistischen Deutschlands keine Option. Allerdings blieb nicht nur das Machtmonopol der Partei gewahrt, vielmehr setzte sich auch die schon aus den 1930er Jahren bekannte Herrschaftspraxis fort: Die prekäre Lebensmittelversorgung ver-

lief weitgehend nach den selektiven Prinzipien, die bereits vor dem Krieg etabliert worden waren, d.h. Partei, staatliche Funktionseliten und Arbeiterschaft wurden bevorzugt. Umgekehrt griffen die Menschen zum Überleben auf halb- und illegale Beschaffungspraktiken wie Diebstahl, Veruntreuung usw. zurück. Auch dies war nicht neu; vielmehr hatte die Bevölkerung schon im vorherigen Jahrzehnt staatliche Versorgungsmängel auf diese Weise kompensiert. Die staatlichen Mobilisierungspraktiken unterschieden sich nicht wesentlich von denen der Vorkriegszeit: Mit ideologisch unterfütterten Appellen und kollektiven Dienstverpflichtungen, dem Herausstreichen von Vorbildern, aber auch materiellen Anreizen zielte man auf den Einsatz der Menschen ab. Der stalinistische Terror und die staatliche Repression setzten sich ununterbrochen fort. Der Krieg war nur für Intellektuelle, die sich in den Dienst des Kampfes gegen den Faschismus stellten, eine „Atempause“. Auf allen anderen lastete weiterhin der Verfolgungsdruck des Staates. In Leningrad mussten das einerseits die kollektiv unter den Verdacht der Staatsfeindschaft fallenden deutsch- und finnischstämmigen Minderheiten erfahren, die deportiert wurden. Doch es traf auch andere „Volksfeinde“. Über 50% der aus Leningrad Deportierten wurden nicht aufgrund ihrer ethnischen Identität, sondern aufgrund ihres Verhaltens verbracht. Daher sind diese Deportationen an sich nicht als ethnisch motiviert zu betrachten. Interessanterweise richteten sich die staatlichen Repressionen in hohem Maße gegen die Leningrader Wissenschaftler. Dies führt Ganzenmüller auf den Umstand zurück, dass in Leningrad noch kein Personalwechsel stattgefunden hatte, sich dort mithin noch zahlreiche vormalige Angehörige des Adels und des Bürgertums befanden. Schon ihre Abstammung machte sie verdächtig. Kamen dazu auch noch so geringfügige familiäre oder professionelle alte Kontakte nach Deutschland, war dies bereits ein ausreichender Anlass zum Spionagevorwurf, dem beinahe sicher die Verurteilung folgte.

In seiner Arbeit kann Ganzenmüller auch einige bis heute gepflegte Belagerungsmythen korrigieren. So weist er nach, dass die Rolle Leningrads als produzierende Frontstadt mit großer industrieller Bedeutung überbewertet wird. Das Verlagern von Produktionsstätten und Facharbeitern aus der Stadt, die Einschließung und vor allem der daraus resultierende Mangel im Bereich der Energieversorgung hatten zur Folge, dass die Produktion im Winter 1941/42 völlig zum Erliegen kam. In dieser Zeit wurden in kleinem Umfang noch Konsumgüter produziert, während ansonsten nur noch Wartungsarbeiten von den im übrigen körperlich bis hin zur Arbeitsunfähigkeit geschwächten

Menschen durchgeführt wurden. Erst als im Frühjahr 1942 wieder mehr Nahrungsmittel in die Stadt gelangten und die Energieversorgung sich besserte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Allerdings konzentrierten sich die Rüstungsbetriebe auf Reparaturarbeiten. Daher konnte sich Leningrad 1942 nicht selbst mit Waffen und Munition versorgen, sondern blieb vom Nachschub von außen abhängig. Zudem war die Qualität der produzierten Güter gering, der Anteil des Ausschusses außerordentlich hoch. Erst 1943, nachdem die Versorgung über eine Eisenbahnlinie gesichert war, stieg die Produktion so weit an, dass die Leningrader Front und teilweise auch die Wolchow-Front hinreichend versorgt werden konnten. Allerdings wuchs die Produktion nie über ihre regionale Bedeutung hinaus.

Auch am Heldenmythos der Blockade kratzt Ganzenmüller in erheblicher Weise. Um sich Lebensmittel zu verschaffen, teilweise aber auch zur Bereicherung waren illegale Praktiken bis hin zu Raub und massenhaften Betrügereien, auch und zuvorderst bei Lebensmittelkarten, ein regelmäßig wiederkehrender Aspekt des Blockadealltags. Die extreme Not mündete schließlich in extreme Bewältigungsstrategien. Im Hungerwinter 1941/42 schloss dies auch Kannibalismus ein. Dieser Aspekt verdeutlicht vielleicht mehr als alles andere, wie groß das Leiden der Menschen in der Stadt war.

Dass der Kampf um Leningrad mit der Befreiung von der Blockade noch nicht zu Ende war, zeigt sich an der Art und Weise, wie mit den Erinnerungen umgegangen wurde. Die Deutungshoheit war letztlich eine Machtfrage, so dass sich die Darstellung und Interpretation der Ereignisse immer nach den jeweiligen politischen Konjunkturen richtete. Eines ist dabei bis heute unverändert geblieben: die Deutungsmacht des Staates und die enge Einbettung individueller Erinnerung und Trauer in staatliche Gedenkinszenierung. Auch ein Wladimir Putin greift gerne auf den Heldenmythos Leningrad zurück, um das heutige Russland patriotisch zu erziehen.

Insgesamt hat Jörg Ganzenmüller eine überzeugende, sehr gelungene Studie vorgelegt. Zwar vermisst man am Ende eine Zusammenführung der Ergebnisse hin zur eigentlich angestrebten Gesamtbeurteilung, doch tut dies der Tatsache keinen Abbruch, dass es sich um eine beeindruckende und facettenreiche Arbeit handelt, die mit großem Gewinn zu lesen ist.

Bernhard Schmitt, Berlin/Marburg

Anita Kugler, Scherwitz. Der jüdische SS-Offizier. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2004, 758 S.

Fast ein Jahrzehnt lang hat die Berliner Journalistin und Historikerin Anita Kugler in in- und ausländischen Archiven die Spuren eines Mannes verfolgt, von dem sie auch nach Abschluss ihrer Suche bis heute nicht genau sagen kann, wann er wo geboren wurde (die Angaben differieren von 1903 bis 1908, als Orte werden Buscherunai oder Wilna genannt) und ob er wirklich Jude, SS-Untersturmführer, Judenmörder oder Judenretter war. Ihre Recherche, die auf über 750 Buchseiten vorliegt, führt hauptsächlich nach Riga, wo der Hauptheld Eleke Sirewitz oder Fritz Scherwitz (wie er sich auch nannte) von September 1941 bis 1944 das KZ-Außenlager „Lenta“ leitete. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges behauptete dann dieser ehemalige Außenstellenleiter im Rang eines SS-Untersturmführers, dass er eigentlich Jude sei und nur zum eigenen Schutz der SS beigetreten wäre. Doch bald holte ihn seine Vergangenheit ein, und er wurde 1950 vom Schwurgericht München zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht war von der jüdischen Herkunft des Angeklagten überzeugt und hielt es für besonders „verwerflich“, dass er „eigene Rassegenossen“ getötet habe (S. 530 ff.). Dieser letzte Teil des Buches wirft ein sehr bezeichnendes Bild auf das Profil der deutschen Nachkriegsjustiz und ist doch nur eine von vielen Facetten, die durch die Folie der Geschichte der Person Fritz Scherwitz sichtbar werden. Kugler schafft mit ihrer Recherche u.a. einen Zugang zu einem weiteren wesentlichen Kapitel – zu der Alltagsgeschichte des Rigaer Ghettos. Sie versucht, das aufgefundene Quellenmaterial in einem sehr breiten Spektrum zu erfassen und darüber hinaus auch stets im jeweiligen Kontext zu kommentieren. So nutzt sie mit aller gebotenen Vorsicht eine Quelle, die erst seit wenigen Jahren zugänglich ist. Es handelt sich um Verhör-Protokolle und Zeugenaussagen aus den sowjetisch-lettischen NKWD-Prozessen gegen den Holocaustüberlebenden Boris Rudow aus den Jahren 1945 und 1951. Ein herausragendes Dokument, auf das sich die Schilderung der Autorin ebenfalls stützen kann, ist der auf Jiddisch verfasste Bericht des lettisch-jüdischen Intellektuellen im Selbststudium, Abraham Bloch, über das Leben im Ghetto, die Widerstandsbewegung ab 1942, über die Fabrik Lenta und die ersten Tage nach der Befreiung durch die Rote Armee. Eine dritte wesentliche Quelle stellt das über 300 Seiten lange Manuskript von Werner Sauer dar. Er war ein deutscher Jude, der 1942 von Gelsenkirchen

nach Riga deportiert wurde. Gerade Ausschnitte dieser beiden so unterschiedlichen Berichte (die im übrigen jeder für sich eine eigene Quellenedition verdient hätten) kontrastiert die Autorin geschickt, um ein möglichst tiefgreifendes Bild vom Alltag im Ghetto zu zeichnen, was ihr in beeindruckender Weise gelingt.

Jahrzehntelang standen nur wenige Aspekte von Erinnerungen an Ghettozeiten, die in vielen osteuropäischen Städten durchlebt und durchlitten wurden, im Vordergrund. Nur ein Bruchteil von Memoiren war entweder zugänglich bzw. wurde wahrgenommen. Das beruht auf diversen Faktoren. Zum einen beruhte die mangelnde Erinnerung auf der Tabuisierung jüdischer Geschichte in den damaligen sozialistischen Ländern bzw. deren Umwidmung in allgemeine „antifaschistische“ Geschichtsschreibung. Zum anderen waren viele Dokumente und Akten der Kriegs- und Nachkriegszeit weder für In- noch Ausländer zugänglich und drittens sorgten Juden (wie auch andere Opfergruppen des NS-Regimes) selbst häufig dafür, dass bestimmte Bilder, die auch häufig Ghetto- und Lagerzeit kennzeichneten, wie z.B. die des jüdischen Kollaborateurs, nicht zu stark in Umlauf gerieten.

Inzwischen sind in vielen der ehemaligen Ostblockstaaten die Aktenkonvolute zum größten Teil nicht nur zugänglich, sondern bereits gesichtet worden und die Aufgeregtheit über spektakuläre Inhalte hat sich längst gelegt. Die Historiker können ihrer Arbeit nachgehen und Quellenrecherche betreiben. Außerdem lassen sich fast alle ehemaligen Schauplätze mittlerweile problemlos bereisen. Diese Tatsache ist ein Detail, das bei der Rekonstruktion von Geschichte nicht unterschätzt werden sollte. Auch wenn der heutige Zustand eines Handlungsortes im fertigen Produkt des Historikers kaum Raum einnimmt, stellt die Konfrontation mit dem *Genius loci* häufig ein wesentliches Moment des Schreibprozesses dar und hat als interne Rückversicherung eine nicht zu unterschätzende Funktion.

Einige Verfasser von Erinnerungen, die Kugler aufgefunden hat, leben heute nicht mehr. Andere Zeitzeugen im hohen Alter, die die Autorin aufgesucht hat, revidieren ihre in den ersten Nachkriegsjahren fixierten Sichtweisen aus der Langzeitperspektive. Dabei wird auch bisweilen deutlich, unter welchen politischen und emotionalen Umständen sie damals ihre Aussagen trafen. Die mündliche Erinnerung an den durchlebten Holocaust dünnt aus, und in wenigen Jahren wird der Leser nur noch aus schriftlichen Quellen erfahren, welche Grausamkeiten sich in diesen Jahren des 20. Jahrhunderts zugetragen haben. Genau inmitten dieser Wandlung vom „kommunikativen“

zum „kulturellen Gedächtnis“ (Aleida Assmann)¹ an den Holocaust hat Kugler ihre Untersuchung präsentiert. So stellen sich dem Leser in der Konfrontation mit den vielfältigen Quellen und Zeitzeugen zahlreiche weitergehende Fragen: Wie werden die Erinnerungen an die Ghettozeit, die doch zunächst immer individuelle Erinnerungen waren, zu allgemein verbindlichen? Wie gehen die Zeitzeugen und Interessenten an der Geschichte heute mit diesen Erinnerungen um? Nutzen sie sie zur Aufarbeitung der Vergangenheit? Dienen sie zur Relativierung des eigenen Standpunktes? Was soll die Gesellschaft 60 Jahre nach den Ereignissen der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft in Lettland im Andenken bewahren und welche Erinnerungen sollen weitergegeben werden? Alle diese Probleme betreffen nicht nur die vorliegende Rekonstruktion der Ereignisse im Lager Lenta, sie sind für die Mehrzahl der Lager- und Ghattogeschichten der osteuropäischen Territorien relevant, in denen die Erinnerung bis in die 80er Jahre aus politischen Gründen nur bruchstückhaft war.²

Abschließend sei wiederholt, dass die Geschichte der Person Fritz Scherwitz einzig die Folie für weitere historische Fakten darstellt sowie den gerade stattfindenden Prozess der Umwidmung von Erinnerung, der von der Autorin hier nachgezeichnet wird. Wer das Buch einzig nach der dünnen Faktenlage zur tatsächlichen Herkunft des Haupthelden bewertet (so Hans-Jürgen Döscher, „Dünner als Seidenpapier“ in der FAZ),³ wird dem Wert der umfangreichen und tiefgründigen Recherche nicht gerecht.

Ruth Leiserowitz, Berlin

¹ Erinnerungsräume. Formen und Wandel des kulturellen Gedächtnisses. München 1999.

² Mit diesen Problemen setzt sich u.a. auch die folgende Dissertation auseinander, verteidigt im Juli 2006 an der Universität Potsdam: Anna Lipphardt, *Vilne, yidishlekh fartrakht ... Kulturelle Erinnerung, Trauma, Migration. Die transnationale Vilne Community in Vilnius, New York und Tel Aviv, 1944 bis zur Gegenwart.*

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.1.2005, Nr. 21, S. 7.

Jüdische Kultur(en) im Neuen Europa: Wilna 1918–1939, hrsg. v. Marina Dmitrieva u. Heidemarie Petersen. Wiesbaden: Harrassowitz 2004, VI, 214 S., Abbildungen (Jüdische Kultur. Studien zur Geistesgeschichte, Religion und Literatur. 13).

Im sorgfältig herausgegebenen Buch werden Konstruktionsmodi einer jüdischen Stadt thematisiert, die als das *Jerusalem des Ostens* galt: Wilna (Vilne, Vilnius, Wilno). Der Band erschien anlässlich des 80. Jahrestages der Gründung des YIVO (Yidishn Visnshaftlechn Institut/Jüdische Wissenschaftliche Institut) in Wilna und zugleich in Erinnerung an den 60. Todestag des Historikers Simon Dubnow, der als der geistige Vater dieses Institutes gilt. Der Sammelband stellt ein Ergebnis eines Workshops dar, der Ende 2002 am Simon-Dubnow Institut in Leipzig von den damaligen Mitarbeiterinnen des Leipziger Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V. (GWZO) durchgeführt worden ist.

Die beiden Organisatorinnen des Workshops und zugleich Herausgeberinnen des Buches, Martina Dmitrieva und Heidemarie Petersen, waren am GWZO im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Visuelle und historische Kulturen Ostmitteleuropas im Prozess staatlicher und gesellschaftlicher Modernisierung seit 1918“ tätig. Die Veranstaltung und der aus ihr hervorgegangene Band bilden ein gutes Beispiel der von Michael Brenner¹ im Jahr 2002 beschriebenen wissenschaftlichen Praxis, die für einen Paradigmenwechsel innerhalb der Jüdischen Studien steht, weg von der Geschichte des Zionismus und des Staates Israel hin zur Geschichte der Judenheiten der Diaspora. Mit ihrer Sprachkompetenz, hervorragender Kenntnis der Problematik der Mehrheitsbevölkerungen und dank der multidisziplinären und multiperspektivischen Ansätze konnten die HerausgeberInnen eine gelungene Studie vorlegen.

Wie der Beitrag von Anna Veronika Wendland ausführt, war „der breite Blick“ von den Herausgeberinnen beabsichtigt. Sie wollten auf diese Weise kritisch mit der Monoperspektivität mancher Forschungsinstitutionen abrechnen, die sich den eng verstandenen Jüdischen Studien verschrieben. Die VerfasserInnen bleiben hinsichtlich der innerjüdischen Milieuwahl den älteren Forschungsansätzen treu, denn

¹ Michael Brenner, Von einer jüdischen Geschichte zu vielen jüdischen Geschichten, in: Jüdische Geschichtsschreibung heute: Themen, Positionen, Kontroversen, hrsg. v. dems. u. David N. Meyer. München 2002, S. 17–35, hier insbes. S. 21 ff.

sie beschäftigen sich mit den säkularisierten, politisierten und modernisierungswilligen Juden, die seit Jahrzehnten die bevorzugten Objekte der historischen Studien gewesen waren. Die Tatsache, dass die AutorInnen einer jüngeren Generation angehören und (relativ) unbefangen sind, trug dazu bei, dass ihre Vorgehensweise gleichsam distanziert und kritisch erfrischend wirkt.

Der Band beginnt mit einer Einführung der Herausgeberinnen, in der sie die Hinterfragung des Topos Wilna deklarieren, dem sie sich durch eine Analyse unterschiedlicher Aspekte jüdischer Identitätskonstruktionen nähern möchten, denn: „Ähnlich wie das bukowinische Czernowitz diente Wilna als Projektionsfläche (ost)jüdischer Identitätskonstruktionen, die die Wirklichkeit der Stadt und ihrer Bewohner nur partiell reflektieren“ (S. 2). Wilna lag 1918 an der Peripherie der europäischen Großregion, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs durch die Gründungen von Nationalstaaten neu strukturiert wurde. Man nutzte die vorhandenen künstlerischen, literarischen und wissenschaftlichen Mittel, um nationsbildende Prozesse in Gang zu setzen und Neuschaffungen zu legitimieren. Ein Sonderfall dieser Entwicklung entstand dadurch, dass die Juden in diesem Teil Europas eine transterritoriale, autochthone Bevölkerungsgruppe auf einem ethnisch gemischten Territorium bildeten und deswegen im Unterschied zu anderen Ethnien dieses Gebiets weder über ein „angestammtes“ Territorium noch über eine „Kernsprache“ verfügten. Dies musste die Konstruktionsprozesse beeinflussen und ihnen möglicherweise zusätzliche Schärfe verleihen.

Der erste Beitrag stammt aus der Feder der litauischen Jüdin Esfir Bramson-Alperniene, die die Geschichte der YIVO-Bibliothek und des Instituts-Archivs, ihre wundersame Rettung und ihre Wiederinstandsetzung schildert. Da Bramson eine der wenigen noch lebenden Zeitzeugen ist, ist ihrem Bericht ein besonderer Wert beizumessen. Mit wenigen nüchternen Worten gelingt es ihr, den Verlust und die Musealisierung einer noch bis vor kurzem lebendigen Kultur wiederzugeben.

Dem breiteren „ethnisch-nationalen“ Kontext widmen sich Beiträge des gleichnamigen Abschnitts „Kontexte“. Da Wilna eine multinationale Stadt war, wurde sie gleichwohl von mehreren „nationalen Konstrukturen“ für ihre Legitimationsprozesse beansprucht. Dies führte dazu, dass unterschiedliche Stadtvisionen nebeneinander existierten, ohne dass sie notwendigerweise von den „Anderen“ zu Kenntnis genommen wurden. So stellt Hans-Christian Trepte das Wilna des großen polnischen Poeten und Schriftstellers Czesław Miłosz vor, an

das sich dieser als eine multiethnische Stadt erinnert, die im Mythos der föderalistischen Konzeption der Jagiellonen-Dynastie wurzelt.

Dennoch konkurrierten die unterschiedlichen „nationalen“ Visionen einer Stadt miteinander, was Anna Veronika Wendland am Beispiel des Prozesses der „kognitiven Landkartenzeichnung“ von den Wilnaer Bevölkerungsgruppen anschaulich belegt. Wendland wirft die Frage auf, ob man nicht angesichts der offensichtlichen, innerstädtischen Segregation die Vision einer gemeinsamen Stadt aufgeben und von unterschiedlichen Städten innerhalb eines politisch-rechtlichen Gebildes sprechen sollte. Sie fragt nach den Tendenzen, die dieser Segregation entgegengewirkt haben könnten, und nennt als eine Möglichkeit die vormodernen Traditionen des städtischen Landespatritismus („Hiesigkeit“) und die urbanen Modernisierungsprozesse. Sie spricht sich für eine Forschung aus, die die städtische Segregation, aber auch einen „Brückenbau“ zwischen den durch unterschiedliche Stadtbevölkerungsgruppen bedingenden Prozessen, Akteuren und Agenturen thematisieren sollte.

Im Beitrag von Katrin Steffen wird die Auseinandersetzung um einen Denkmalsentwurf des polnischen und zionistischen „Erinnerungsortes“ von Adam Mickiewicz angesprochen, ein Beispiel für die Nationalisierung der Diskussion über den künstlerischen Traditionalismus und Modernismus. Der Antimodernismus wurde in diesem Streit nationalistisch-rassistisch begründet und der Modernismus seinerseits in Zusammenhang mit dem Judensein gebracht. Verschärfend wirkte sich auf diese Zuordnung die Abstammung des Autors eines der Entwürfe aus, der ein konvertierter Jude war. Steffens Artikel leitet zu Begrifflichkeiten über, die für alle AutorInnen des Bandes von zentraler Bedeutung sind und auf Gegensatzpaaren basieren: altertümlich – fortschrittlich, Tradition – Modernität, alt – jung und passiv – aktiv sind hier nur als Beispiele zu nennen, die gleichzeitig die Diskrepanz zwischen Topos und Realität visualisieren. Wie für alle Konstruktionen dieser Art, darunter auch für weitere *Jerusalems* dieser Region, ist auch für das jüdische Wilna diese Diskrepanz besonders charakteristisch.

Die Verfasser der Beiträge im Abschnitt „Ideologeme“ begreifen Wilna als das Zentrum eines imaginären und zu konstruierenden Jiddisch-Landes, das sich auf dem Territorium der Zweiten Polnischen Republik, Litauens und der Ukraine erstreckte. Untersucht wird der Prozess einer Konstruktion, die von Anfang an nicht verstaatlicht werden sollte und deswegen als höchste kulturell-historische oder spirituelle Form des Nationsdaseins angesehen werden konnte (Simon

Dubnow). Die säkulare jiddische Kultur sollte die Rolle der Religion übernehmen und ein Bindemittel der modernen, laizistischen jüdischen Nation werden. Die soziale Not sollte durch das Erlösungsversprechen des sozialistischen Bundes gelindert werden. Die jiddischistischen Juden in Wilna wurden kraft dieser Imagination zu einer mustergültigen *vorgestellten Gesellschaft*, die ihre Sprache, Geschichte, Kunst und Literatur neu entwarf, um ihre eigene Existenz, Besonderheit und Mission zu legitimieren. YIVO sollte dabei eine besondere Rolle spielen: „Durch die Gründung des YIVO wurde Wilna zu einem Zentrum der jiddischistischen Utopie vom socio-engineering des neuen Juden“ (Marina Dmitrieva, S. 71). Die Trägersäulen des Jiddisch-Landes waren die Sprache und ihre Multiplikatoren (Buch und Presse), Bildende Künste und die Wissenschaft (hier Historiografie). Diese Phänomene wurden dem Konstruktions- und Purifikationseifer der Verfechter des so verstandenen Jiddischismus im besonderen Maße ausgesetzt.

Während Gennady Estrach die Konstruktionen eines jüdischen Territoriums, der neuen jiddischen politischen Kultur und die Prozesse der sprachlichen Purifikation verfolgt und dabei die Entwicklungen in der Ukraine zum Vergleich heranzieht, widmet sich der Beitrag von Justin D. Cammy der jiddischen Wochenzeitschrift für Kultur „Yung-Vilne“ und dem dazugehörigen Milieu, das sich dem radikalen Modernismus verschrieben hatte. Auch hier wird die Diskrepanz zwischen Tradition und Modernität nachdrücklich thematisiert. Die Gruppe um „Yung-Vilne“ selber sah sich als eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft und drückte dieses Selbstverständnis in den publizierten Texten und Bildern aus, wodurch die Zeitschrift stark propagandistische Züge erhielt.

Susanne Marten-Finnis untersucht die jiddische Presse in Wilna, um die Aussage über die zentrale Rolle dieser Stadt für den jüdischen Journalismus und seine neuen Standards zu überprüfen. Unterstreicht man die erzieherischen Qualitäten des Journalismus, bestätigt ihr Beitrag die ältere These Ezra Mendelsohns, der eine breite ideologische Streuung, einen ephemeren Charakter und eine Kurzlebigkeit der politischen jüdischen Initiativen dieser Region feststellte. Marten-Finnis findet die Aussagen von der großen Bedeutung Wilnas für den jiddischen Journalismus unbestätigt oder zumindest übertrieben. Die selbstauferlegte Mission der Erziehung des jüdischen Lesers und des modernen, kompetenten Journalisten sei nicht in Erfüllung gegangen.

Im Teil „Imaginationen“ werden Visionen der Stadt analysiert. Je nach Anliegen wurde Wilna entweder als ein nostalgisches „Museum

der Vergangenheit“ oder aber als ein Ort dargestellt, der die Zukunft vorbereitet. In letzterem Sinne unterstrich man die schöpferischen Potenziale der Stadt als einen Ort, an dem moderne Kunst konzeptualisiert und produziert wurde. Manche Künstler versuchten ihrer Stadt die Bedeutung einer Brücke zwischen der Vergangenheit und der Zukunft zu geben. Deren sinnstiftende Strategien untersucht Marina Dmitrieva, indem sie das fotografische Schaubuch von Moshe Vorobeichics (später Moshe Raviv) analysiert. Vorobeichics stellte in seinen Fotocollagen die Motive des altertümlichen Wilna und seiner jüdischen Einwohner, des jüdischen Lebens in seiner traditionellen Gestalt, auf eine so ungewöhnlich innovative Art zusammen, dass die Diskrepanz besonders deutlich wurde. In einem seiner späteren Projekte wurden die Fotos von Wilna und Paris kontrastiv gebraucht. Dmitrieva fand und sichtete den Nachlass des Künstlers und setzt sich mit den damaligen kritischen Stimmen und anderen Projekten auseinander, die Wilna als eine Vision funktionalisierten.

Mit der Visualisierung Wilnas und mit der beabsichtigten Botschaft beschäftigt sich Anne Lipphardt, die das „New Yorker Vilne zamelbukh“ von 1935 untersucht. Die Erstellung von *zamlbikher* wurde in Rahmen der so genannten *zamlerbavegung* von Simon Dubnow initiiert und später vom YIVO fortgesetzt. Sie sollten eine Basis der noch zu schreibenden Geschichte des jüdischen Volkes bilden, die als *history from below* konzipiert wurde. Im *zamelbukh* wurden diejenigen Orte abgebildet, die für das säkularisierte jüdische Stadtmilieu von Bedeutung waren. Zusätzlich kamen die jüdischen Altertümer dazu, wodurch das Buch die Diskrepanz „traditionell – modern“ gut verbildlichte. Laut Lipphardt wurde Wilna durch „menschenlose“ Gestaltung der modernen Stadtbilder allerdings als eine passive Stadt abgebildet, denn Aktivität wurde nur den Juden der Neuen Welt, also den New Yorker Wilna-Juden zugeschrieben. Da diese beiden Welten jedoch zusammengehörten und so wahrgenommen wurden, optiert die Autorin für die Anerkennung der Existenz einer gemeinsamen „transatlantischen jiddischen Kultursphäre“ (S. 95).

Mit dem Begriff „Historisierung“ haben die Herausgeberinnen den letzten Teil des Bandes überschrieben. Hier geht es um ein neues jüdisches Geschichtsverständnis, das nun von Historikern herausgearbeitet, in schriftliche Form gebracht und „den Juden“ beigebracht werden müsse. Die gemeinsame Erinnerung, der Prozess des gemeinsamen Erinnerns können dem Aufbau eines kollektiven Bewusstseins dienen. So werde auf der Basis eines Geschichtsbewusstseins die jüdische nationale Idee entstehen können, wie Anke Hilbrenner

in ihrem Beitrag die Worte von Simon Dubnow zitiert. Sie zeichnet den Wandel der „kulturellen Imagination“ des großen Historikers, der sein Interesse von dem „russischen Juden“, der im Rahmen eines Vielvölkerreichs sein autonomes nationales Leben führte, hin zum „Ostjuden“ verschob, der in den Nationalstaaten als Mitglied einer Minderheit marginalisiert und unterdrückt wurde. „In dieser neuen Ära [nach dem Ersten Weltkrieg; H. K.] wurde Dubnows Idee der ‚russischen Juden‘ als Hegemoniezentrum der Weltjudentum von einem positiv verstandenen Begriff des ‚Weltjudentums‘ verdrängt, das ganz selbstverständlich Loyalitäten über die einzelnen Nationalstaaten hinaus zu dem als Nation verstandenen jüdischen Volk empfindet“ (S. 155). Der Ort, von dem aus seine Ideen dissimiliert werden sollten, wurde mit der Gründung der „Historischen Sektion“ des YIVO in Wilna festgelegt. Hilbrenner beweist, dass diese Initiative fehlschlug, denn die „Historische Sektion“ wurde von den führenden jüdischen Warschauer Historikern nicht angenommen. Erfolg hatte dagegen die von Dubnow initiierte *zamln*-Aktion, bei der Materialien zur Geschichte und Kultur der Juden im östlichen Europa nach Wilna gebracht und hier wissenschaftlich bearbeitet wurden.

Die von Hilbrenner aufgeführten Aspekte werden in den beiden darauffolgenden Beiträgen genauer untersucht. Die Artikel widmen sich den Abgrenzungen innerhalb der „jüdischen“ Historiografie in Ostmitteleuropa und auch den Kontroversen zwischen der ostmitteleuropäischen jüdischen Historiografie und der deutschen „Wissenschaft vom Judentum“.

Heidemarie Petersen untersucht die Entstehungsgeschichte und die Programmatik der „Historischen Sektion“ des YIVO, die unter der Schirmherrschaft von Simon Dubnow im Jahr 1925 in Berlin entstanden war. Sie nennt als einen der Gründungsimpulse der Historischen Sektion „die Abgrenzung vom deutsch-jüdischen Modell der Historiographie, wie es sich in den Schriften Heinrich Graetz' und seiner Nachfolger fand“ (S. 169), und untersucht die Evolution dieses Gegensatzes, wobei sie sich selbst einer historiografischen Praxis widmet, die sich vom Programm gänzlich unterscheidet. Petersen beschäftigt sich mit den gescheiterten Versuchen, Wilna zum Zentrum der jüdischen wissenschaftlichen Geschichtsschreibung zu machen. Dabei lenkt sie ihren Blick auf das Milieu der polnisch-jüdischen Historiker, analysiert ihre universitären Bindungen, ihre Beweggründe und ihr Selbstverständnis. Maria Dold macht im letzten Beitrag des Bandes einen der Vertreter dieses Milieus, Mejer Bałaban, zum Helden. Sie analysiert die Etappen der Karriere Bałabans in Bezug auf Bildung und So-

zialisierung und vergleicht seine *vita* mit der anderer polnisch-jüdischer Historiker. Besonderes Gewicht schreibt sie der Gründung des „Instituts für Judaistische Wissenschaften“ in Warschau zu. Hier sollte „eine Synthese zwischen jüdischer und allgemein-menschlicher Kultur, und darüber hinaus zwischen den Idealen des jüdischen Volkes und den Bedürfnissen des polnischen Staates“ geschaffen werden (S. 191), wobei man sich eher mit den Zielen der Kulturzionisten als denjenigen der Jiddischisten identifizierte. Dolds Konklusion fasst die vorgestellten Forschungsergebnisse folgendermaßen zusammen: „Das von Schorr und Bałaban geleitete Institut hatte bei aller Abgrenzung gegen die ‚west-jüdischen‘ Ideen seine Vorbilder in der Wissenschaft des Judentums und versuchte, deren Ideale von Wissenschaftlichkeit umzusetzen. Das zeitgleich gegründete YIVO war demgegenüber ein neuer Entwurf. Der Hauptunterschied lag in der Bindung des YIVO ans Jiddische, das im Warschauer Institut keinerlei Berücksichtigung fand. Bekanntlich bedeutete diese Bindung noch sehr viel mehr als die Wahl einer Sprache; sie kam einem ideologischen Bekenntnis gleich“ (S. 197).

Der Band ist sehr interessant und lohnenswert zu lesen. Das jüdische Wilna wird dem Leser facettenreich näher gebracht, die Charakteristika der „jiddistischen“ Stadt werden aus vielen Perspektiven beleuchtet. Dabei finden die einzelnen Themenbereiche im Buch unterschiedliche Gewichtung. Während kulturwissenschaftliche Beiträge, die sich mit dem Jiddischismus und mit seiner Verortung innerhalb der jüdischen wissenschaftlichen Tradition beschäftigen, ein fortgeschrittenes Stadium der Forschungen belegen, stehen die kontextualisierenden Beiträge noch vollkommen am Anfang. Wahrscheinlich hat dies u.a. damit zu tun, dass der Band auf eine einzige Stadt fokussiert, denn der interkulturelle und territorial begrenzte Vergleich wird zwar postuliert, aber angesichts der fehlenden Vorarbeiten nur angedeutet oder gar fallengelassen. Deswegen wurde bedauerlicherweise kein Versuch unternommen, die Wilnaer Abläufe in einen breiteren reformorientierten und avantgardistischen Kontext zu stellen. Insofern zeigt der Band die Richtung künftiger Untersuchungen auf.

Das Buch bietet mehr als ein gewöhnlicher Sammelband, denn die Autoren nehmen Kenntnis von den Texten ihrer Koautoren und ihre Beiträge beziehen sich – insbesondere im letzten Abschnitt „Historisierung“ – aufeinander. Es folgt ein Dokumentenanhang mit einem von Nokem Shtif entworfenen „Memorandum für ein jiddisches akademisches Institut“ (1925). Autorenverzeichnis, Personenregister und Abbildungsverzeichnis schließen die Publikation ab.

Hanna Kozińska-Witt, Leipzig

Torsten Lorenz, Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg. Berlin: BWV Berliner Wissenschaftsverlag 2005, 441 S. (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas. 10).

Die deutsch-polnischen Beziehungen in den preußischen Ostprovinzen wurden lange fast ausschließlich aus der Perspektive der preußisch-deutschen „Polenpolitik“ wahrgenommen. Im Mittelpunkt dieses Paradigmas standen die preußische Verwaltung und ihr Einwirken auf die polnischen Eliten in Großpolen/Posen, Westpreußen, Oberschlesien und Ostpreußen. Die deutsche Bevölkerung geriet dabei, ebenso wie die Mehrheit der polnischen Einwohner dieser deutsch-slawischen Kontaktzone, aus dem Blickfeld der Forschung. Erst neuere Arbeiten zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte versuchen durch die Einbindung lokaler und regionaler Perspektiven der komplexen ethnischen und kulturellen Situation zwischen Oder und Memel gerecht zu werden.

Diesem Ansatz ist auch die bei Helga Schultz in Frankfurt/Oder entstandene Dissertation von Torsten Lorenz verpflichtet. Lorenz untersucht den Kreis und die Kreisstadt Birnbaum/Międzychód im äußersten Westen Großpolens, die sich durch wechselnde staatliche Zugehörigkeiten, aber auch durch einen mehrfachen Wandel in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung als Untersuchungsobjekt anbietet. Entscheidend für die Wahl Birnbaums dürfte aber die auf lokaler Ebene außerordentlich gute Quellenüberlieferung sein, die im Gegensatz zu vergleichbaren Städten mit kriegsbedingten Archivverlusten viele Fragestellungen erst möglich macht.

Was unterscheidet Lorenz' Arbeit von anderen Lokalstudien, die ebenfalls das Mit-, Neben- und Gegeneinander von Deutschen und Polen thematisieren?¹ Im Gegensatz zu primär kulturgeschichtlichen Herangehensweisen untersucht Lorenz die Nationsbildung im Kontext des wirtschaftlichen und sozialen Wandels vor dem Hintergrund der Modernisierungsprozesse des 19. und 20. Jahrhunderts. Skepsis äußert Lorenz gegenüber der oral history, deren Ergebnissen er eine nicht selten „romantisierende“ Sicht der Vergangenheit unterstellt.

¹ Zu nennen ist vor allem Mathias Niendorf, *Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Sępólno Krajeńskie) 1900–1939*. Wiesbaden 1997 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 6).

Auch wenn dieser Befund sicher diskussionswürdig ist, so gelingt es ihm doch, die methodenbedingte Fixiertheit vieler Studien auf das 20. Jahrhundert zu überwinden und in einem großen Bogen von der frühen Neuzeit bis zum Zweiten Weltkrieg langfristige Strukturen und Prozesse herauszuarbeiten.

Mit einem Rückblick auf die Entwicklung Birnbaums in der frühen Neuzeit zeigt Lorenz, wie die Stadt durch Migrationsprozesse zu einer „deutsch-protestantischen Insel“ in polnisch-katholischer Umgebung wurde. Den Beginn des deutsch-polnischen Konflikts datiert er auf die Zeit des Novemberaufstands 1830/31. Von traditionellen Wertungen weicht Lorenz bei der Charakterisierung des umstrittenen Posener Oberpräsidenten Eduard von Flottwell ab. In ihm sieht Lorenz nicht einen frühen Vertreter des deutschen Nationalismus, sondern einen Protagonisten etatistisch-anationaler Politik im Zeichen der Spätaufklärung.

Während der Revolution von 1848/49 spitzte sich der deutsch-polnische Konflikt zu und blieb bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs für die interethnischen Beziehungen in Birnbaum bestimmend. Die Juden verließen nach 1848 die Stadt in großer Zahl und fielen damit als gesellschaftlicher und politischer Akteur aus. Lorenz analysiert die nationale Polarisierung und die Vereinsbildung von Polen und Deutschen. Etwas blass bleibt mangels lokaler Quellen die Darstellung der politischen und nationalen Positionen auf deutscher Seite. Hier hätte beispielsweise die Auswertung der Provinzialberichterstattung in der Posener Presse zu einem differenzierteren Bild beitragen können.

Die Gründung des Kaiserreichs 1871 etablierte auch auf lokaler Ebene den Staat als neuen Akteur neben Deutschen und Polen. Reichsgründung, Kulturkampf und die Politik der Assimilation von Nichtdeutschen förderten die Fundamentalpolitisierung der Bevölkerung. Während sich bei den Deutschen Birnbaums radikalnationalistische und antisemitische Strömungen bemerkbar machten, überlagerten bei den Polen nationale Abgrenzungsmuster die traditionellen konfessionellen Trennlinien. Lorenz' lokaler Forschungsansatz trägt besonders dann Früchte, wenn er zeigt, wie etwa in Genossenschaften und Vereinen ungeachtet des Vordringens von Staat und Nation traditionelle Sozialstrukturen bewahrt werden konnten, die Raum für deutsch-polnische Kontakte ließen. Die wirtschaftliche Vernunft, so Lorenz, verhinderte eine zu weitgehende und damit geschäftsschädigende Segregation der Nationen.

1919 erfasste der großpolnische Aufstand auch große Teile des Kreises Birnbaum, der darauf Polen zugesprochen wurde. Detailliert be-

schreibt Lorenz die erzwungene Abwanderung derjenigen, die für Deutschland optiert hatten, sowie die Bemühungen der polnischen Behörden, den ökonomischen Einfluss der verbliebenen Deutschen zu reduzieren. Die „wirtschaftsnationale Ordnung“ wurde jedoch immer wieder durch wirtschaftlichen Pragmatismus konterkariert. Die deutsche Minderheit reagierte auf die assimilatorische Sprach- und Kulturpolitik mit Selbstabgrenzung. Mit dem Auftreten der Jungdeutschen Partei stießen in den 30er Jahren nationalsozialistische Vorstellungen rasch auf Akzeptanz.

Die deutsche Okkupation beendete 1939 die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen – zunächst durch die Vertreibung von Birnbaumer Polen in das Generalgouvernement, ab 1945 dann durch Flucht und Vertreibung der Deutschen. Zu bedauern ist, dass gerade dieser für die Beziehungsgeschichte zentrale Zeitabschnitt in Lorenz' Studie nur als knapper Epilog behandelt wird. Hier macht sich der Verzicht auf oral history negativ bemerkbar.

Der Staat, so Lorenz' zentrale These, zerstört durch Modernisierung und Nationalisierung lokale, übernationale Gemeinschaften. Nationen entstehen demnach nicht durch Differenzierungsprozesse in ethnischen Mischgebieten der Peripherie, sondern infolge politischer und sozialer Mobilisierung, die von den Zentren ausgeht. Diese These in einer materialreichen und gründlichen, aber dennoch gut lesbaren Studie untermauert zu haben, ist Lorenz' Verdienst. Als sinnvoll erweist es sich, Erklärungspotenziale der Wirtschaftsgeschichte für die Nationalismusforschung zu nutzen und durch alltags- bzw. sozialgeschichtliche Zugriffe zu ergänzen. Zu dieser Studie kann man dem Autor gratulieren.

Christian Pletzing, Lübeck

Stefan Rohdewald, „Vom Polocker Venedig“. Kollektives Handeln sozialer Gruppen einer Stadt zwischen Ost- und Mitteleuropa (Mittelalter, frühe Neuzeit, 19. Jh. bis 1914). Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005, 588 S., 11 Tafeln.

„Vom Polocker Venedig“ ist zuallererst ein seltenes und ein mutiges Buch. Stefan Rohdewald hat das Wagnis auf sich genommen, die politische, ökonomische, kulturelle und religiöse Entwicklung der weiß-

russischen Stadt Polock am Übergang zwischen Ost- und Mitteleuropa Epochen übergreifend zu analysieren. Seine Arbeit reicht von den Anfängen der Stadt in der Kiewer Rus' über die Zugehörigkeit zum Großfürstentum Litauen vom frühen 14. bis ins späte 18. Jahrhundert, die wachsende Integration ins Russländische Reich im langen 19. Jahrhundert bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs. Die Untersuchung der drei großen Perioden ist in Quellenkenntnis, Umfang und Intensität der Analyse ungewöhnlich ausgewogen. Sie stützt sich auf eine beeindruckende Bibliografie aus altrussischen Chroniken und Urkunden, polnischen, weißrussischen, russischen und US-amerikanischen Archivalien sowie Selbstzeugnissen, Presseauschnitten und Forschungsliteratur. Gelungen ist das große Unterfangen vor allem dank eines anspruchsvollen, klar formulierten methodischen Zugangs.

Rohdewald siedelt seine Untersuchung in der neueren Kulturgeschichte an. Zurückgreifend auf zahlreiche kommunikationstheoretische Arbeiten versteht er Sozial- und Institutionengeschichte als Kommunikationsgeschichte. Makrohistorisch betrachtet, rückt die Stadt Polock aufgrund ihrer geschichtsräumlichen Lage am Übergang zwischen dem lateinisch geprägten Ostmitteleuropa und dem ostlawisch-orthodoxen Osteuropa ins Blickfeld. Automatisch drängt sich die Frage nach Stadt- und Bürgerbegriff und der Teilhabe an der städtischen Gesellschaft auf. Das multikonfessionelle Polock, das über die Jahrhunderte Griechisch-Orthodoxe, Katholiken, Unierte, Juden, Altgläubige und Eingläubige miteinander bewohnten, wird zum lokalhistorischen Prüfstein der üblicherweise an der Konfessionszugehörigkeit festgemachten Abgrenzung europäischer Geschichtsräume. Dieser Frage geht der Autor auf der Ebene der städtischen Institutionen – definiert als Mesohistorie – nach. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem kollektiven Handeln der einzelnen Trägergruppen in der *longue durée*, sei es unter sozialem, rechtlichem oder ethnokonfessionellem Aspekt.

Im Mittelpunkt steht die Stadt als Ganzes, das Interesse der einzelnen Akteure an ihrem Gedeihen. Rohdewald konzentriert sich auf Handlungs- und Sprachfelder und erhebt daher eine systematische Analyse der Quellsprache zur Methode. Aus Worten, Begriffen, Namen, Symbolen und Metaphern leitet er Kommunikationsräume und Handlungszusammenhänge ab. Analog erforscht er auf mikrohistorischer Ebene die stadträumliche Entwicklung als ein öffentliches Aushandeln von politischem und kulturellem Einfluss, das Abhalten von Prozessionen als Wettkampf der Religionsgemeinschaften in der Konstruktion von sakralem Raum.

Eine optimale Verbindung von mikro- und makrohistorischem Ansatz ergibt sich aus der Analyse der Polocker Machtverhältnisse in den einzelnen Epochen: Den jeweiligen rechtlichen Status der verschiedenen Kategorien von Bürgern und Einwohnern, des Adels, der Geistlichkeit und der Landesherrschaft sowie ihre Bedeutung für die Lenkung der städtischen Angelegenheiten ergründet Rohdewald im stetigen Vergleich mit den Städten der polnischen Krone sowie mittel-europäischen Städten einerseits und russischen Städten andererseits. Im Ergebnis kann Polock keineswegs durchgängig dem einen oder anderen Stadtypus zugeordnet werden.

Im ersten Kapitel umreißt der Autor die Frühphase der Stadt vom 10. bis ins späte 14. Jahrhundert. Schon im 10. Jahrhundert trat Polock als Herrschafts- und Handelsstützpunkt der Waräger hervor, seit dem 12. Jahrhundert als Fürsten- und Bischofssitz, der nach Kiew und Novgorod den dritten Rang in der Rus' einnahm. An der Peripherie der beiden Kirchenmächte Byzanz und Rom gelegen und eingebunden in regem Handel mit Polen, Skandinavien und dem 1201 gegründeten Riga, entwickelte sich das Polocker Land zur Mischregion von lateinischem und griechisch-orthodoxem Christentum.

Wie schon der Titel des Buches ankündigt, widmet sich der Autor vor allem der Untersuchung der städtischen Machtkonstellationen, vergleichend mit ebenso bekannten wie idealisierten Stadtrepubliken. Weit mehr als das ferne Venedig dienen ihm Novgorod und Pskov als Folie. Gestützt auf das Narrativ früher Chroniken und Urkunden erhebt Rohdewald nicht den Anspruch, Realität zu dokumentieren; mehr liegt ihm an der Rekonstruktion von Wahrnehmungen und Handlungszusammenhängen.

In der sozialen Schichtung der Stadt ragten zunächst der ortsansässige Fürst und seine Gefolgschaft heraus, die durch das Erheben von Abgaben und Diensten, die Koordination des Handels und das Abhalten von Gerichtssitzungen ihren Anspruch auf Herrschaft über die übrige Stadtbevölkerung der Kaufleute, Handwerker und einfachen Leute zum Ausdruck brachten. In der Frühphase der Stadtgeschichte lassen sich keine korporativen Stände ausmachen. So beruhte die Gefolgschaft der Bojaren auf einem kündbaren Eid und nicht auf einem genealogischen Adelsverständnis. Seit dem frühen 12. Jahrhundert erhob auch die „Gemeinheit“, die breite Stadtbevölkerung, Anspruch auf Teilhabe an der Lenkung der städtischen Belange. Nach dem Vorbild Novgorods fungierte die Versammlung der Bürger, der *Veče*, in fürstlichen Herrschaftskrisen als Institution des Ausgleichs und als okkasionelle Öffentlichkeit. Eine besondere Stellung hatten in Polock

Bischof und Geistlichkeit inne, die bis zum Ende des 12. Jahrhunderts dem Kiewer Metropoliten unterstanden. Zahlreiche Klöster, umfangreicher Grundbesitz und eine eigene, sich teilweise auf die Burgstädter erstreckende Gerichtsbarkeit machten sie auch langfristig zu einer bedeutenden städtischen Macht.

Als einen auffälligen Einschnitt in der Stadtgeschichte betrachtet Rohdewald die Aufnahme intensiver Handelsbeziehungen mit dem jungen Riga im frühen 13. Jahrhundert. Durch eine *Pax perpetua* zwischen dem griechisch-orthodoxen Polocker Fürsten und dem lateinischen Bischofssitz erlangten Rigaer Kaufleute Handelsfreiheit in Polock und entsprechend Polocker Kaufleute in Riga. Sie fielen unter ein lateinisch geprägtes Handelsrecht, das sich nach 1229 zu einer Eigengerichtsbarkeit der Kaufleute in Polock entwickelte und den Kern des entstehenden Stadtrechts bildete. Indessen nahmen die Vertragspartner mit dem Kreuzkuss eine Rechtstradition der Rus' als symbolische Handlung in die Zeremonie auf. Diese einzigartige Kommunikationsform im Kontakt zwischen lateinisch und orthodox geprägten Städten deutet Rohdewald als Ursprung der zunehmenden Verschriftlichung in der Polocker Stadtpolitik, die auch das Rechtsverhältnis zwischen Fürst und Stadtbevölkerung nachhaltig bestimmen sollte. Unterbrochen wurde diese Entwicklung durch die Integration der Stadt in das Großfürstentum Litauen und die Beseitigung des Polocker Teilfürstensitzes im späten 14. Jahrhundert.

Im zweiten Kapitel verfolgt der Autor das zunehmende Hineinwachsen der Polocker Region in den polnisch-litauischen und damit in den überregionalen Kommunikationszusammenhang Ostmitteleuropas unter der Herrschaft der Jagiellonen seit 1385. Mit der Einsetzung eines großfürstlichen Statthalters anstelle des Polocker Teilfürsten ging eine vollständige Umorientierung des Gefolgschaftsadels einher, der durch den Eid auf den Großfürsten gleich dem polnischen Adel Standesprivilegien erhielt. Seit 1434 erstreckten sich diese auch auf griechisch-orthodoxe Adlige. In der Folge entstanden im Polocker Land Adelsgeschlechter mit rechtlichen und fiskalischen Immunitäten und umfangreichem Grundbesitz, der sich trotz des Widerstands der Bürger auch auf den städtischen Raum erstreckte. Weder in Besitz noch Rechtsprechung erfolgte eine klare Trennung zwischen Stadt und Land nach mitteleuropäischem Muster, so dass die Kompetenzen von Bürgerschaft, Adel, Geistlichkeit und den Statthaltern des Großfürsten immer wieder zum Gegenstand von Aushandlungsprozessen wurden und Parallelstrukturen die Regel waren.

An dieser Situation änderte auch die Verleihung des Magdebur-

ger Rechts durch den Großfürsten im Jahr 1498 wenig. Zu diesem Zeitpunkt lebte nur ein Viertel der Bevölkerung auf bürgerlichem Grund. Zwar erhielt Polock im Interesse des Landesausbaus nun eine Selbstverwaltung und eigene städtische Gerichtsbarkeit nach Magdeburger und Wilnaer Vorbild, doch war das Privileg kaum mehr als ein Wirklichkeitsentwurf. Die Bewidmung ging im Gegensatz zu anderen Städten Ostmitteleuropas nicht mit der Neugründung der Stadt oder einer einschneidenden städtebaulichen Umgestaltung einher. So wurden adlige und geistliche Immunitäten in der Stadt gewahrt, der rechtliche Status ihrer Hintersassen blieb umstritten, und das Magistratsgericht der neuen Rechtsstadt konkurrierte auch langfristig mit dem Burggericht des großfürstlichen Wojewoden. Selbst in der Domäne des Handels vermochte die Bürgerschaft eigenständiges Wirtschaften des Adels und der Geistlichkeit nicht zu unterbinden. Rohdewald spricht daher lediglich von einer Teilautonomie der Rechtsstadt. Ungeachtet dieser Erschwernisse beobachtet er Polocks rasches Anwachsen zu einer überdurchschnittlich großen Mittelstadt im Hinterland Rigas.

In der Analyse der städtischen Machtkonstellationen richtet der Autor besonderes Augenmerk auf die Verselbstständigung des bürgerlichen Handlungsfeldes. Zum einen verweist er auf die Umsetzung der unter dem großfürstlichen Statthalter gesammelten politischen Erfahrung, zum anderen auf die Anlehnung an Terminologie und Rechtspraxis mitteleuropäischer Städte und des polnischen Reichstages. Die Vogtei, das wichtigste Amt im Geltungsbereich des Magdeburger Rechts und gleichzeitig das Bindeglied zum Großfürsten, hatten nicht Bürger, sondern Vertreter der einflussreichsten Adelsgeschlechter der Region inne. Seit den 1530er Jahren agierte der Vogt in Personalunion mit dem Wojewoden, ohne in der Stadt präsent zu sein. Seine Befugnisse übernahm der so genannte Lehnsvogt. Stets von einem Mitglied der Kaufmannselite gestellt, doch vom Großfürsten ernannt, tagte er als Richter mit den beiden Bürgermeistern im Rathaus. Diese wiederum wählten mit dem Vogt die Ratsleute. Der konfessionellen Situation in der Stadt Rechnung tragend, wurden die städtischen Ämter in Kontinuität zu den Ältestenversammlungen paritätisch mit Katholiken und Griechisch-Orthodoxen besetzt. Erst nachdem Polock 1563 vorübergehend an das Moskauer Reich fiel, verschob sich das Verhältnis zugunsten der Griechisch-Orthodoxen. Mit der Rückeroberung in den polnisch-litauischen Herrschaftsverband 1579 wurde die Stadt indessen von den östlichsten Ausläufern der Gegenreformation erfasst und griechisch-orthodoxe Bürger von öffentlichen Ämtern nach und nach ausgeschlossen.

Im dritten Kapitel untersucht Rohdewald die relativ späte Entwicklung der Stadt zu einer multiethnischen und multikonfessionellen Gemeinschaft in der polnisch-litauischen Adelsrepublik. Vor allem die zahlreiche Zuwanderung von Juden nach 1580 stuft er als typisch für Städte mit schwachem Bürgertum ein. Im Gegensatz zu polnischen Städten vermochten die christlichen Bürger nicht zu verhindern, dass Juden Grundbesitz und damit de facto ein eingeschränktes Bürgerrecht erwarben. Auch waren abgesonderte jüdische Wohngebiete zu ihrer Marginalisierung nicht durchsetzbar. Seit 1639 bestand in Polock eine eigenständige, kleine jüdische Gemeinde, die auf Grundlage ihrer Religionszugehörigkeit von den städtischen Instanzen als Stand *sui generis* betrachtet wurde. Obwohl sie sich an der Abgabe der Stadt für das Magdeburger Recht an den König beteiligte, blieb sie von der Kommunalpolitik der Rechtsstadt ausgeschlossen und gründete ihre eigenen Institutionen, an deren Spitze der Kahal, die oligarchische Gemeindeverwaltung, stand. Die Gerichtsbarkeit über die jüdische Bevölkerung, die bis 1765 auf 20 bis 30% der gesamten Einwohnerschaft bzw. 800 Personen anwuchs, war auch langfristig weder dem jüdischen Gericht, noch dem Magistratsgericht, noch dem Wojewodengericht eindeutig zuzuordnen. Über die Interaktion zwischen jüdischem Kahal und christlichem Magistrat erfährt man leider wenig.

Zwei weitere einschneidende Ereignisse hebt Rohdewald in der Polocker Geschichte seit dem späten 16. Jahrhundert hervor: zum einen die Niederlassung des Jesuitenordens 1582, zum andern die kirchliche Union von Brest 1596. Beide trugen maßgeblich zur Integration der Stadt in den römisch-katholisch bestimmten Kommunikationskreis bei. Der Verfasser beschäftigt sich insbesondere mit Formen religiöser Auseinandersetzung und Koexistenz und eruiert transkonfessionelle Handlungsfelder. Vom erneuten Verlust der Stadt an das Moskauer Reich 1654 bis zu ihrer Rückeroberung im Jahr 1667 beobachtet er die kontinuierliche Kooperation der Konfessionen in der Stadtverwaltung. Erst danach kam es zu einem Wettstreit der einzelnen Glaubensgemeinschaften um den öffentlichen Raum, der sich – angeführt von den Katholiken – im Zelebrieren von Prozessionen in eine zwischenkonfessionelle Öffentlichkeit verwandelte. Die Angehörigen der Unierten Kirche vollzogen eine defensive Institutionalisierung, indem sie katholische Organisationsmuster und Kulte adaptierten. Im Unterschied zu einschlägigen Studien zur Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa spricht Rohdewald im Polocker Fall lediglich von einer dezentralen und pluralistischen Konfessionalisierung, die sich

in der Verflechtung von Religion und Kommunalpolitik äußerte. So mussten die Griechisch-Orthodoxen in Polock neben der Verdrängung aus städtischen Ämtern den Verlust sämtlicher Kirchenbauten hinnehmen.

Die wachsende konfessionelle Abgrenzung – ob in städtischen Gremien oder religiösen Bruderschaften – gelang es allein in der Verwaltung der städtischen Finanzen und in der Findung pragmatischer Lösungen im Sinne des Stadtfriedens zu überwinden. So wurde die Rechtsstadt neben ihrer Beeinträchtigung durch die Landesmacht, diverse Immunitäten und den Sonderstatus der jüdischen Gemeinde durch die ausbleibende konfessionelle Vereinheitlichung der christlichen Stadtgesellschaft weiter geschwächt und war in ihrer internen Kommunikation funktional begrenzt. Der Autor stuft die Polocker Entwicklung daher als Mittelweg zwischen der autonomen Rechtsstadt Mitteleuropas und der städtischen Untertanengemeinde des Moskauer Reiches ein.

Das vierte Kapitel ist der stadtgeschichtlichen Ära im Herrschaftsverband des Russländischen Imperiums von der ersten Teilung Polen-Litauens im Jahr 1772 bis 1914 gewidmet, die das Absinken Polocks zur Kreisstadt an der Peripherie des Reiches mit sich brachte. Trotz der Anbindung an das Eisenbahnnetz im Jahr 1850 wuchs die Stadtbevölkerung angesichts einer nur schwach ausgeprägten Industrialisierung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1910 relativ langsam von ca. 5 000 auf gut 30 000 Einwohner. Die auffälligste demografische Veränderung war das Anwachsen der nun in Mitnagdim und Chassidim gespaltenen jüdischen Bevölkerung zur absoluten Mehrheit. Um 1850 machte sie 65% und 1897 – trotz der verstärkten transatlantischen Auswanderung – gar 80% aller Einwohner aus. Die Bevölkerungsgruppe lebte überwiegend von Handel und Handwerk. Durch die Stadtreform Katharinas II. im Jahr 1785 wurde sie im Sinne der Städteförderung erstmals an der städtischen Selbstverwaltung beteiligt und damit zum neuen kommunalen Akteur erhoben. Ungeachtet des Widerstandes von Teilen der christlichen Bevölkerung und der daraus resultierenden Einschränkungen im Hinblick auf die Zahl jüdischer Repräsentanten und die Besetzung der höchsten Ämter hatte diese Regelung bis zur restaurativen Städteordnung von 1892 Bestand.

Rohdewald charakterisiert das Engagement aller Religionsgemeinschaften in der städtischen Selbstverwaltung in Polock und generell in den 1772 annektierten weißrussischen Gebieten als wesentlich größer als in Zentralrussland. Die Ursache findet er im langfristigen Nachwirken des kommunalen Handlungsfeldes aus polnisch-litauischer

Zeit. Zum wiederholten Male oszilliert Polock zwischen ostslawischer und ostmitteleuropäischer Tradition. Unter den Eliten fast aller Religionsgemeinschaften – insbesondere unter der jüdischen – lassen sich auffällige Kontinuitäten zur frühen Neuzeit nachzeichnen. Eine Ausnahme bildete die griechisch-orthodoxe Minderheit, die aufgrund ihrer anhaltenden Diskriminierung seit dem frühen 17. Jahrhundert keine alte Elite vorweisen konnte. Ihren schnellen Aufstieg unter der Zarenherrschaft verdankte die griechisch-orthodoxe Bevölkerung allein staatlicher Unterstützung und der effektiven Konstruktion einer orthodoxen Erinnerungskultur, etwa durch die Gründung der Nikolaj- und Evrosinija-Bruderschaft 1867 und die Überführung der Gebeine der Heiligen Efrosinija aus Kiew 1910.

Die forcierte Förderung der Orthodoxie ging auf Kosten der katholischen und unierten Eliten. Schon 1820 war der Jesuitenorden der Stadt verwiesen und 1839 die unierte Konfession aufgelöst worden. Infolge der Beteiligung an der polnischen Aufständen wurde auch der Polocker Adel geschwächt. Ungeachtet dessen blieb Polock eine multikonfessionelle Stadt, in der neben den bekannten Gruppen nun auch Altgläubige und Eingläubige eine Nische fanden. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden konfessionelle Zugehörigkeiten zunehmend in die Konstruktion nationaler Identitäten integriert, doch basierte die Kommunalpolitik weiterhin auf pragmatischer Kooperation. Selbst nach dem Ausschluss der Juden von städtischen Ämtern durch die in Polock nur verhalten umgesetzte Städteordnung von 1892 konnte das kontinuierliche Mitwirken der jüdischen Elite bei der Lenkung der städtischen Belange zumindest durch informelle Praktiken und auf der Ebene des multikonfessionellen Vereinslebens gewährleistet werden. Eine neue Situation entstand 1905, als die jüdische Bevölkerung in Form einer revolutionären Massendemonstration politische Rechte einforderte und damit in der Stadt erstmals die Beherrschung des öffentlichen Raums beanspruchte. Angesichts des entfachten Wettstreits von politischen Demonstrationen, religiösen Prozessionen und antijüdischen Pogromen konnte der Stadtfrieden bis 1914 nur noch oberflächlich gewahrt werden.

Zusammenfassend konstatiert Rohdewald in Polock eine stetige Differenz zwischen der Religion des Stadtherren und der jeweils größten Bevölkerungsgruppe und – damit einhergehend – eine relative Gewaltlosigkeit zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften. Mikro- und Makrohistorie miteinander verknüpfend, kommt er zu der neuen Erkenntnis, dass die gleichzeitige Einbindung einer Stadt in den lateinisch geprägten Geschichts- und Kommunikationsraum Ost-

mitteleuropa und die griechisch-orthodoxe ostslawische Welt möglich war. Im Gegensatz zu älteren Untersuchungen, die europäische Geschichtsräume anhand von Konfessionszugehörigkeiten starr definiert haben, verweist Rohdewald auf die Verschiebung der Schwerpunkte im Laufe der Jahrhunderte und auf das pragmatische Überschreiten ethnokonfessioneller Grenzen.

„Vom Polocker Venedig“ ist ein aufwändig recherchiertes und scharfsinnig analysierendes Buch. Auch wenn die zahlreichen Zitate und manches Detail in Ereignissen, Namen und Zahlen zunächst ermüden mögen, so kommt gerade diese Genauigkeit der souveränen Verbindung von Mikro- und Makrohistorie zugute. Stefan Rohdewald ist es gelungen, nicht allein die Kommunikationspraxis zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften in Polock zu rekonstruieren, sondern auch die Kommunikation zwischen den einzelnen Epochen der Stadtgeschichte zu erhellen.

Yvonne Kleinmann, Jerusalem

Janina Gesche, Aus zweierlei Perspektiven... Zur Rezeption der „Danziger Trilogie“ von Günter Grass in Polen und Schweden in den Jahren 1958–1990. Stockholm: Almqvist & Wiksell International 2003, 312 S. (Acta Universitatis Stockholmiensis. Stockholmer Germanische Forschungen. 61).

Das vorliegende Buch von Janina Gesche, geschrieben, verteidigt und veröffentlicht an der Universität Stockholm, ist eine Dissertationschrift, in der an erster Stelle die Probleme der Rezeption sowie deren Grundbedingungen und Voraussetzungen behandelt werden. Hauptgegenstand der Arbeit ist die polnische und schwedische Aufnahme von drei wichtigen Werken Günter Grass': „Die Blechtrommel“, „Katz und Maus“ und „Hundejahre“, die oft von Literaturwissenschaftlern als „Danziger Trilogie“ bezeichnet werden. Die Monografie ist eine komparatistische Untersuchung: Die Autorin analysiert den Verlauf des Rezeptionsprozesses in zwei unterschiedlichen Kulturen und Literaturen.

Es ist kein Zufall, dass die Autorin Polen und Schweden zum Untersuchungsgegenstand gewählt hat. Polen als Nachbarland Deutschlands war an den tragischen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges un-

mittelbar beteiligt. Nach dem Krieg wurde Polen ein kommunistischer Staat, in dem Literatur von Seiten des Regimes als Domäne der Macht betrachtet und als Erziehungsmittel eingesetzt wurde und in dem auch die Übersetzungspolitik zum großen Teil der aktuellen politischen Einschätzung untergeordnet war. Demzufolge war in Polen die Einstellung gegenüber der deutschen Literatur sowohl von der ideologisch-politischen Situation in Europa als auch von den deutsch-polnischen Beziehungen abhängig. Schweden dagegen ist ein Land, das aus der politischen und geografischen Distanz die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges beobachtet hat und auch nach dem Krieg seine Neutralität bewahren konnte. Die schwedische Einstellung gegenüber der deutschen Problematik wurde also nicht von politischen Faktoren, sondern hauptsächlich von kulturellen Voraussetzungen beeinflusst. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die früher starke kulturelle Bindung Schwedens an Deutschland schwächer. Heute wiederum lässt sich eine wachsende Beeinflussung der schwedischen Kultur und Literatur von der angelsächsischen feststellen. In dieser Situation verlieren die deutsche Literatur und auch die deutsche Sprache immer mehr ihre Verankerung im literarischen und kulturellen Leben in Schweden.

Angesichts der in beiden Ländern verschiedenartigen kulturellen und politisch-ideologischen Voraussetzungen ist die Wahl des Dissertationsthemas – Rezeption der „Danziger Trilogie“ von Günter Grass in Polen und Schweden – ein interessanter Ausgangspunkt. Um die polnischen und schwedischen Rezeptionen der Werke von Grass darzustellen, war Gesche gezwungen, gewisse Auswahlkriterien des analysierten Materials einzuführen. Erstens setzte sie sich einen Zeitrahmen – die Jahre 1958–1990, also unmittelbar vor dem Erscheinen der „Blechtrommel“ in Deutschland (1959) (einige Kapitel in der polnischen Übersetzung wurden jedoch bereits 1958 in polnischen Zeitschriften veröffentlicht) bis zum Fall des Kommunismus in Mitteleuropa und der Wiedervereinigung Deutschlands. Zweitens untersuchte die Autorin nicht die Rezeption des Gesamtwerkes des Schriftstellers, sondern nur der so genannten „Danziger Trilogie“, also des Romans „Die Blechtrommel“ (1959), der Novelle „Katz und Maus“ (1961) und des Romans „Hundejahre“ (1963). Drittens begrenzte sie ihre Studie auf nur eine Art der Aufnahme, nämlich die reproduzierende Rezeption (Rezeption durch die Literaturkritik), also auf Rezensionen, Zeitungsartikel und in der Presse veröffentlichte Interviews mit dem Schriftsteller. Gesche untersuchte nicht die passive Rezeption (Rezeption durch den Leser), die wiederum eine andere

Vorgehensweise als die in der Dissertation angewandte verlangt. Aus demselben Grund wurde von Gesche die Rezeption durch andere Medien wie Film, Radio- und Fernsehprogramme nicht mit einbezogen. Dagegen erklärt sie bereits in der Einleitung zu ihrer Arbeit, dass die Person des Autors sowohl im polnischen als auch im schwedischen Rezeptionsprozess eine bedeutende Rolle einnehme, seine Lebensgeschichte, politischen Einsichten und seine Äußerungen in der Presse. Dementsprechend wurde in der Monografie auf den Lebenslauf des Schriftstellers als einen entscheidenden Faktor für die Aufnahme seiner Werke in Polen und Schweden hingewiesen.

Gesche definiert die wichtigste Aufgabe ihrer Arbeit präzise und eindeutig in der Einleitung: „Es ist nicht das Ziel dieser Arbeit, eine vollständige Wirkungsgeschichte der ‚Danziger Trilogie‘ von Günter Grass in beiden Ländern zu rekonstruieren, sondern der Schwerpunkt liegt auf den Fragen *wann, wie und warum so und nicht anders* die ‚Danziger Trilogie‘ von schwedischen und polnischen Kritikern gelesen wurde“ (S. 3). Mit so formulierten Ausgangspunkten entstand schließlich ein Buch von über 300 Seiten, das aus folgenden Hauptteilen besteht: „Einleitung“, „Rahmenbedingungen der Rezeption deutschsprachiger Literatur in Polen und Schweden 1945–1990“, „Die ‚Danziger Trilogie‘ in der polnischen Presse“, „Die ‚Danziger Trilogie‘ in der schwedischen Presse“, „Zusammenfassung und Bibliographie“. Darüber hinaus fügte die Autorin der Monografie zusätzliche Informationen bei, wie z.B. ein Verzeichnis der polnischen und schwedischen Zeitungen und Zeitschriften, eine kommentierte Liste der Rezensentennamen, deren Kritiken der Analyse zu Grunde liegen. Dem Buch wurde auch ein zweisprachiges Register der in der „Danziger Trilogie“ erwähnten Ortsnamen beigelegt. Eben diese Liste ist von wesentlicher Bedeutung, weil infolge von Grenzverschiebungen die geografischen Namen in Danzig und Umgebung mehrfachen Veränderungen unterlagen.

Das analysierte Material zum Thema der „Danziger Trilogie“ schließt Kritikeraussagen, Rezensionen und Interviews ein, die in Bezug auf Polen in überregionalen kulturpolitischen Wochen- und Monatszeitschriften wie „Polityka“ (Plt), „Życie Literackie“ (ŻL), „Literatura na Świecie“ (LitŚ), „Kultura“ (Kl), „Przegląd Humanistyczny“ (PrzH) und auch in einigen regionalen Zeitschriften wie z.B. „Poglądy“ (Pgl), „Dziennik Bałtycki“ (DzB) usw. erschienen. Die schwedische Rezeption analysiert die Autorin anhand der literarischen Zeitschrift „Bonniers Litterära Magasin“ (BLM), angesehener schwedischer Tageszeitungen wie „Svenska Dagbladet“ (SvD), „Dagens Ny-

heter“ (DN), „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ (GHT), der regionalen Zeitungen „Sydsvenska Dagbladet“ (SDS), „Uppsala Nya Tidning“ (UTN) und der Boulevardpresse, die als Abendzeitungen erscheinenden „Aftonbladet“ (AB) und „Expressen“ (Expr). Diese scheinbar unterschiedlichen Auswahlkriterien sind, was man hervorheben sollte, jedoch richtig und gerechtfertigt. Sie ergeben sich aus den unterschiedlichen Strukturen und Traditionen der literarischen Kritik in den gegenübergestellten Kulturen und Ländern. Während in Polen in den Jahren 1958–1990 der literarischen Kritik fast kein Platz in der Tagespresse eingeräumt wurde, enthielten in Schweden die Tageszeitungen „Dagens Nyheter“ und „Svenska Dagbladet“ einen umfangreichen Kultur- und Literaturteil, in dem regelmäßig die Neuerscheinungen der einheimischen und ausländischen Literatur, sowohl der Schönen und Fachliteratur als auch der Kinderliteratur, besprochen wurden. Dem kulturellen Leben wurde auch in der in Schweden gern gelesenen Boulevardpresse viel Aufmerksamkeit geschenkt. Somit kann gegen das in der Dissertation bestimmte *tertium comparationis* kein Einspruch erhoben werden. Im Gegenteil: Es beweist, dass Gesche sich mit der Struktur der polnischen und schwedischen Literaturkritik gut auskennt.

Die methodischen Ansätze, die in schwedischen Abhandlungen eine wesentliche Rolle spielen, sind bereits in den ersten Kapiteln definiert worden. Bei den methodischen Voraussetzungen beruft sich Gesche vor allem auf die Arbeiten des Rezeptionsforschers Hans Robert Jauss, hauptsächlich auf seine Aussagen zu dem „Erwartungshorizont des Lesers“. In den ausgewählten Rezensionen sucht die Autorin nach so genannten thematischen Komponenten, die für die literaturkritischen Texte beider Länder repräsentativ erscheinen. Danach werden die Motive oder „Komponenten“ in einem breiteren politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext untersucht. Bevor jedoch die Analyse der Rezeption der „Danziger Trilogie“ unternommen wird, werden in dem Kapitel „Rahmenbedingungen der Rezeption deutschsprachiger Literatur in Polen und Schweden 1945–1990“ die allgemeinen Strategien der Rezeption deutscher Literatur präsentiert. Diese Darstellung der allgemeinen Bedingungen der Vermittlung und Aufnahme der deutschsprachigen Literatur in beiden Ländern bildet eine durchaus notwendige und wesentliche Einführung zu den weiteren analytischen Kapiteln der Arbeit. Bei der Beschreibung der Rezeption der deutschen Literatur in Polen betont Gesche vor allem ihren emotionalen und stark ideologisch-politisch geprägten Charakter sowie ihre Abhängigkeit von so genannten politischen „Stimmungsba-

rometern'. Nicht ohne Grund schrieb Stefan H. Kaszyński im Jahr 1998: „Die Rezeption der westdeutschen Literatur ist zugleich ein Barometer und ein Instrument: auf dem Barometer kann man die polnische Wetterlage ablesen, mit dem Instrument das kollektive Bewusstsein zielgerecht beeinflussen.“¹ Bei der Darstellung der Aufnahme deutscher Literatur in Schweden weist die Autorin auf ihre von der politischen Färbung freie Art hin.

In dem Kapitel „Rahmenbedingungen der Rezeption deutschsprachiger Literatur in Polen und Schweden 1945–1990“ weist Gesche ausgezeichnete Kenntnisse der polnischen, deutschen und schwedischen Quellen zu Günter Grass nach. Die Dissertation hätte jedoch in einem noch höheren Grad die Neugier eines aufmerksamen Lesers und das Interesse eines Forschers wecken können, hätte sich die Autorin noch deutlicher von den früheren Untersuchungen zur polnischen Rezeption der deutschen Literatur distanziert und hätte sie den unterschiedlichen Ansatzpunkt und die Methode ihrer eigener Verfahrensweise (im Kontrast zu einigen Quellen, wie z.B. Günter Grass w krytyce polskiej, hrsg. v. Norbert Honsza u. Jerzy Łukosz, Wrocław 1988, Martin Sander, Der andere Blick – Deutsche Schriftsteller aus polnischer Sicht (1945–1985), Saarbrücken 1989 oder Günter Grass im Ausland. Texte, Daten, Bilder zur Rezeption, hrsg. v. Volker Neuhaus u. Daniela Hermes, Frankfurt/Main 1990) hervorgehoben. Eine weniger starke Betonung dieser Problematik ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass eine ohnedies umfangreiche Monografie der Autorin keine ausführlichere Auseinandersetzung mit den früheren Quellen zur Rezeption der Werke von Günter Grass erlaubte. Möglicherweise war dabei auch der methodische Ansatz ein Hindernis. Die Vorgehensweise, die bei der Untersuchung der polnischen und schwedischen literaturkritischen Texte zur „Danziger Trilogie“ angewandt wurde, konnte nicht in unveränderter Form auf die Analyse der Literaturrezeption im Allgemeinen übertragen werden.

Der Darstellung der Rezeption deutscher Literatur in Polen und Schweden folgen die Hauptkapitel des analytischen Teiles der Arbeit: „Die ‚Danziger Trilogie‘ in der polnischen Presse und Die ‚Danziger Trilogie‘ in der schwedischen Presse“, in denen die Autorin die in der Einleitung gestellten Fragen zu beantworten versucht: *wann, wie und warum so und nicht anders* die Bücher von Günter Grass

¹ Stefan H. Kaszyński, Barometer und Instrument. Literatur der Bundesrepublik in Polen, in: Die Rezeption der polnischen Literatur im deutschsprachigen Raum und die der deutschsprachigen in Polen 1945–1985, hrsg. v. Heinz Kneip u. Hubert Orłowski. Darmstadt 1998, S. 335–354.

von der Literaturkritik interpretiert wurden. In Schweden gab üblicherweise die erste Rezension eines deutschen Originals den Anstoß zur Entstehung einer schwedischen Übersetzung des Werkes. Diese wiederum war der Ausgangspunkt von weiteren Rezensionen nach der Veröffentlichung der schwedischen Vorlage. In Polen dagegen erschienen die Rezensionen der Werke von Günter Grass erst nach der Herausgabe der polnischen Übersetzungen. Eine Ausnahme in dieser Hinsicht ist „Die Blechtrommel“, das in Polen meist diskutierte deutsche Buch der Nachkriegszeit. Mit großer Sachkenntnis schildert Gesche das Schicksal dieses Romans in Polen, der aus politischen Gründen und wegen der Vorbehalte der Zensur erst im Jahr 1983 offiziell in der polnischen Übersetzung erscheinen durfte. Der Roman wurde jedoch früher im Untergrundverlag NOWA veröffentlicht. Einige Kapitel des Werkes wurden bereits in den 60er Jahren in Zeitschriften veröffentlicht. Daraufhin wurde der Roman von Grass dem polnischen Leser bekannt. So gab „Die Blechtrommel“, ein Buch, das offiziell noch nicht herausgegeben wurde, Anlass zu einer heftigen Diskussion, in der die Hauptfragen den Stoff kaum berührten, sondern sich auf außerliterarische Probleme konzentrierten: *Wer ist der Schriftsteller – ein Freund oder ein Feind Polens?* und *Wie verlief die Verteidigung der Polnischen Post in Danzig wirklich?*

Der komplizierten Geschichte der schwedischen Übersetzung der „Blechtrommel“ schenkt Gesche viel Aufmerksamkeit. Das Buch von Günter Grass erschien in Schweden zwar relativ schnell, schon 1961, aber die Übersetzung wies Mängel auf und enthielt Kürzungen und Auslassungen. Aus diesem Grund wurde 1964 eine revidierte Übersetzung auf den Markt gebracht, die dem Originaltext deutlich näher steht.

Als ein besonderes Merkmal der schwedischen Rezeption der Werke von Grass hebt Gesche die weitgehende Übereinstimmung der schwedischen Kritiker in ihren Aussagen hervor, während die polnischen Rezensenten nicht nur unterschiedliche Meinungen und Urteile äußern, sondern auch miteinander polemisieren, wie z.B. im Fall der „Blechtrommel“. Dies mag einerseits auf eine größere Dynamik der polnischen Kritik hindeuten, andererseits jedoch betrafen die diskutierten Probleme nicht unmittelbar das Werk, sondern vielmehr politische und gesellschaftliche Themen. Somit wurde die „Danziger Trilogie“ in den politischen Diskurs in Polen eingebracht, was das Augenmerk der literarischen Kritik und auch zum Teil des Lesers auf die politischen, also außerliterarischen Probleme richtete und das literarische Werk von Günter Grass und seine ästhetischen Werte zum großen Teil außerhalb des Interesses ließ.

Anhand des untersuchten Materials stellt Gesche gewisse Unterschiede in der Zahl der polnischen und schwedischen Rezensionen zu einzelnen Teilen der „Danziger Trilogie“ fest. Quantitativ überwiegen polnische Rezensionen zur „Blechtrommel“ – 69, in Schweden dagegen nur 26. Anders ist es in Bezug auf die beiden anderen Teile der Trilogie: „Katz und Maus“ und „Hundejahre“ bekamen in Schweden viele Kritiken, in Polen wiederum erschienen nur wenige Rezensionen.

Die Frage nach dem Rezeptionsverlauf, *Warum so und nicht anders*, versucht Gesche anhand der sich vor allem in den literaturkritischen Texten wiederholenden Motive und thematischen „Komponenten“ zu beantworten. So sind es hinsichtlich der „Blechtrommel“ in der polnischen Rezeption: die Person des Schriftstellers, der Hauptheld des Romans Oskar Matzerath, Danzig als Handlungsort, Kriegsereignisse (hauptsächlich die Verteidigung der Polnischen Post in Danzig) und (erst nach 1980) auch kaschubische Motive. In Schweden wird die Hauptaufmerksamkeit der Kritiker auf folgende Elemente gerichtet: die Vorstellung des Schriftstellers und seines Schaffens, die Darstellung des Inhalts und Aufbaus der Werke mit Berücksichtigung der Hauptereignisse und -gestalten, das Bild Danzigs und seiner Umgebung als Motiv, die literarischen Werte des Werkes und die Beurteilung der schwedischen Übersetzung. Wie daraus hervorgeht, spielen die polnischen und kaschubischen Motive bei der Präsentation der Bücher von Günter Grass in Schweden keine wesentliche Rolle, eine Ausnahme ist hier das Thema Danzig als Handlungsort, dem die Rezensenten Aufmerksamkeit schenken. Die Kriegsproblematik und die Szenen der Verteidigung der Polnischen Post wurden in den schwedischen Rezensionen überhaupt nicht erwähnt und interpretiert.

Die von Gesche durchgeführte Analyse der Literaturkritik in beiden Ländern beweist nicht nur zwei unterschiedliche Rezeptionsweisen der „Danziger Trilogie“, sondern auch zwei unterschiedliche Modelle der Literaturkritik: das polnische Modell – eine außergewöhnlich dynamische und nicht selten sehr emotionale Kritik – war stark politisch und ideologisch beeinflusst. In den Rezensionen, die in der Regel später publiziert wurden als die schwedischen Kritiken, fand man weiterhin eine Kriegsproblematik, die die künstlerischen und literarischen Werte der Bücher von Grass in den Hintergrund stellte. In Schweden wiederum äußerte sich die Kritik überaus sparsam zum Thema Zweiter Weltkrieg und hob stattdessen die literarisch-ästhetischen Werte der drei Bücher des deutschen Schriftstellers hervor. Diese zwei Aufnahmeweisen deuten auf die Tatsache hin, dass in der

polnischen Literaturkritik in den Jahren 1958–1990 die außerliterarischen Elemente eine besonders wichtige Rolle spielten.

Die unterschiedlichen Aufnahmeweisen der Werke von Günter Grass gestatten den Rezensenten und Lesern mehrere Interpretationsmöglichkeiten der „Danziger Trilogie“: eine literarische, die den Beitrag des Schriftstellers für die europäische Literatur betont, und eine nicht nur literarische, sondern vielmehr auf der Kulturebene angesiedelte Aufnahmeweise, in der die Werke des deutschen Schriftstellers aus der heimischen, polnischen, durch den Krieg beeinflussten Sichtweise gesehen und interpretiert werden. Dabei haben die in den Büchern vorhandenen Kriegsschilderungen starke Reaktionen der Rezensenten hervorgerufen, vor allem bei einigen grotesken oder satirischen Szenen, wie z.B. die Verteidigung der Polnischen Post in Danzig. Diese unterschiedlichen Lesarten der „Danziger Trilogie“ deuten auf eine Polyphonie der Werke von Günter Grass hin, die verschiedene Aufnahme- und Interpretationsmöglichkeiten der Prosatexte anbietet, abhängig von Erwartungen, Erfahrungen und kulturellen Voraussetzungen der jeweiligen Leser.

Das Buch der schwedischen Germanistin Gesche „Aus zweierlei Perspektiven...“ stellt verschiedene Rezeptionsweisen der Werke von Günter Grass in Polen und Schweden dar und zeigt gleichzeitig unterschiedliche Traditionen und Modelle der polnischen und schwedischen Literaturkritik bei der Aufnahme der deutschen Literatur. Die Monografie über die Rezeption der „Danziger Trilogie“ ist sowohl ein Beitrag zum allgemeinen Diskurs zum Thema Deutsche Literatur als auch ein Beitrag zu den polnisch-schwedisch-deutschen komparatistischen Studien, die die Aufnahme des Schaffens des deutschen Nobelpreisträgers in einem neuen und breiteren literarischen Kontext präsentieren.

Ewa Teodorowicz-Hellman, Stockholm-Älta/Schweden

Willibald Omankowski/Omansen, Danzig zur Nacht. Gdańsk nocą. Gedichte. Wiersze, ausgew. und hrsg. v. Andrzej Kątny u. Jens Stüben. Wrocław/Dresden: Neisse Verlag 2007, 336 S.

Unter den Trümmern des Krieges sind in den Städten Ostmitteleuropas viele Stimmen verstummt, die einst den historischen Reichtum

lokaler Lebenswelten mit bestimmten. Die Trümmer sind auch heute noch vielerorts zu besichtigen – nicht so sehr im materiellen Bereich, sondern vielmehr in den großen Gefilden der immateriellen Kultur.

Der Danziger Germanist Andrzej Kałny und sein deutscher Kollege Jens Stüben haben einer solchen Stimme mit einer Gedichtedition wieder neues Leben eingehaucht: Willibald Omankowski (1886–1976) gehörte zu jenen Kulturschaffenden, die das Bild von der Stadt Danzig vor 1945 entscheidend beeinflussten. Dieser Lehrer, Theaterkritiker und sozialdemokratische Kommunalpolitiker veröffentlichte zwischen 1912 und 1925 vier Gedichtbände sowie davor und danach zahlreiche einzelne Gedichte und Erzählungen. Besondere Bekanntheit erlangte er in Danzig mit seinem Bändchen *Danzig. Antlitz einer alten Stadt* (1924), in dem er lyrisch seine Vaterstadt erwandert, ihre stillen Orte erkundet.

Kałny und Stüben haben in ihre Gedichtedition nicht nur alle 30 Gedichte aus dem Band *Antlitz einer alten Stadt* aufgenommen, sondern noch 126 weitere Gedichte, zu einem Teil auch unveröffentlichte Werke aus dem Nachlass des Dichters. 28 Gedichte sind von Agnieszka K. Haas, Krzysztof Lipiński und Zdzisław Wawrzyniak ins Polnische übersetzt worden. Ein ausführliches Nachwort von Jens Stüben führt in Leben und Werk des Autors ein, der auch nach dem Krieg, nach Westdeutschland vertrieben, Gedichte schrieb – allerdings für die Schublade (*Töte Heimat*):

*Fiel mir ein Bilderblatt heut in die Hände
„Hansestadt Danzig“, – Heimat am Meer!
Ruhstatt der Seele ... Traumgelände ...
Ach, daß wie einst ich dich wiederfände!
Doch dieses Danzig gibt es nicht mehr.*

Der besondere Wert der sorgfältig edierten Ausgabe liegt darin, dass in ihr ein literarisches sowie auch ein historisches Dokument präsentiert werden: Omankowskis Schaffen ist beispielhaft für die moderne Geschichte einer in den Zwingstock der Nationalismen eingespannten Stadt, zugleich aber in seiner lyrischen Qualität auch einzigartig vor dem Hintergrund der provinziellen Kulturlandschaft Danzigs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Zahlreiche Abbildungen aus Danzig – darunter einige eingeklebte Farbdrucke – illustrieren den Band, dem in Deutschland sowie in Polen und ganz besonders in Danzig weite Verbreitung zu wünschen ist. Letzteres dürfte allerdings durch die Tatsache erschwert werden,

dass er mit Ausnahme der übersetzten Gedichte nur deutschsprachige Texte enthält; auch hätten die im Band verstreuten polnischen Übersetzungen, um sie polnischen Lesern auf einen Blick verdeutlichen zu können, grafisch von den deutschen Originalen abgehoben werden können. So bedarf es vermutlich noch weiterer Vermittlungsleistungen, um Omankowski auch einen Ort im Bewusstsein der heutigen Danziger Gesellschaft zu verschaffen.

Peter Oliver Loew, Darmstadt

Das literarische und kulturelle Erbe von Danzig und Gdańsk, hrsg. v. Andrzej KaŃny. Bern/Frankfurt a.M.: Peter Lang 2004, 215 S. (Danziger Beiträge zur Germanistik. 15).

Die bislang erschienenen Bände der vom Danziger Germanisten Andrzej KaŃny herausgegebenen Reihe „Danziger Beiträge zur Germanistik“ sind überwiegend linguistischen, translatorischen und fremdsprachendidaktischen Themen gewidmet. Eine Ausnahme bildet die 2002 von Wioletta Knütel vorgelegte Studie über die „Verlorene Heimat als literarische Provinz. Stolp und seine pommersche Umgebung in der deutschen Literatur nach 1945“. Eine weitere Ausnahme stellt der angezeigte Band dar, wobei nicht ausgeschlossen ist, dass ihm vergleichbare weitere Bände folgen könnten. Mit dem Erscheinungsort der Reihe wird jedenfalls das Bemühen der polnischen Germanistik sichtbar, auf dem deutschen „Markt“ präsent zu sein, eigentlich präsent zu bleiben, denn ihre enge Tuchfühlung zum deutschen Wissenschaftsbetrieb gehört zu ihrer Tradition.

Ein Jahr nachdem Peter Oliver Loew in seiner große Studie „Danzig und seine Vergangenheit 1793–1997. Die Geschichtskultur einer Stadt zwischen Deutschland und Polen“ (Osnabrück 2003) die Einbindung der Geschichte der Stadt Danzig in die deutschen und polnischen Geschichtsdiskurse am Beispiel der lokalen Geschichtskultur ausführlich behandelt hatte, wird im vorliegenden Sammelband eine Reihe von Studien vorgelegt, aus denen deutlich wird, dass sich die Stadt von keinem der Diskurse vereinnahmen lässt, dass sie aber zugleich für beide besonders wichtig ist und interessante Einsichten bereit hält. Die thematische Anordnung der Beiträge folgt einer umgekehrten Chronologie: beginnend mit der Novelle „Im Krebsgang“

(2002) von Günter Grass bis hin zu den „Neuen Deutschen Gesängen“ (1610) Andreas Hakenbergers. Auch wenn das kulturelle Erbe allgemein angesprochen ist, so steht doch das literarische Erbe in Text und Theater im Mittelpunkt.

Der vorangestellte Beitrag des Warschauer Polonisten Mieczysław Dąbrowski verfolgt die „Polnische(n) Wege auf deutschen Spuren“ und erfüllt gewissermaßen die Funktion einer Einleitung, denn es geht ihm (im Untertitel) um „Die Literatur und die Dialektik der Geschichte“ (S. 7-21). Er wendet sich drei zeitgenössischen Autoren zu, die Danzig und Gdańsk zugleich, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, zugewandt sind: Günter Grass, Paweł Huelle und Stefan Chwin. Die vier herausgehobenen Ebenen des inhaltlichen Vergleichs – Imagologie, Sprache, Religion und Raum – ermöglichen ihm in kurzen Federstrichen darzustellen, wie unterschiedlich die drei Autoren letztlich in Bezug auf den ihnen gemeinsamen Ort zu Werke gehen. Und doch sind im Werk eines jeden von ihnen Kontinuitäten sichtbar, „eine unveränderbare Formel“ (Huelle) (S. 16), die die Stadt dieselbe Stadt sein lässt – allen Katastrophen und Völkerwanderungen zum Trotz.

Gleich vier weitere Beiträge sind Günter Grass gewidmet, wodurch dieser Schriftsteller zum dominanten Helden des Sammelbandes wird. Wulf Segebrecht (Bamberg) untersucht die Novelle „Im Krebsgang“ nach der in ihr selbst gestellten Frage, ob der Mensch dazu fähig sei, „aus der Geschichte zu lernen“ (S. 23-34). Die Komposition der Novelle verfolgt programmatisch die Geschichte des Untergangs der „Wilhelm Gustloff“ in der Erinnerung von drei Generationen: der des überlebenden Opfers Tulla Pokriefke, des letztlich desinteressierten Sohnes Paul und des Enkels Konrad, der nicht „vergessen“ kann und diesem Unrecht mit Nazi-Parolen zu Leibe rücken will. Segebrecht begnügt sich aber nicht mit der Rekonstruktion dessen, welche unterschiedlichen Schlussfolgerungen aus der „Kenntnis der Geschichte“ gezogen werden können. Vielmehr verbindet er seine Einsicht in die verschiedenen Formen des Umgangs mit Geschichte mit der bedenkenswerten Aufforderung, dass „jeder rücksichtslos zunächst die eigene Geschichte komplettiert, bevor er daran geht, die Nachbarn an die Pflicht zur Komplettierung ihrer Geschichte und die Revision beliebter Nachkriegsmythen zu erinnern“ (S. 33). Unter Bezugnahme auf den Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen richtet er ebendiese Aufforderung explizit an Polen und die (damals rot-grüne) Bundesregierung, unter sichtbarer Auslassung der Vertriebenenverbände, die unablässig ihre Nachbarn an ihre Versäumnisse

„erinnerten“. Insofern bleibt der Untertitel des Beitrags von Segebrecht „Aus der Geschichte lernen“ ohne Fragezeichen, doch als Frage offen.

Janina Gesche (Stockholm) befasst sich mit den eklatant unterschiedlichen Interessen in Polen und in Schweden, die für die Rezeption und die Kritik des Werkes von Grass in den beiden Ländern bestimmend waren (S. 35-46). Die unmittelbare Betroffenheit der polnischen Literaturkritik durch die von Grass angesprochenen Orte, Menschen und Themen fokussierten den Blick und blendeten zugleich viele klassische Fragen der Literaturkritik aus. Naturgemäß fehlte der pünktlich auf Übersetzungen reagierenden schwedischen Kritik sowohl die „emotionale Bindung“ als auch gelegentlich die Sachkenntnis der von Grass behandelten Themen (S. 45). Der Beitrag von Janina Gesche basiert auf ihrer 2003 in Stockholm erschienenen Dissertation „Aus zweierlei Perspektiven... Zur Rezeption der Danziger Trilogie von Günter Grass in Polen und Schweden 1958–1990“.

Während Mieczysław Dąbrowski in seinem einleitenden Beitrag Grass unterstellt, dass er „die jüdische Ethnie (...) auf eine Weise, die dem Judentum alles Typische nimmt“, schildert (S. 9), widmet sich Sabine Richter (Bozen) dem „Kaleidoskop des Günter Grass. Jüdische Karikaturen aus der Kaschubei“ (S. 47-53) und kommt zu entgegengesetzten Ergebnissen. Allerdings geht sie von der Prämisse aus, dass „alle seine Figuren (...) Karikaturen“ sind, was die Perspektive auf den Kopf stellt (S. 47). Marcel Reich-Ranicki folgend, kommt sie zu der Erkenntnis, dass Grass Menschen zeigt, „deren Eigenarten für die in jenen Jahren in Osteuropa lebenden Juden typisch sind“ (S. 48). Der Autorin ist aber unter Verweis auf „Die Unfähigkeit zu trauern“ von Alexander und Margarethe Mitscherlich eine bemerkenswerte Interpretation der Figur des Wirts des „Zwiebelkellers“ Schmuß (und „Schmuß heißt ‚leichter Betrug‘“, S. 49) aus der „Blechtrommel“ gelungen, die sich einem erst nach der Lektüre von Grass' Erinnerungsbuch „Beim Häuten der Zwiebel“ (2006) und seinem Bekenntnis zur SS-Vergangenheit völlig neu erschließt. Aus der ironisch erzählten Geschichte von Schmuß lasse sich die Lehre ziehen, schreibt Richter, „dass das Trauern und die Ehrlichkeit dem Nächsten gegenüber ohne Zwiebeln nicht möglich sind“, und dies führt zu der Frage: „Worauf möchte Grass mit dieser – versteckten – Kritik hinweisen?“ (S. 51) Jetzt, nachdem wir die Grass'sche Zwiebel mit gehäutet haben, wissen wir es.

Mit dem Beitrag zur „Grasserotik: das Resümee eines Jahrhunderts und einer Jahrhundertgeschichte“ (S. 55-62) widmet sich Lucyna Wil-

le (Rzeszów) einem Thema, das ausgerechnet die polnische Grass-Forschung, vom gelegentlichen, eher publizistischen Pornografie-Vorwurf abgesehen, wohl am wenigsten interessiert hat. Dabei ist eine „rührende Liebesgeschichte“ gleichsam in Überschneidung mit politischen Zielen die tragende Idee des Romans (S. 60), der die deutsch-polnischen Beziehungen unmittelbar thematisiert („Unkenrufe“, 1992).

Stephan Wolting (Breslau), Autor einer 2003 in Wrocław erschienenen Monografie über das Danziger Theater am Kohlenmarkt zur Zeit der Freien Stadt und in den Jahren des Zweiten Weltkriegs legt im vorliegenden Sammelband eine Art Resümee vor, gebunden an die Frage nach dem spezifischen Charakter des Theaters in dieser Zeit: „Geschäftstheater – Kunsttheater – Startheater – Polittheater?“ (S. 63-77). Die besonderen Ambitionen des Theaters werden deutlich sowohl in der Zeit der Freien Stadt, als die politische Lage Danzigs durch die Gestaltung des Theaterprogramms sowohl lokalpatriotischen als auch „gesamtdeutschen“ Zielen zugute kommen sollte („Polittheater“), als auch in der Zeit des Nationalsozialismus, für die der Autor die Verflechtung „größte[r] politische[r] Verwicklungen bei höchster künstlerischer und intellektueller Leistung“ reklamiert (S. 75). Für die künstlerischen und intellektuellen Ambitionen standen in Danzig Namen wie Max Halbe, Hermann Merz (Direktor des Theaters seit 1935 und bereits früh NSDAP-Mitglied) und Heinz Kindermann (Wiener Germanist, seit 1935 in Danzig und ein doktrinär-nationalsozialistischer Theaterfachmann).

Die Biegsamkeit und Instrumentalisierbarkeit künstlerischer Ambitionen analysiert anschaulich Peter Oliver Loew (Darmstadt) in seinem Text über Max Halbe und Danzig, den er mit dem ironisierenden Titel „Die Heimat sucht den Dichter – der Dichter sucht die Heimat“ (S. 79-97) versieht. Folgt man der fast schon pfiffigen Schilderung Loews, entfaltet sich vor dem Leser die wenig anrührende Story eines ehemals erfolgreichen Autors, der seinen sinkenden Stern mit Hilfe einer nach einem berühmten Sohn suchenden Stadt am Firmament erhalten möchte, diese (fälschlicherweise) zu seiner Heimatstadt erklärt und sich verschiedenen Manipulationen hingibt, um die, wie es ihm eine Zeit lang schien, gelungene Adoption nicht zu gefährden. Die Entfremdung zwischen Halbe und Danzig in den 1940er Jahren war keine tragische Entwicklung, vielmehr die Folge des sinkenden ideologischen Marktwertes für die Zwecke gegenseitiger Instrumentalisierung.

Ein anderes, nicht minder interessantes Beispiel der Erfindung individueller und nationaler Traditionen stellt Marek Jaroszewski (Dan-

zig) in seinem Beitrag über „Das Bild der Täufer in Ernst von Wildenbruchs Drama ‚Der Mennonit‘“ (S. 99-106) dar. Das 1882 geschriebene patriotische Geschichtsdrama spielt in der Zeit der napoleonischen Kriege, einer Zeit, die zu den klassischen Interpretamenten einer nationalen Fremdherrschaft der Franzosen über die Deutschen gehört und somit eine geeignete Folie darstellt, um sowohl „Germanisierungsprozesse der Mennoniten“ wie auch individuelle Fälle der Kollaboration mit dem Feind plastisch darzustellen (S. 105). Das literarisch wenig anspruchsvolle Stück erweist sich in der Analyse von Jaroszewski als ein Beispiel deutschnationaler Instrumentalisierung der bei Danzig lebenden Mennoniten und der Stadt Danzig in der Zeit des Kaiserreichs.

Das kulturelle, künstlerische und volksfestliche Treiben der Bürger Danzigs versuchen Małgorzata Wittenberg (Danzig) (S. 107-119) für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts und Edmund Kotarski (Danzig) (S. 121-140) für das 18. Jahrhundert anhand zeitgenössischer Kommunikationsmedien zu rekonstruieren. Während Wittenberg sich aber auf die Danziger Presse konzentriert und ihr die faktografische Rekonstruktion zu entlocken versucht, nimmt Kotarski die „kommunikative Gemeinschaft“ ins Visier und versucht, die oralen, grafischen und Printmedien als ein System aufzufassen, wobei es die letzteren gewesen seien, die den Weg zur Entwicklung einer Massenkultur ebnet hätten. Die Ausführungen Kotarskis können auch als eine Zusammenfassung seiner zahlreichen Veröffentlichungen zur Kommunikationsgeschichte im Danzig des 18. Jahrhunderts gesehen werden. Zwischen den beiden Texten verläuft die epochale Grenze zwischen dem „polnischen“ Danzig des 18. und dem „preußischen“ Danzig des 19. Jahrhunderts, eine Grenze, die insbesondere in der polnischen Geschichtswahrnehmung eng mit der Symbolfigur Johanna Schopenhauer verbunden ist, die Danzig nach der Teilung Polens verließ, um – dem eigenen Bekunden nach – nicht unter preußischer Herrschaft leben zu müssen, und Hamburg, später Weimar, zur neuen Heimat wählte. Marion Brandt (Danzig) (S. 141-147) nimmt die 2002 und 2003 erschienenen, von Ulrike Bergmann und Carola Stern verfassten Biografien von Johanna Schopenhauer zum Anlass, um ihrerseits eine kurze, pointierte und die Gender-Aspekte betonende Skizze über die Mutter des Philosophen der Sammlung beizufügen.

Einen besonders interessanten Beitrag über die Wirkung eines republikanischen Patriotismus in Danzig, der an die „Republick Pohlen“ gebunden war, legt Katherine R. Goodman (Brown University) vor, die sich mit „The Concept of the ‚Republic‘ in early Texts of Luise

Kulmus-Gottsched“ befasst (S. 149-161). Luise Kulmus, die vor ihrer Eheschließung 1735 mit Johann Christoph Gottsched in Danzig lebte, war selbst eine Autorin der Aufklärung. Ihre Sympathie für die Vorbildlichkeit der Römischen Republik bewog sie dazu, Joseph Addisons Drama „Cato“ (1713) ins Deutsche zu übersetzen (1735). In ihren Briefen der 1730er Jahre begeisterte sie sich über die „Römische Freiheit“, die sie zu den „glücklichsten Epoquen“ zählte, „ehe sich die ungezähmte Begierde zum herrschen der Gemüther bemeisterte“ (S. 151). Nicht Caesar, sondern Cato ist ihr Held, was im englischen Original und in Kulmus' Übersetzung deutlich zum Vorschein kam. Goodman arbeitet sorgfältig das für Kulmus charakteristische positive Verhältnis zur republikanischen Regierungsform im Allgemeinen und zur englischen, aber auch zur polnischen „Republik“, in der Danzig beheimatet war, im Besonderen heraus.

Über die Kultur Danzigs im 17. Jahrhundert sind am Ende des Bandes zwei Beiträge zu finden. Jerzy Limon (Danzig) erläutert „New Evidence for the Theatre in the Gdańsk ‚Fechtschule‘ (c. 1611–1741?)“ (S. 163-174), indem er die Aktivitäten englischer Schauspielkompanien im damaligen Polen verfolgt und über die Aktivitäten des Theatrum Gedanense Foundation berichtet, das in den 1990er Jahren zum Zweck der Rekonstruktion des alten Theatergebäudes in Danzig gegründet worden war. Mit Befremden liest man am Ende die Ausführungen von Piotr Maciej Kociumbas (Elbing) in seinem Beitrag „Zur literarischen Schicht von Andreas Hakenbergers ‚Newen Deutschen Gesängen...‘ (1610)“ (S. 175-200). Die stilistische und inhaltliche Derbheit der von dem „katholische[n] Komponist[en] und Kapellmeister Hakenberger“ zusammengetragenen Lieder, die in seinen Augen „niedrigste menschliche Triebe“ bedient, begründet Kociumbas damit, dass der Kapellmeister, wie es „scheint“, „die Gunst des Danziger Patriziats gewinnen und Unterstützung bei dem größtenteils protestantischen, deutschsprachigen Bürgertum finden wollte“ (S. 198). Der katholische Komponist sei sich „des niedrigen künstlerischen und vor allem sittlichen Niveaus dieser Dichtung bewusst“ gewesen. Aber „seine Entscheidung, Texte von unterschiedlicher Thematik und unterschiedlichem Sittlichkeitsgrad zu vertonen, entsprach der geistigen Differenziertheit [sic!; A. L.] (nicht nur) des Danziger Bürgertums“ (S. 200). Ein solcher suggestiver Schlussakzent wird dem vorliegenden Band nicht gerecht. Dieser enthält vielmehr eine Zusammenstellung von Momentaufnahmen, in denen das kulturelle Erbe eben nicht nur von Danzig und auch nicht nur von Gdańsk, sondern von beiden in ein und derselben Stadt sichtbar wird. Dass die historische Deutung

ihrer jeweiligen Strukturen und Befindlichkeiten nach wie vor komplex und mythogen ist und bleibt, steht auf einem anderen Blatt.

Andreas Lawaty, Lüneburg

Lutz Häfner, Gesellschaft als lokale Veranstaltung: Die Wolgastädte Kazan' und Saratov (1870–1914). Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2004, 594 S., 2 Faltkarten (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 25).

Der Verfasser der hier vorliegenden Habilitationsschrift geht zunächst von der Beobachtung aus, dass in der Forschung zum 19. Jahrhundert die Existenz von Bürgern, Bürgertum und Bürgerlichkeit in Russland bestritten bzw. nur mit Vorbehalt konzidiert worden sei. Hinterfragt werden soll daher das oft bemühte Aperçu von Gesellschaft als staatlicher Veranstaltung im Zarenreich mittels einer Untersuchung, die durch neue Analyseansätze der Gefahr entgehen will, durch den Gebrauch von in Westeuropa entwickelten Kategorien und Begrifflichkeiten Fehlschlüsse über die gesellschaftliche Wirklichkeit in Russland zu produzieren. Dementsprechend versucht Häfner Antworten auf die Frage zu finden, wie breit und tief die sozialökonomische und sozialkulturelle Basis gesellschaftlicher Selbsttätigkeit und autonom verfasster lokaler Gesellschaft war. Es geht um Aktionsfelder und Prozesse, in denen sich Individuen zu Akteursgruppen zusammenschlossen und sich „aufgrund gemeinsamer Praktiken und Normen kulturell vergesellschaftete[n]“ und sich so eine lokale Gesellschaft konstituierte, „ein funktionales Äquivalent zum städtischen Bürgertum in Deutschland“ (S. 11), wie Häfners These lautet. Er folgt dabei Dietrich Geyer, der früh auf die lokalen Partikulargesellschaften hingewiesen hat. Für die Wahl der lokalen Gesellschaft als Untersuchungsgegenstand spricht zudem die Tatsache, dass hier anders als auf nationaler Ebene in Russland Strukturen und Elemente der Zivilgesellschaft institutionalisiert waren.

Wie der Verfasser schreibt, wollte er nicht den ausgetretenen Pfaden ganzer Historikergenerationen folgen, die sich auf die Hauptstädte konzentrierten, sondern die Gouvernementszentren Kazan' und Saratov der Betrachtung unterziehen. Beide liegen an der Wolga, wiesen ähnliche Einwohnerzahlen (1856: Kazan' 56 257, 1913: 188 100, Saratov 61 610 bzw. 235 500) auf, besaßen eine ähnliche Verkehrs-

frastruktur und waren als Verwaltungs-, Handels-, Garnisons- und Universitätsstädte von multifunktionaler Bedeutung. Dazu konstatiert der Autor nach einem kurzen Abriss des Forschungsstandes, dass den beiden Wolgametropolen in der Forschung außerhalb Russlands bisher relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden sei.

Schon in der umfangreichen Einleitung wird nicht verschwiegen, dass in beiden Städten die lokale Gesellschaft mit einem Anteil von nicht mehr als 1,5% der Bevölkerung eine marginale Formation bildete, oder anders ausgedrückt, die lokale Gesellschaft umfasste 2-5% der männlichen Stadtbevölkerung, weil erst ab 1910 Frauen Aufnahme in gesellige Vereine fanden.

In den Hauptteilen seiner Untersuchung geht Häfner dann der Frage nach, wie die gesellige Lebenswelt der lokalen Gesellschaft beschaffen war, welche Kristallisationskerne bestanden, wie sich die sozialen Kontakte im Assoziationswesen institutionalisierten und welche Rolle der lokalen Gesellschaft, etwa als Modernisierungsagentur, als Trägergruppe liberaler Gedanken in den Wandlungsprozessen der Autokratie Russland zukam.

Es muss nach dem oben Dargestellten kaum erwähnt werden, dass sich Häfner methodisch stark an Theorien und Theoriemodellen der Soziologie und Politikwissenschaft orientiert, die ihm das heuristische Instrumentarium für die gewählten synchronen Analyseebenen liefern.

Die Studie basiert auf einer redundanten Fülle von Quellen und Materialien. Genutzt wurden die umfangreichen Bestände des Gosudarstvennyj Archiv Saratskoj Oblasti (Staatsarchiv des Gebiets Saratov), das Nacional'nyj Archiv Respubliki Tatarstan (Nationalarchiv der Republik Tatarstan), des Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv/RGIA (Russländisches Staatsarchiv) sowie des Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii/GARF (Staatsarchiv der Russländischen Föderation). Neben diesen Archivalien standen Häfner aber auch zahlreiche gedruckte Quellen, Statistiken, Lexika, Wählerverzeichnisse, Rechenschaftsberichte und Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen, Reisebeschreibungen, Statuten und Mitgliederlisten von Vereinen u.ä.m. zur Verfügung. Vor allem für die Zeit nach 1905 konnte er zudem auf die lokalen Presseorgane beider Städte zurückgreifen.

Gegliedert ist die Darstellung in sieben größere Kapitel. Der Einleitung folgt zunächst eine das Analysekonzept konturierende theoretische Abhandlung über Soziale Schichtung und Zivilgesellschaft in Russland. Hier werden die schon genannten Termini und Begrifflichkeiten erklärt, definiert, auf ihre Operationabilität überprüft sowie

die konzeptionellen Unzulänglichkeiten anhand der bisher zum Thema erschienenen Literatur identifiziert. Häfner erkennt sie vor allem in oberflächlichen sozialstratigrafischen Zuschreibungskriterien sowie im Mangel an Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Integrationsmechanismen. Unter dem Aspekt Zivilgesellschaft betont er die Fragilität der gesellschaftlichen Entwicklungen und deren prekäre Situation angesichts fehlender Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit im späten Zarenreich.

Im dritten Kapitel werden unter der Überschrift Determinanten lokaler Gesellschaft die soziale Geografie der beiden Wolgastädte, deren wirtschaftliche, vor allem aber die sozialen Rahmenbedingungen ausführlich beschreiben und mit vielen Zahlen über Wohnverhältnisse, Immobilienbesitz und Einkommensklassen beschrieben. Der Presseöffentlichkeit ist das vierte Kapitel gewidmet. Hier werden die Räume sozialer Begegnung und Kommunikation ausgeleuchtet, die vielfältigen Interventionsmöglichkeiten von Zensur und amtlicher Kontrolle, die Praxis der Konzessionsvergabe für Druckmedien, die quantitative wie qualitative Entwicklung von Pressepublikationen sowie deren Auflagen untersucht und dargestellt. Letztere bildeten ein wesentliches Element der Wechselwirkung von Öffentlichkeit und lokaler Gesellschaft, da die meisten Druckereibesitzer, Herausgeber, Redakteure und freien Mitarbeiter selbst Angehörige dieser Gesellschaftskreise, ihrer Vereine und Assoziationen waren; und auch nach Gründung und Legalisierung der politischen Parteien in den Jahren 1905/06 blieben sie die wichtigste Komponente einer kritischen politischen Öffentlichkeit, die im lokalen Raum für Transparenz und Kontrolle der kommunalen Entscheidungsträger Sorge trug und damit, wie Häfner wohl zurecht urteilt, durchaus als eine „indirekte, vierte Gewalt“ fungierte (S. 170).

Eines der zentralen Kapitel der Studie eruiert Determinanten, historische Entwicklung und Erscheinungsformen des Assoziationswesens der beiden Städte, das der Autor als einen „zwischen Familie einerseits sowie Staat, Gemeinde und Kirche andererseits angesiedelte[n] intermediäre[n] gesellschaftliche[n] Raum mit allen seinen sozialen, politischen und kulturellen Implikationen“ definiert (S. 173). In Anlehnung an Max Webers 1910 formulierten Fragenkatalog über Vereine und Vereinsmitgliedschaft wird hier deren gesellschaftliche Breitenwirkung, Fragen der Weltanschauung, rituelle und symbolische Handlungsformen, Kommunikationsprozesse etc. untersucht. D.h. es wird die kulturelle Dimension des gesellschaftlichen Lebens beleuchtet, als die eines weiten Spektrums, bei der Analyse wird die traditio-

nelle deutsche Vereinsforschung bewusst transzendierend verwendet, wobei das Soziabilitätskonzept der französischen Forschung mit ihrer stärkeren Beachtung anthropologischer Implikationen als Orientierung und Muster dient. Nach einem kurzen Abriss der Geschichte des Vereinswesens in Russland seit Katharina, das zu keiner Zeit eine vergleichbare Breitenwirkung wie etwa in Deutschland entfalten konnte, skizziert Häfner die unterschiedlichen Assoziationen, die von karitativen und wissenschaftlichen bis hin zu geselligen Klubs, Offiziersversammlungen (in Kazan') und berufsständischen Interessenvertretungen reichten. Sie alle waren mehr oder weniger exklusiv, aber in der Regel für Minderheiten offen, wie man erfährt. Ihre Bedeutung sieht der Verfasser vor allem in der von ihnen verfolgten Camouflage-Strategie, sich durch harmlose Geselligkeit einen vom Staat nur schlecht oder ungenügend zu kontrollierenden Freiraum zu schaffen, in dem auch über das Lokale hinausreichende Themen diskutiert oder angesprochen werden konnten. Dass die lokalen gesellschaftlichen Akteure zudem in die kommunalen Wahlkämpfe eingriffen und ihre Einflussmöglichkeiten nutzten, ergab sich daraus praktisch von selbst.

Ausführlich und mit viel Liebe zum Detail werden dem Leser im Weiteren Finanzierungsmodi der Assoziationen und deren zahlreiche Einrichtungen, aber auch der Vereinsalltag, Banketts, Bälle, Theater- und Tanzveranstaltungen vor Augen geführt – Bekleidungsvorschriften, Konsumgewohnheiten, Handlungsmuster und Verfahrensweise inklusive –, um zu zeigen, wie diese zur Produktion von Gemeinschaft beitrugen. Die hier gewonnenen Einblicke scheinen darüber hinaus hinlänglich zu belegen, dass sich die Assoziationen tatsächlich zur Pflanzstätte einer nicht mehr ausschließlich vom Adel geprägten Kultur wandelten und das Fundament der lokalen Gesellschaft bildeten.

Obgleich die städtische Selbstverwaltung in Russland immense, der zarischen Autokratie geschuldeten Defizite aufwies, spielte sie in der Wechselseitigkeit von Kommunalpolitik und lokaler Gesellschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wiederum auf der Basis einer abundanten Fülle untersuchter Archivalien werden zunächst Strukturen, Zusammensetzung nach sozialem Stand, Zensus, professioneller Hintergrund und Funktionsweise der städtischen Selbstverwaltung und ihrer Organe dargestellt, Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Ablauf von Stadtdumawahlen beschrieben sowie die Politisierung von Wählerschaft und lokaler Gesellschaft in den beiden Städten untersucht. Zum auffälligsten Befund gehört hier die Beobachtung der Bruchlinien, entlang derer sich die Honoratiorenschaft aufspaltete:

durchaus erwartungsgemäß zunächst nach konservativ und progressiv, aber auch entsprechend der materiellen Interessenlagen, die etwa Immobilienbesitzer und Unternehmer trennte. Dessen ungeachtet wurden diese Befindlichkeiten aber von einem dem Gemeinwohl verpflichteten schichten- und standesübergreifenden sozialen Bewusstsein überwölbt, das tendenziell selbst in den sich allmählich formierenden politischen Lagern virulent bleiben sollte. Es zeigte sich hier aber auch eine weitere Qualität der lokalen Gesellschaft: ihre graduelle Emanzipation vom Grundrechte negierenden Ancien régime sowie von der orthodoxen Kirche als einer Autorität kultureller Sinngebung und Weltdeutung.

Vor dem Hintergrund der sozialökonomischen und sozialkulturellen Strukturen, Institutionen und der sie fortentwickelnden Prozesse werden schließlich die kulturelle Vergesellschaftung der heterogenen Sozialformationen über die schönen Künste, deren Zelebration und Rezeption in familiären Kreisen sowie in geselligen Vereinigungen untersucht und dargestellt. So weit es die Quellenlage erlaubte, werden hier privates Leben, Konsum- und Freizeitverhalten, Eheschließungen und Heiratskreise als gesellschaftliche Ereignisse identifiziert und in ihren Wandlungsprozessen beschrieben. Ihnen unterlagen auch Theater, Musik und andere Kunstsparten, nicht zuletzt die Architektur als Ausdruck von Bürgerstolz. Diesem entsprach zudem ein wachsender Bürgersinn, wie Häfners Darstellung zeigt, ein zunehmendes Engagement für das Allgemeinwohl, basierend auf einem Verantwortungsgefühl gegenüber den Regeln und Anforderungen des Selbstverwaltungssystems. Hier werden tatsächlich Elemente und Entwicklungsrichtungen deutlich, die gemeineuropäischen Trends folgten, wie u.a. die fortschreitende Kommerzialisierung der Freizeitgestaltung oder auch der Wandel von privatem Amüsement zu öffentlicher Unterhaltung erkennen ließen.

Abgeschlossen wird das Kapitel mit einem Blick auf die Selbstinszenierung lokaler Gesellschaft in der Festkultur, wofür die 300-Jahrfeier Saratovs 1891 als Beispiel angeführt wird. Von der Planung des Ereignisses, über die Zusammensetzung der Jubiläumskommission, den Ablauf der Feierlichkeiten, die Denkmalenthüllungen und die Finanzierungsfragen bleibt tatsächlich kein Aspekt unbeachtet. Dabei wird allerdings auch deutlich, wie Häfner hervorhebt, dass die Jubiläumsfeierlichkeiten primär ein Anliegen und Angelegenheit der Akteure der lokalen Gesellschaft waren, d.h. eine deutliche Differenzierung zwischen aktiven Festteilnehmern und der Masse der zuschauenden Bevölkerung unübersehbar waren. Sicherlich nicht zuletzt, weil der

minutiös geplante und eingehaltene Ablauf „einer Spontaneität affektuellen Handelns keinen Raum ließ und sie durch organisiertes, wertrationales Handeln substituierte.“ Dieses organisatorische Korsett, so der Verfasser weiter, habe „trefflich mit den Ordnungsvorstellungen der lokalen Gesellschaft“ harmonisiert, denn deren „Gegenpol, die in der Außeralltäglichkeit des Festes freigesetzte Emotionalität, war restringiert, die Affekte waren gebündelt.“ (S. 473) Kein Wunder also, dass es während des Festes in Saratov kaum Betrunkene gegeben hat.

Der Verlauf dieses Ereignisses illustriert aber auch, wie groß ungeachtet vieler Ähnlichkeiten die Unterschiede zur bürgerlichen Gesellschaft im Westen waren. Anders als etwa im Deutschen Reich, wo sich die bürgerliche Gesellschaft in einem Elitenkompromiss mit dem Staat arrangierte und damit längst Teil des politischen Regimes geworden war, kämpfte die lokale Gesellschaft Russlands einen Zweifrontenkrieg: einerseits um ihre Anerkennung, die Verwirklichung ihrer Bürgerrechte gegenüber der Autokratie, andererseits aber auch gegen die Tatsache, dass die linken Kräfte des Zarenreiches die „Grundfeste des Zukunftsmodells einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaft in Russland unterminierten“ (S. 493).

Häfners Studie ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der facettenreichen Wechselseitigkeit von Staat und Gesellschaft Russlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ihre Erkenntnisse stellen die bisher gültige pointierende Lehrmeinung von Gesellschaft als staatlicher Veranstaltung nicht grundsätzlich in Frage. Sie zeigen aber (komplexere) Befindlichkeiten und Wirklichkeiten, die verabsolutierende Wertungen verbieten, ungeachtet der Tatsache, dass die in Kazan' und Saratov beobachtete lokale Gesellschaft in anderen Regionen des Zarenreichs noch der Entdeckung harret.

Bemerkenswert sind vor allem Häfners methodischer Ansatz und die klare Begrifflichkeit, mit der er seinen Untersuchungsgegenstand erfasst, analysiert und Befunde expliziert, die allerdings nicht in jedem von ihm eruierten Fall ganz neu sind. Dem Standard setzenden Charakter dieser Studie tut dies keinen Abbruch. Daneben kann man dieses Buch mit seinen zahlreichen Tabellen und Statistiken auch als eine Kulturgeschichte urbanen Lebens im Russland der ausgehenden Zarenzeit zur Hand nehmen. Man wünscht ihm eine weite Leserschaft.

Vor allem die Studentenschaft wird das Opus, dessen Sprachstil profunde klassische Bildung reflektiert, mit einem die sprachlichen Ausdrucksfähigkeiten immens erweiternden Gewinn lesen.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

Margret Opladen, Magdeburger Recht auf der Burg zu Krakau. Die güterrechtliche Absicherung der Ehefrau in der Spruchpraxis des Krakauer Oberhofs. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 235 S. (Freiburger rechtsgeschichtliche Abhandlungen. N.F. 48).

Als 1995 der erste von zwei Bänden der erstmals edierten Krakauer Oberhofsprüche als Beiheft zur *Ius Commune* erschien, verbreitete Dieter Simon wenig Optimismus über die Möglichkeit „dogmenhistorische[r] Feinuntersuchungen“ am Material, es böte sich sicherlich „auch kaum Gelegenheit für die fruchtbare Erörterung des ‚Rechtszustandes‘ auf diesem oder jenem Rechtsgebiet“.¹ Von diesem Urteil eines bekannten Wissenschaftlers hat sich Margret Opladen zum Glück nicht abhalten lassen. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung auf der Basis eben dieser Sprüche des Oberhofes auf der Burg zu Krakau, wo seit der Gründung durch Kazimierz III. im Jahr 1356 in Angelegenheiten deutschen Rechts entschieden wurde, steht die Frage nach der vermögensrechtlichen Situation der Witwe.

An den Beginn setzt Opladen eine souveräne und ausgewogen prüfende *tour raisonnée* durch freilich nur die absolut einschlägige Literatur (S. 16-25), in deren Zentrum zu Recht Richard Schröder mit seinem zweibändigen Werk über das eheliche Güterrecht (S. 20 ff.) angesiedelt ist. Die selbst auferlegte Beschränkung hat der Darstellung zum Gewinn gereicht: Die einzelnen Werke werden in methodischem Ansatz, Ergebnissen und im Verhältnis zueinander vorgestellt und bewertet, nicht wie andernorts vornehmlich bibliografische Angaben addiert. Spätere Literaturberichte, beispielsweise zur Gerade (S. 58-62), zu Morgengabe und Leibgeding (*dotalicium*) (S. 86-99) oder zum „Kampf der Literatur mit dem Dritteilsrecht“ (S. 132-135), ergänzen die Darstellung und lassen die profunde Literaturkenntnis der Verfasserin deutlich werden. Ergänzt man die oben genannten Institute (Gerade, *dotalicium* und Dritteilsrecht) um Vergabe und Testament, sind damit die Wege der gegenseitigen güterrechtlichen Absicherung im Todesfall eines Ehepartners aufgezeigt.

Der ansonsten oft so strittige Umfang der Gerade (*paraferna*, *suppellectilia*) war, so Opladen, den Krakauer Schöffen offenbar weder streitig noch unbekannt, denn fraglich war in keinem der betrachteten Sprüche der Umfang, sondern immer die Erbfolge oder das Beweis-

¹ Decreta Iuris Supremi Magdeburgensis Castri Cracoviensis. Bd. 1, hrsg. v. Ludwig Lysiak u. Karin Nehlsen-von Stryk. Frankfurt a.M. 1995 (Beihefte zur *Ius Commune*. 68), S. VI.

recht in Bezug auf den Erhalt der Gerade (S. 64 f.). Bemerkenswert bleibt auch, dass die Witwengerade, wie sie im Sachsenspiegel Ldr. I, 24, § 3 formuliert wird, in der Spruchpraxis des Krakauer Oberhofes nicht vorkommt, sich sämtliche Schöffensprüche vielmehr mit der Niftelgerade (Ldr. I, 27, § 1) auseinandersetzen. Gegen die mögliche Schlussfolgerung einer Nicht-Existenz der Witwengerade im Einzugsgebiet der Krakauer Schöffen spricht sich die Verfasserin aber explizit aus. Den Versuchen von Eheleuten, die Niftelgerade bereits zu Lebzeiten der Frau durch Übertragung ihrer Gerade an den Ehemann auszuschließen, scheinen die Schöffen ablehnend gegenübergestanden zu haben; Ausnahmen bilden königliche Privilegierungen. Opladen betont die Wichtigkeit der Gerade im spätmittelalterlichen Erbrecht gegenüber der älteren Ansicht, die Gerade sei im ausgehenden Mittelalter ein auslaufendes Rechtsinstitut gewesen. Das ist sicher richtig. Karin Gottschalk² hat jüngst selbst noch für das 18. Jahrhundert befunden, dass die Gerade ein durchaus attraktiver Streitgegenstand für Witwen sein konnte. Ob aber die vielen Rechtsstreitigkeiten, die um die Gerade angestrengt wurden, als Indiz für deren Effizienz als Versorgungsfunktion hinreichen (S. 85), muss fraglich bleiben.

Als zweites Versorgungsinstitut findet sich in den Quellen das *dotalicium*, die Gabe des Mannes an seine Frau als Gegenleistung für das Heiratsgut. Die Unterscheidung beispielsweise des Sachsenspiegels zwischen Leibzucht (Ldr. I, 21, § 1) und Morgengabe (Ldr. I, 20, §§ 1, 8) wird hier nicht mehr transportiert, beides fällt im Begriff des *dotalicium* zusammen. Opladen verfolgt die Terminologie durch eine Reihe weiterer Rechtsbücher und kommt zu dem Schluss, dass höchst unterschiedliche Formen sowohl von Morgengabe als auch von Leibzucht formuliert werden, die nur zum Teil mit den Bestimmungen des Sachsenspiegels in Deckung gebracht werden können, beide Begriffe also nicht technischer Natur waren, sondern eheliche Verfügungen ganz unterschiedlicher Art betreffen konnten (S. 86-99). In der Spruchpraxis der Krakauer Schöffen ist das *dotalicium* die gebräuchlichste Form der güterrechtlichen Absicherung der Witwe.

Nur verhältnismäßig selten finden sich Entscheidungen der Krakauer Schöffen zu Fragen des Dritteilsrechts, einer Form der Hinterlassenschaftsteilung, die nicht dem sächsisch-magdeburgischen Rechtskreis entstammte. Sie wird als alte Gewohnheit der *terra Russie* bezeichnet. Besonderes Merkmal dieser Rechtsform ist das Zusammen-

² Karin Gottschalk, Eigentum, Geschlecht, Gerechtigkeit. Haushalt und Erben im frühneuzeitlichen Leipzig. Frankfurt a.M. 2003 (Geschichte und Geschlechter. 41).

fallen der Vermögen beider Ehegatten zu einer Gütergemeinschaft, die beim Tod des einen Ehepartners quotiert aufgeteilt wird. Die Witwe ist im Drittelsrecht also im Gegensatz zu den sächsisch-magdeburgischen Rechtsauffassungen Teil der Erbgemeinschaft.

Opladen hat mit ihrer Studie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag nicht nur zur vielschichtigen Geschichte des ehelichen Güterrechts im Gebiet des Gemeinen Sachsenrechts, sondern auch zu den Erscheinungsformen mittelalterlichen Schöffengerichts geleistet. So kommt sie zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass die Spruchpraxis des Krakauer Oberhofs in Sachen des ehelichen Güterrechts auf ein in sich schlüssig strukturiertes, begrifflich durchbildetes Rechtssystem schließen lässt, den Krakauer Schöffengerichten offenbar tatsächlich eine Art materielles Ehegüterrecht zu Gebote stand. Zu ganz ähnlichen Schlüssen war bereits Gunter Gudian in seiner einflussreichen Untersuchung der Ingelheimer Schöffengerichtsprüche³ gekommen. Überzeugend sind auch die vorgebrachten Argumente gegen die Neuinterpretationen von Ldr. I, 31, § 1 durch Wilhelm Ebel,⁴ zeigen aber zunächst nicht mehr, als dass beide Lesarten möglich sind. Immerhin geschieht hier zum ersten Mal eine Auseinandersetzung mit dieser These, wie überhaupt die Studie ein hohes Maß an kritischem Potenzial in der Diskussion mit der älteren Forschung hat. Opladen argumentiert klar strukturiert aus breiter Quellenkenntnis heraus, die ihr Querverweise aus der konkreten Spruchpraxis der Krakauer Schöffengerichte auf den normativen Horizont der Rechtsbücher erlaubt.

Hiram Kümper, Bochum

³ Gunter Gudian, *Ingelheimer Recht im 15. Jahrhundert*. Aalen 1968 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte N.F. 10), S. 8.

⁴ Wilhelm Ebel, Über das „ungezweigte Gut“ im Sachsenspiegel Landrecht I 31, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte: Germanistische Abteilung* 92 (1975), S. 184-189.

Volker Keller, Herzog Friedrich von Kurland (1569–1642). Verfassungs-, Nachfolge- und Neutralitätspolitik. Marburg: Verlag Herder-Institut 2005, VIII, 224 S. (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung. 11).

Als Darsteller der Vergangenheit haben wir eine Tendenz, unsere Aufmerksamkeit auf die schnellen, lauten, leicht einzustufenden Ver-

änderungen zu richten. Für uns ist die Zeit der Konsolidierung und des langsamen Aufbaus eher langweilig. Unseren Vorstellungen zufolge ist die Identität eines Landes entweder eng mit seiner Entstehung und dem daraus hervorgegangenen Mythos oder mit der Tätigkeit großer Persönlichkeiten, die leicht zu erkennende Veränderungen eingeführt haben, verbunden. Selten heben wir die kleinen, für die meisten unsichtbaren Veränderungen hervor. Erst im Rückblick können wir erkennen, dass die kleinen Veränderungen viel bedeutender als bisher angenommen sind. Volker Keller hat in seinem faszinierenden Buch über Kurland im 16. und 17. Jahrhundert die Bedeutung der unsichtbaren Veränderungen unterstrichen.

Keller beginnt seine fesselnde Untersuchung zur Identität Kurlands, des frühneuzeitlichen Lehnsfürstentums Polen-Litauens, 17 Jahre nach seiner Entstehung im Jahr 1561. Er weicht damit von der herkömmlichen Beschreibung und Charakterisierung der Geschichte Kurlands ab. Diese hatte sich auf die Umwandlung des Machtapparats des livländischen Zweiges des Deutschen Ordens während des Livländischen Krieges im 16. Jahrhundert, auf die Bestrebungen Herzog Jakobs während der Mitte des 17. Jahrhunderts, eine starke Wirtschaftspolitik zu führen, und auf das politische Schachspiel vor der dritten Teilung Polens am Ende des 18. Jahrhunderts konzentriert. Stattdessen richtet Keller sein Interesse auf die Veränderungen, die meist wenig Aufsehen erregten, die bei Historikern eher als sensationslos angesehen wurden und die deswegen vom historischen Narrativ verschwanden. Keller zeigt überzeugend, dass diese kleinen Veränderungen ohne weiteres wichtiger als spektakuläre Paradigmenwechsel sein können.

Den Fokus seiner Studie richtet Keller auf den 1569 geborenen Friedrich, den zweiten Landesfürsten Kurlands, der in den meisten historischen Darstellungen ein Schattendasein geführt hat. Laut Keller ist dieser Herzog gerade wegen seiner Sensationslosigkeit in Vergessenheit geraten. Keller erklärt dies auf mehrfache Art. Erstens ist er irrtümlicherweise als nicht tatkräftig und modern betrachtet wurde. Zweitens betrachten wir alle Vertreter des Absolutismus eher herabwürdigend. Bestenfalls halten wir diese Akteure auf der politischen Bühne für Vorläuferfiguren des Nationalstaates, nie für Umgestalter und Erneuerer im modernen Sinne. Drittens bezogen die Historiker sich hauptsächlich auf frühere Darstellungen, ohne die Quellen sorgfältig durchzuarbeiten. Wenn sie sich eingehend mit den Quellen befassten, dann nur, um Detailstudien herauszuarbeiten. Das Gesamtbild wurde dagegen stiefmütterlich. Die Stärke dieses Werkes über

Herzog Friedrich ist die profunde und umfassende Quellenkenntnis des Verfassers. Besonders wichtig sind die Quellen, die Keller benutzt hat, um die beinahe unbekannte zweite Hälfte der Regierungszeit Friedrichs in ein ganz neues Licht zu stellen.

Für Keller ist allein schon die lange Regierungszeit Anlass genug, diesem Kapitel der kurländischen Geschichte mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Mit seinen 55 Jahren Herrschaftszeit leistete Friedrich laut Keller einen sehr bedeutenden und herausragenden Beitrag zur 130-jährigen Identitätsgeschichte Kurlands. Die anderen Landesfürsten hingegen regierten bedeutend kürzer. Auch im europäischen Zusammenhang ist die lange Regierungszeit Friedrichs beinahe beispiellos. Nur Königin Viktoria und Kaiser Franz Joseph konnten diese übertreffen. Und dank dieser langen Amtszeit konnte Friedrich die verschiedenen Bereiche des Fürstentums im Inneren umformen.

Wie es ihm gelang, ist eine spannende Geschichte. Zunächst konnte Friedrich durch die feindlichen Linien steuern und die Neutralität Kurlands im Schwedisch-Polnischen Krieg erhalten, auch wenn die Aussichten auf Erfolg am Anfang sehr begrenzt waren. Darüber hinaus konnte er die angespannten Beziehungen des Hofes zur kurländischen Ritterschaft entschärfen. Als er sein Amt antrat, war die Lage sehr verwickelt. Das Rigaische Gericht, der polnische König, der Ständetag – alle hatten ihre Ansprüche geltend gemacht. Friedrich verstand, dass nur durch eine Zusammenarbeit der Hauptpartner Kurland als quasi-souveräner Staat überleben und die wirtschaftliche Prosperität erhalten konnte. Es war keineswegs leicht, eine solche „teilstreitkräfteübergreifende“ Zusammenarbeit zu erreichen. Seine Bestrebungen wurden durch die Tätigkeit seines Bruders Wilhelm konterkariert. Wilhelm forderte die Ritterschaft heraus und unterminierte dadurch alle Versuche, Stabilität in dem Fürstentum zu entwickeln. Friedrich verstand jedoch, wie notwendig es war, auf Territorien zu verzichten und sich mit den Grenzveränderungen zugunsten Schwedisch-Livlands zufrieden zu geben, um sein langfristiges Ziel zu erreichen.

Als Friedrichs wichtigste Leistung betrachtet Keller die *Formula Regimis* des Jahres 1617. Diese Verfassung führte neue Landtagsbeschlüsse ein, beschrieb ein festgelegtes Prozedere, schrieb regelmäßige Zusammenkünfte vor, legte Kompetenzen fest, vereinbarte vertraglich konkret definierte Ausnahmeregelungen und sah eine lehnsherrschaftliche Oberaufsicht vor. Diese Regierungsform regelte auf gesetzlichem Wege und normierte damit unmissverständlich die zwischen Herzog und Adel bisher ungelösten Probleme und Unklarheiten. Darüber

hinaus konkretisierte die *Formula* die Pflichten des Herzogs dem Adel gegenüber und ordnete die Beziehungen zwischen dem Herzogtum einerseits und dem Königreich Polen andererseits. In Kurland wurde die katholische Konfession der lutherischen gleichberechtigt gegenübergestellt. Diese Gleichberechtigung führte zur Beschwichtigung konfessioneller Auseinandersetzungen. Laut Keller weist die Dauer dieser Verfassung auf ihre Qualität. Sie war bis zum Jahr 1795 rechtskräftig, als das Herzogtum im Zuge der dritten Teilung Polens dem Zarenreich einverleibt wurde.

Keller zeigt überzeugend, wie ein kleines Fürstentum in einer schwierigen politischen Lage seine Existenzbedrohung zu überwinden vermochte. Der Architekt dieser Politik war Friedrich. Mit großem Erfolg konnte er seine überlegenen Gegner überwinden und den Absolutismus zum eigenen Vorteil nutzen. Während seiner Amtszeit schaffte er das Unerwartete – dank seiner Anstrengungen ist erstmalig eine kurländische Identität im modernen Sinne nachweisbar. Zudem hat uns Keller zu einer neuen Sicht über Kurland verholfen und ein sehr gelehrtes und gleichzeitig lesbares Buch geschrieben.

Jānis Kresliņš, Stockholm

Elke Wimmer, Novgorod – ein Tor zum Westen? Die Übersetzungstätigkeit am Hofe des Novgoroder Erzbischofs Gennadij in ihrem historischen Kontext (um 1500). Hamburg: Verlag Dr. Kováč 2005, 229 S. (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa. 13).

Wie waren die Entstehungsbedingungen, Funktionszusammenhänge und die Rezeption des Novgoroder Übersetzungswerks um 1500? Wer gehörte dem Gennadij-Kreis an? Wie war die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern geregelt und welches formale Profil zeigen die Übersetzungen? Dies sind die Hauptfragen, denen Elke Wimmer in ihrem Werk nachgeht, um schließlich eine Antwort darauf geben zu können, inwieweit Novgorod auch im Hinblick auf die Übersetzungstätigkeit um 1500 ein Tor zum Westen darstellte.

Das Buch gliedert sich in zehn Kapitel. Untersuchungsgegenstand sind die Novgoroder Übersetzungen aus dem Lateinischen und Deutschen im ausgehenden 15. Jahrhundert. Die Autorin liefert in ihrer

Arbeit eine Gesamtaufstellung der bis zum Zeitpunkt der Abfassung des Textes bekannten, in Novgorod übersetzten Werke und systematisiert sie nach ihrem Inhalt und Entstehungskontext. Dabei beschränkt sie sich nicht auf die Nennung der einzelnen Texte, sondern bietet eine ausführliche, z.T. mit Beispieltexten illustrierte Beschreibung derjenigen Übersetzungen, die bisher von der Forschung noch nicht analysiert worden waren.

Zu dem Novgoroder Übersetzungskorpus zählen neben Bibelmaterialien auch polemische antijüdische Schriften, Texte zum Komplex Kalenderproblem und Weltende, das für 1492 erwartet worden war, sowie gelehrte Hilfsmittel wie Laienzyklopädien und Unterrichtsmaterialien.

Als ein wichtiges Werk hebt Wimmer die so genannte Gennadij-Bibel von 1499 hervor, die eine um lateinische Vorlagen ergänzte Fassung des altkirchenslavischen Testaments darstellt und damit den „Übergang vom Kopieren zum Übersetzen und zugleich den vom orthodoxen Bibelkanon zum katholischen“ markierte (S. 117).

Nicht nur die Bibel, sondern die gesamte Novgoroder Übersetzungstätigkeit ist eng verknüpft mit der Person des Erzbischofs Gennadij. Sie begann ca. 1489/90 und endete mit dem Abdanken Gennadijs im Jahr 1504. Der Erzbischof hatte sich um eine bessere Bildung des Klerus bemüht. Begünstigt und motiviert wurde seine Kopier- und Übersetzungstätigkeit indessen durch zwei konkrete Ereignisse: Für das bevorstehende Jahr 7000 (1492) erwarteten die orthodoxen Christen den Weltuntergang, in den 1480er Jahren gab es in Novgorod eine Häresie. Nach der Unterdrückung der Häresiebewegung sollte das Material der Gegner für die Zukunft verfügbar gemacht und damit die Lücken in den eigenen Bibliotheken geschlossen werden. Als Rahmenbedingungen für die Novgoroder Übersetzungstätigkeit nennt Wimmer außerdem die Durchbrechung des kirchlichen Bildungsmonopols, die Abwendung vom Griechischen und Hinwendung zum Lateinischen als Mittlersprache sowie die Thematisierung Russlands im Westen aufgrund größerer Reisetätigkeit.

Der Erzbischof Gennadij war nicht der einzige, der sich mit den Übersetzungen aus dem Lateinischen und Deutschen befasste. Um ihn gruppierte sich ein kleiner Kreis von Übersetzern, deren Mitglieder von der Verfasserin ausführlich beschrieben werden. In einem weiteren Kapitel legt sie dar, wie die Arbeit des Kreises ablief und koordiniert wurde und welches formale Profil die Übersetzungen aufwiesen.

Dabei muss sie feststellen, dass es keine Zeugnisse über die Arbeitsorganisation des Gennadij-Kreises oder die Materialbeschaffungswege

gibt. Ebenso wenig gibt es eine Dokumentation oder Hinweise auf ein Gesamtkonzept für die Übersetzungen. Diese scheinen sich eher aus dem täglichen Bedarf ergeben zu haben. Wimmer kommt zu dem Schluss, dass es Formen der Zusammenarbeit gegeben haben muss, es jedoch innerhalb des Kreises offenkundig wenig Gemeinschaft Stiftendes gegeben hat.

Erkennbar sind hingegen Angleichungsprozesse bei der Darbietung der Übersetzungen (z.B. Transkriptionen) und dem Hilfsmitelein-satz. So lassen sich die Bewahrung der Eigenheiten der Übersetzungsvorlagen, Glossierung und das Hinweisen auf die Kopiervorlage (jeweils das älteste erreichbare Exemplar) als Prinzipien der Textdarbietung erkennen. Die Novgoroder Übersetzer zeigten eine deutliche Tendenz zur Glossierung. Bei Problem- und Zweifelsfällen ist zu beobachten, dass die lateinischen Wörter oft beibehalten und mit einer slavischen Endung versehen wurden. Am Rand gab es dann Übersetzungen oder Sachkommentare und Vokabeleinträge zur Erläuterung der fremden, nicht adäquat ins Russische zu übersetzenden Wörter. Die Analyse von Wimmer zeigt, dass derartige Kommentarglossen in der Gennadij-Bibel besonders reichhaltig sind.

Die Beschaffung der Übersetzungstexte erfolgte durch den Griechen Georgios Trachaniotes. Zwar befand sich Ende des 15. Jahrhunderts auch der Lübecker Buchdrucker Bartholomäus Ghotan in Novgorod, jedoch war dieser nach Einschätzung der Autorin nicht als Buchführer tätig, sondern war als Experte zur Einführung des Buchdruckes in die Stadt berufen worden. Diese These wird durch die Tatsache gestützt, dass nur wenige Übersetzungsvorlagen aus dem niederdeutschen Raum in Novgorod belegt sind. Die meisten Texte kamen aus Süddeutschland. Dies war offenkundig auch dann der Fall, wenn eine niederdeutsche Druckversion existierte. Darüber hinaus gibt es keine Zeugnisse über Buchbeschaffungen durch den Lübecker Buchdrucker. Er schien eher die Rolle eines Transmissionsmitglieds zwischen Vertretern auswärtiger Verlage in Lübeck und russischen Interessenten innegehabt zu haben und war vermutlich von Trachaniotes angeworben worden.

So kommt die Autorin in ihrer Arbeit zu dem Schluss, dass es sich bei den Novgoroder Übersetzungen nicht um Exporte aus dem Westen handelte, sondern diese vielmehr einer Initiative der Russen entsprungen waren. Bereits die Herkunft und Beschaffung des Übersetzungsmaterials zeigen ihrer Ansicht nach, dass die Hanse die kulturellen Beziehungen nicht beeinflusst hat.

Sie wendet sich damit gegen die weit verbreitete Meinung, die Öff-

nung Novgorods gegenüber lateinischen Texten sei den engen Handelsbeziehungen mit der Hanse zuzusprechen und hänge mit dem besonderen Charakter des oft als republikanisch oder demokratisch bezeichneten Novgorod zusammen.

Wimmer interpretiert die Hinwendung zum so genannten *latinstvo* mit der Notwendigkeit des Tages; die Übersetzungstätigkeit besaß ihrer Ansicht nach eine rein dienende Funktion. Weder entstand sie aus einem rein philologischen Interesse noch stellte sie eine Hinwendung zum Katholizismus dar. Die Autorin wendet sich damit auch gegen die Forschung, die den Gennadij-Kreis als Humanistenkreis bezeichnet. Insgesamt erkennt sie für das 15./16. Jahrhundert eine Offenheit gegenüber dem Lateinischen und widerspricht damit denjenigen, die von einer Lateinerscheu der Russen bis zu Peter I. sprechen. Gegen den Katholizismus-Gedanken spricht nach Meinung der Autorin, dass sich die Übersetzungen als Ergänzungen zu den altkirchenslavischen Bibelmaterialien widerspruchsfrei in die eigene Tradition integriert haben und zudem gegenüber konfessionellen Einflüssen grundsätzlich Verschllossenheit geherrscht hat. Neben dem lateinischen Text stand immer das orthodoxe Schrifttum als Korrektiv. Darüber hinaus galt die lateinische Bibeltradition für Gennadij als orthodox. Die lateinischen Übersetzungsvorlagen waren zudem leichter zu beschaffen als die griechischen und die Autorität Byzanz' war nach der Florentiner Union und dem Sieg der Türken über die Stadt stark gesunken.

Elke Wimmer hat mit ihrer Arbeit eine umfassende Bestandsaufnahme des derzeit bekannten Übersetzungsmaterials in Novgorod um 1500 geliefert. Insgesamt ist ihre Arbeit stark slavistisch geprägt. Dies erklärt sich aus dem Profil der Autorin, die in den 1970er Jahren ein Slavistik- und Germanistikstudium absolviert und sich ausgiebig mit Übersetzungen aus dem Lateinischen und Mittelniederdeutschen in das Altrussische beschäftigt hat. Eine weitere Besonderheit des Buches ist, dass es erst nach dem Tod der Autorin erscheinen konnte. Der Text war 2001 als Magisterarbeit am Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft an der Universität Hamburg angenommen worden. Aufgrund seiner Qualitäten und der über die Anforderungen an eine Magisterarbeit hinausgehenden Forschungsleistungen sollte der Text mit leichten Veränderungen als Dissertation eingereicht werden. Dazu konnte es jedoch aufgrund der schweren Krankheit von Wimmer nicht mehr kommen.

Christina Otto, Hamburg

Barbara Falk, Sowjetische Städte in der Hungersnot 1932/33. Staatliche Ernährungspolitik und städtisches Alltagsleben. Köln: Böhlau Verlag 2005, 445 S.

Die Hungerkatastrophe in der Sowjetunion ist in der letzten Zeit zu einem erneut diskutierten Thema geworden. Besonderes aktiv entwickelt sich der Streit über das Schicksal der Ukraine, das zu den von der Hungersnot von 1932 bis 1933 am schwersten betroffenen Gebieten gehörte. In der Ukraine selbst ist heutzutage die Anerkennung dieses Hungers als Genozid zu einer „patriotischen Pflicht“ geworden und wird mit dem Begriff „Holodomor“ bezeichnet.¹ Für die Historiker dort hat die Bewertung dieser Katastrophe als Genozid „eine prinzipielle Bedeutung für die Stabilisierung der gesellschaftlich-politischen Beziehungen in der Ukraine“ gewonnen.² Die politische Instrumentalisierung der „Holodomor“-These beeinträchtigt bis heute eine offene, ‚objektive‘ Auseinandersetzung mit dieser brisanten Problematik.

Die Studie von Barbara Falk widmet sich diesem problematischen Thema: In ihr wird die Agrar- und Ernährungspolitik in den Krisenjahren 1931/32 sowie der Verlauf und die Erscheinungsformen der Hungersnot in den (bislang kaum erforschten) Städten untersucht (S. 4). Den geografischen Schwerpunkt stellt die ehemalige Hauptstadt der Ukraine Charkov und ihre Umgebung dar. Die Frage, ob die Hungersnot 1932/33 als eine spezifisch „ukrainische“ Katastrophe gelten kann, sollte durch den regionalen Vergleich der quantitativen Daten wie Mortalitätsraten, Basarpreis- oder Konsumstatistiken beantwortet werden. Die Hauptidee von Barbara Falk bringt nichts Neues. Ihre Studie basiert auf Thesen von Robert Davis und Mark Tauger, die davon ausgehen, dass die Hungersnot ein Resultat von Getreidemangel gewesen und wegen der Agrarkrise und der Zwangskollektivierung ausgebrochen sei.³ Am Anfang beschreibt die Auto-

¹ Das Wort „Holodomor“ ist ein Kompositum aus den ukrainischen Wörtern „Holod“ (Hunger) und „Mor“ (Krankheit, Massensterben) und wurde in der Ukraine für Hungerterror verwendet. Vgl. Wilfred Jilge, Holodomor und Nation. Der Hunger im ukrainischen Gesellschaftsbild, in: Osteuropa 54 (2004), H. 12: „Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR“, S. 6.

² S. Kul'čyc'kyj, Terror als Methode. Der Hungergenozid in der Ukraine 1933, in: Osteuropa 54 (2004), H. 12, S. 57.

³ R.W. Davis, S.G. Wheatcroft, Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931–1933. Houndmills (u.a.) 2004; M.B. Tauger, The 1932 Harvest and the Famine of 1933, in: Slavic Review 50 (1991), S. 70–99.

rin denn auch die Entwicklung der Krise durch Getreidemangel, die Einführung von Lebensmittelkarten und weitere Folgen der Hungersnot.

Die chronologisch angeordnete Darstellung der Krisenentwicklung prägt die Struktur des Buches: In den ersten zwei Kapiteln (S. 15-158) wird die Entstehung der Lebensmittelrationierung und des Kartensystems ab 1927 bis zu den Jahren der Hungersnot beschrieben. Die Autorin zeigt, dass die Probleme mit der Getreideversorgung seit dem Ende der 20er Jahre langsam heranwuchsen und durch OGPU-Meldungen der Moskauer Führung bekannt waren (S. 16). Bis 1931 breitete sich der Mangel von Getreide auf alle Lebensmittel, sogar Kleidung aus. Und aus dem Versuch, die Versorgung zu kontrollieren, entwickelte sich ein komplexes Rationierungssystem. Die Differenzierung der Versorgung wurde nach ökonomischen Nützlichkeitskriterien aufgebaut: Die Industriestädte wurden besser versorgt und die Bevölkerung bekam Lebensmittelrationen nach dem Arbeiter- und Klassenprinzip (S. 31). Die Getreidefonds, die bereits zu dieser Zeit nie für die Versorgung ausreichten, wurden seit 1931 exklusiv für die Städte benutzt. Sogar die „Fonds für die Dorfarmut“ wurden mit der Idee, dass Bauern immer irgendwie etwas zu essen fänden, miteinbezogen (S. 63 ff.). Gewaltsame Requirierungen und Eintreibung der Mehlssteuer standen in Zusammenhang mit der alltäglichen Versorgung der Städte. Die Lebensmittelkarten schützten die Kartenbesitzer nicht vor Hunger, und die detaillierte Beschreibung des Kartensystems soll hier zeigen, dass es dem „Regime nicht gelang, die Versorgung der in das Rationierungssystem einbezogenen Bevölkerungsteile ‚plangemäß‘ sicherzustellen“ (S. 10). Die Autorin bezeichnet die sowjetische Ernährungspolitik in den frühen 1930er Jahren als ein „Krisenmanagement“, in dem nichts funktionierte, wie es sollte, und in dem die staatlichen Maßnahmen nach dem „Feuerlöscherprinzip“ eingesetzt wurden (S. 141).

Zwei weitere Kapitel (S. 159-306) widmen sich der Versorgungspolitik in Charkov. Hier beschreibt die Autorin die oben genannten Probleme am Fallbeispiel der ukrainischen Metropole, die als bedeutende Industriestadt und wichtige landwirtschaftliche Region repräsentativ für die ganze Ukraine herangezogen wurde (S. 160). Das Netz der Quellen der Stadtversorgung, unter denen Selbstbeschaffungen (*samozagotovki*) eine große Rolle gespielt haben, charakterisiert Barbara Falk als eine „Bankrotterklärung des gesamten sowjetischen Systems der zentralisierten Distribution“, weil es nur durch Gesetzesübertretungen funktionierte (S. 189). Die Stadt versorgte sich selber durch

Getreiderequirierungen und die Produkte von Datschas und versuchte dabei, die Dorfbevölkerung nicht zum Brotkauf in der Stadt zuzulassen. Aber auch die Brotkarten selbst garantierten nicht, dass man Lebensmittel erhielt (S. 229). Die Zahl der Kartenbesitzer reduzierte sich auch drastisch im Laufe der Hungerjahre und am schlimmsten erging es den Schwächsten: Invaliden, Pensionäre sowie auch Waisen wurden aus den Versorgungslisten gestrichen (S. 294 ff.). Es gab jedoch auch in Charkov Gruppen (Parteielliten, Ausländer), die trotz Rationierung und Hungersnot keinen Mangel litten (S. 289).

Große Aufmerksamkeit schenkt die Autorin den Marktpreisstatistiken, die sie als einen „einzigartigen Indikator der Krisen und Erholungsphasen bei der Lebensmittelversorgung“ betrachtet (S. 205). Die Abhängigkeit der Marktpreise vom Lebensmittelmangel nimmt sie als Selbstverständlichkeit an und bestätigt das mit dem Beweis, dass die Geografie der Preise der Hungersnot und Rationierung entspreche. Trotz ihrer präzisen statistischen Analyse kommt Barbara Falk zu Schlussfolgerungen, die nicht neu sind und manchmal banal klingen. Z.B. dass das Ernährungsniveau der Bevölkerung (in Kalorien) am Anfang der 30er Jahre katastrophal niedrig war (S. 131), dass die Funktion der Lebensmittelkarten und die Versorgung der Städte sich im Laufe der Jahre 1932 und 1933 verschlechterte und sich dann 1934 verbesserte (S. 147), dass die Marktpreise in der Ukraine zu den höchsten gehörten und die Preise überhöht waren (S. 208 f.). Sie stellt oft auch selber die Ergebnisse ihrer Zahlenanalyse als eine zusätzliche Illustration von längst Bekanntem dar und verweist auf die Schlüsse von Robert Davis, Oleg Chlevnjuk oder Sheila Fitzpatrick (S. 154 f. u. 279).

Allein der 100-seitige Tabellenanhang (S. 321-422) zeigt schon das große Vertrauen der Autorin in statistische Daten, die für sie leider oft Analysen ersetzen und wichtige Anregungen von Quellenmaterialien abdecken. Sie hält „die Berechnung des Konsums der einzelnen Haushaltsmitglieder“ für „ein methodisches Grundproblem“ (S. 123), aber die wichtige Diskussionsfrage, ob der Hunger ein Resultat von „bewusster“ Politik oder „absichtsloser“ natürlicher Konditionen war, bleibt fast im ganzen Buch ausgeblendet. Viele Thesen von Barbara Falk sind, wie bereits erwähnt, schon bekannt und basieren auf Vorstellungen von der Hungersnot als Agrarkrise.

Im Schlusswort lenkt sie die Idee von Genozid am ukrainischen Volk auf die These, dass die Hungersnot die gesamte Sowjetunion betraf und ethnische Zusammensetzungen der Bevölkerung keinen Einfluss auf ihre Stellung in der unionsweiten Versorgungshierarchie

gehabt hätten (S. 310). Aber solche Überlegungen setzt die Autorin nur an den Anfang und das Ende ihre Studie, ohne die Fragen im weiteren Verlauf des Buches zu verfolgen. Die Klärung des „Holodomor“-Begriffs sowie der Rekurs auf moderne ukrainische Forschungsdiskussionen bleiben aus.

Einem solchen Ansatz folgt die Missachtung wichtiger Fragestellungen, die das Thema aufwirft. Besonders die Interpretation der sowjetischen Politik in den Hungerjahren fehlt: Welche Folgen hatte die Hungersnot von 1932/33 in den Wechselbeziehungen zwischen Staat und Bevölkerung, und was sagt der Hunger über den Stalinismus als System aus? Die Gewalt, die der Staat in dieser Zeit gegen verschiedene Gruppen der Bevölkerung ausübte, stellt eine weitere wichtige Frage dar, die bei der Behandlung des Themas nicht ignoriert werden darf.

Mit Davis und Wheatcroft, die die Agrarkrise umfassend untersucht haben, sind die Genoziddiskussionen noch nicht abgeschlossen, und abgesehen von klimatischen und landwirtschaftlichen Krisen konnte die Wahrnehmung der Hungersnot durch die Parteielite und Stalin selbst zu weiteren Interpretationen anregen.⁴ Die Wahrnehmung der Hungersnot bei Betroffenen stammt in der Studie von Falk meistens aus behördlichen Dokumenten und wurde nur als Illustration benutzt. Aufgrund dieser impressionistischen Quellenmaterialien kommt sie zum Schluss, dass in der Wahrnehmung der Behörde „der Hunger (...) ein Phänomen war, das nicht sein konnte, weil es nicht sein durfte“ (S. 109). Solche Bewertungshinweise wie, „dass Bolschewiki aus dem kompletten Scheitern der entsprechenden Aktionen der Vorjahre nichts gelernt hatten“ (S. 149), bleiben im Text von Falk ohne Kontext, die Untersuchung bleibt größtenteils deskriptiv.

Einzelne Beispiele aus Beschwerdebriefen, die die Verfasserin im Buch zitiert, regen stattdessen zu interessanten Nachforschungen über die Beziehungen zwischen Volk und Herrschenden an, deren Auswertungen auf keinen Fall nur auf den abgestuften Zugang verschiedener sozialer Gruppen zu defizitären Gütern hinauslaufen können. Die Proteste der Arbeiter gegen schlechtes Pferdefleisch (S. 27 f.), der Vergleich Stalins mit Nikolaj II. „Was ist schon ein Unterschied zwischen Nikolaj und Stalin“, wenn doch beide das ganze Volk zum Hunger zwängten, oder die Klage (S. 108), „die Kommunisten haben alles aufgegessen und – gesoffen, wir müssen hungrig gehen“

⁴ Vgl. Michael Ellman, *The Role of Leadership Perceptions and of Intent in the Soviet Famine of 1931–1934*, in: *Europe-Asia Studies* 57 (2005), Nr. 6, S. 823–841.

(S. 117), könnten bei einer vollwertigen alltagsgeschichtlichen Analyse zur Verarbeitung von Hungererfahrungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung dienen.

Die Hungersnot war eine katastrophale Erfahrung, die Leute zum Kannibalismus zwang und das ganze Alltagsleben sowie die menschlichen Beziehungen stark veränderte.⁵ Diese alltagsgeschichtliche Perspektive könnte daran anknüpfen, wie diese Erfahrung das Land verändert hat und welche Auswirkung sie auf die Politik hatte. Barbara Falk beschreibt den Fall hingegen so, als ob das „Feuerlöscherprinzip“, nach dem staatliche Maßnahmen agierten, keine Wirkungen auf sowjetische Politik gehabt hätte. Sie erklärt, dass das Thema der Ernährungspolitik auf drei Forschungsebenen behandelt werden sollte: erstens auf der Ebene der Rationierungstheorie, zweitens auf der Ebene der Praxis und drittens auf der Alltagsebene (S. 7 f.). Doch die drei Ebenen überlappen einander. So konnte die Verfasserin ihrem eigenen Ziel, aus den quantitativen Daten eine „dichte Beschreibung“ zu konstruieren, nicht folgen (S. 11). Auch tragen die „Stimmen von unten“ bei Falk nicht mehr dazu bei, als Illustrationen zu höheren Marktpreisen und niedrigen Kalorienrationen zu liefern. Dies ist schade, denn gerade dieses Thema hätte – aus alltagsgeschichtlicher Perspektive betrachtet – neue Ansätze in der historische Debatte anregen können.

Vera S. Doubina, Samara/Göttingen

⁵ Über alltagsgeschichtliche Forschung der Hungers vgl. Alf Lüdtke, Hunger in der Großen Depression. Hungererfahrungen und Hungerpolitik am Ende der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte 27 (1987), S. 145-176.